



A n k l a g e

gegen

Abgeordnete und Senatoren der SDP

P r a g - 1 9 4 6

Den formellen Antrag auf Verfolgung der ^{imf} Abgeordneten Senatoren der SdP begründe ich nach der sachlichen Seite näher wie folgt:
 Vor dem ao. Volksgericht ist es möglich, nur jene Straftaten zu verfolgen, welche in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik, d.i. in der Zeit vom 21. Mai 1938, wo der csl. Staat zum ersten Mal in dem sich vorbereitenden historischen Drama gezwungen war, zur Verteidigung seiner Selbstständigkeit und zur Erhaltung der inneren Ordnung, die gefährdet war, durch die revoltierenden Sudetendeutschen seine Armee zu den Waffen ^{zu rufen} ~~rief~~, begangen wurden. Von den Straftaten können vor dem ao. Volksgericht nur solche verfolgt werden, welche entweder direkt gegen die Existenz des Staates gerichtet sind oder welche im Dienste, im Interesse oder zugunsten des Feindes begangen worden sind.

Soll die ganze politische und individuelle Tätigkeit der Beklagten als führende Mitglieder, d.i. der ^{imf} Abgeordneten Senatoren der SdP in der CSR und dies vor allem in der Zeit vom 21. Mai 1938, d. h. von der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik, wie diese Zeit das Retributionsdekret des Präsidenten der Republik vom 19. 6. 1945 Zahl 16/45 Sammlung im Wortlaute des Gesetzes Zahl 22/46 Sammlung ^{fortsetzt,} gewertet werden, ist es notwendig, zuerst ein historisches Bild der Entwicklung der Bestrebungen der Sudetendeutschen für einen Anschluss an Deutschland zu skizzieren.

Die Bestrebungen der Sudetendeutschen um den Anschluss an Deutschland reichen bis in das Jahr 1848. Damals wandte sich am 4. Mai 1848 eine Abordnung des Egerlandes an die Wiener Regierung mit der Bitte, dass das Egerland von Böhmen abgetrennt werde.

Als im tschechischen Volk im Laufe der Zeit das Nationalbewusstsein wuchs, war es die national ^{veranlagte} ~~begabte~~ deutsche Arbeiterschaft, die sich ihm in den Weg stellte. In einzelnen Städten bildeten sich Arbeiter- und Gesellenverbände, deren Zweck es war, sich gegen die tschechische Konkurrenz zu wehren. Etwa im Jahre 1885 wurden solche Vereine in Budweis, Reichenberg, Tetschen, Mährisch-Trübau und Gablonz gebildet. Eine politische Tendenz wurde in dieser Entwicklung durch den Verband "Deutsch-nationaler Arbeiterbund", welchen der Mechaniker Frankon Stein in Wien begründet hatte, gebracht. Dieser verlegte den Sitz des Vereines nach Eger und führte von dort die Propaganda aus. Eine Verbindung zwischen dem Verband der Arbeitervereine und dem Stein'schen Verband wurde ^{durch} den Schriftsetzer Ferdinand Burschofsky aus Mährisch-Trübau, ^{geschaffen} welcher kurz vorher aus einer Reihe von örtlichen Vereinen den sogen. "Mährisch-Trübauer Verband" bildete, welcher bis

zum Jahre 1903 bestand. Geschäftsführer dieses Verbandes wurde in dieser Zeit Hans Knirsch.

Im Jahre 1902 bildete sich in Saaz die "Reichsorganisation der nationalen Arbeiterschaft", welche enge Verbindung mit der grossdeutschen Bewegung (Schönerer, Wolf) hielt, richtig aber erkannte sie ~~die Widersprüche dieser Bewegung und~~ auf ihrem Kongress in Reichenberg die inneren Widersprüche in dieser Bewegung erkannte und beschloss, ihre Verbindung mit dieser Bewegung zu lösen.

Im November 1903 entstand dann die "Deutsche Arbeiterpartei in Österreich", welche auf ihrem ersten Kongress im August 1904 das von Alois Cilar ausgearbeitete, sogen. Trauteneuer Programm annahm, wobei sie sich vollkommen von dem Gedanken des Internationalismus lossagte. Im Jahre 1906 gewinnt die Partei bei den Landeswahlen in Mähren die zwei ersten Mandate.

In dieser Zeit wird Mitglied der Partei der spätere Vorsitzende der DNSAP Ing. Jung, der Wimer Advokat Dr. Walter Riehl, der spätere Führer der österreichischen Hakenkreuzler und Gegner des bekannten Frauenfeld, welcher nach seiner Flucht ^{aus} ~~nach~~ Österreich die illegale Hakenkreuzbewegung gegen Österreich leitete, und weiter Hans Krebs, welcher im Jahre 1911 die Stelle eines Redakteurs in Iglau in der dort erscheinenden Zeitschrift "Volkswehr" annimmt.

Im Jahre 1911 gewinnt die Partei bereits drei Mandate im gewesenen österreichischen Reichstag (darunter auch Hans Knirsch) und bei den letzten Landeswahlen in Mähren ebenfalls drei Mandate und unter den Gewählten befand sich Ing. Jung.

Während des Weltkrieges überreicht die Führung der Deutschen Arbeiterpartei dem damaligen österreichisch-ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgg eine Denkschrift, in welcher sie gewisse Lösungen der politischen und wirtschaftlichen Probleme Österreichs beantragt und "die Aufhebung der Kronländer sowie die Bildung neuer selbstverwaltender Einheiten nach den nationalen Siedlungen" fordert. Nach Ansicht der Partei waren die natürlichen Grundlagen des österreichischen Staates nicht die Kronländer sondern die Völker. Davon ausgehend forderte diese "Denkschrift der Deutschen Arbeiterpartei" die Teilung der Länder nach der nationalen Besiedlung und die Vereinigung der auf diese Weise aufgeteilten Völker in nationale Selbstverwaltungseinheiten.

Die gleiche Forderung brachte Knirsch im Juni 1917 bei einer Tagung des österreichischen Reichstags vor.

Der letzte Reichskongress der "Deutschen Arbeiterpartei in Österreich" fand am 4. u. 5. 1918 statt und wurde dadurch bemerkenswert, dass er ~~die~~ ^{-änderung} Namen der Partei in "Deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei" durchführte. Am 6. 10. 1918 forderte der deutsche Volktrat für Österreich einstimmig und entschieden das volle und uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht für die österreichischen Deutschen.

Am 21. 10. 1918 begaben sich 200 deutsche Abgeordnete des damaligen österreichischen Reichstags in das Gebäude des niederösterreichischen Landtags und stimmten dort ab, dass sie ihre Tätigkeit als provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs beginnen.

Eine Woche vor der Prager Revolution des Jahres 1918 beschliessen die deutschen Abgeordneten, dass der deutsch-österreichische Staat die Gebietshoheit über alle Deutschen, welche in den von ihnen besiedelten Gebieten wohnen, vor allem auch die Sudetenländer, verlange. Damals hat der spätere Hakenkreuz-Abg. Hans ~~Krebs~~ ^{Knirsch} als erster Deutscher den Anschluss an das Reich gefordert.

In dieser Zeit kommt es zur Bildung der Gegenregierung der Sudeten-Deutschen mit dem Sitz in Reichenberg. Am 21. 10. 1918 wird im Auftrage der Nationalversammlung Deutsch-Österreichs R. Pacher Landshauptmann für Deutsch-Böhmen und Ritter von Fürer Landshauptmann von Mähren und Schlesien. Am gleichen Tage beschliessen die in den böhmischen Kronländern gewählten deutschen Abg., dass sie im Namen des von ihnen vertretenen Volkes die Landesversammlung Deutsch-Böhmens als selbstverwaltende Provinz des Staates Deutsch-Österreich erklären. Die gleiche Erklärung gaben am 30. 10. 1918 die Abg. aus Mähren und Schlesien ab. Südböhmen und der Böhmerwald wurden an Niederösterreich angeschlossen.

In der kurzen Zeit von zwei Monaten gelang es tschechischen Heeres-einheiten, das Grenzgebiet zu besetzen und am 11. 12. 1918 begibt sich die deutsche Gegenregierung in Reichenberg nach Zittau und der damalige Landshauptmann von Lodgman fordert die Westmächte auf, Nordböhmen zu besetzen. Am 14. 12. besetzten Heeres-einheiten die Hauptstadt der damals Widerstand leistenden Deutschen, Reichenberg.

Obgleich nach einer damaligen Nachricht des Angeklagten ~~Alwin~~ Hans Krebs ein weiterer organisierter Widerstand gar keine Aussichten hatte, hörte dennoch der Widerstand der Deutschen gegen die CSR in keiner Weise auf, nur die Formen haben sich geändert. Schon am

14.1.1919 fordert eine Versammlung der deutschen Bürgermeister des Egerlandes den Anschluss an das deutsche Reich.

Im Jahre 1919 wollten die Sudetendeutschen ohne Wahl ihre Vertreter ins Wiener Parlament entsenden und veranstalteten zu diesem Zwecke eine Tagung in Teplitz-Schönau. Die deutschen Sozialdemokraten sprachen sich jedoch grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit dem Parlament Deutsch-Österreich^{aus} und damit war dieser Vorschlag begraben. Es wurde aber beschlossen, am 4.3.1919, d.i. am Tage der Einberufung des Wiener Parlaments Massenkundgebungen in allen Städten des sogen. Deutsch-Böhmen und in den deutschen Teilen Böhmens und Mährens sowie des Böhmerwalds zu veranstalten, damit auf diese Weise die unteilbare Einheit der Deutschen in der CSR dokumentiert werde.

Am 10.9.1919 wurde der Friedensvertrag von Saint Germain unterschrieben und am 24.9.1919 erklärt die österreichische Regierung, dass sie die ihr unterstellten Sudetendeutschen Regierungen auflöse.

Nach der Unterfertigung dieses Friedensvertrages übergeben die sudetendeutschen Gegenregierungen der einzelnen Gebiete ihre Hoheit in einer besonderen feierlichen Sitzung des Wiener Parlaments der Regierung des damaligen Österreich zurück und der Landshauptmann der Provinz Deutsch-Böhmen Dr.Lodgman von Auen erwirkte auf eine Kundgebung des Präsidenten Karl Seitz, dass das deutsche Volk gegen die Vergewaltigung seines Rechtes auf Selbstbestimmung vor der ganzen Welt Protest erhebt, dass es für seine Rechte kämpfen werde und dass die Deutschen niemals die CSR als Staat ihrer Wahl auffassen könnten. Ing.Jung schrieb in der Einleitung zu seinem Buch "Nationalsozialismus", dass heute Bismarck in riesige Ausmasse wächst und das deutsche Volk wieder seinen Bismarck haben werde, der es aus Not und Schande zur Größe führen werde.

Diese zwei Kundgebungen u.zwar Dr.Lodgmans im Wiener Parlament und Ing.Jungs in seinem Buche geben uns Einblick in die damaligen Bestrebungen der Sudetendeutschen, in Bestrebungen, welche über die DNSAP und SdP, über Krebs, Knirsch, Jung, Frank und Henlein u.a. zu der Zerschlagung der Tschechoslowakei und zur Erfüllung der Wünsche der Sudetendeutschen führten, was in der Parole "Heim ins Reich" endigte.

Bei den ersten Gemeindewahlen gewinnen am 15.Juni 1919 die deutschen Nationalsozialisten in der CSR 40 000 Stimmen und 618 Gemeindevertreter.

Der erste Kongress der Gemeindevertreter der Parteien in Böhmen, Mähren und Schlesien beschloss am 25.8.1919 in Aussig a.E. die Forderung nach vollständiger Selbstverwaltung auf Grund der national abgegrenzten Gebiete. Diese Forderung wurde als minimal bezeichnet und mit ihr betrat nach den ersten Parlamentswahlen den Boden des Prager Parlaments die Zahl von 72 deutschen Abg. ⁴⁹⁸ 56 Senatoren.

Nach Eröffnung dieses Parlaments erklärten in der Zeit zwischen 1. u. 9.6.1920 die deutschen Abg. neuerdings, dass sie den Friedensvertrag von Saint Germain nicht anerkennen, und Rudolf Jung führte in seiner staatsrechtlichen Erklärung an, dass sie als deutsche Nationalsozialisten niemals die Zuteilung Deutsch-Böhmens, Sudetenlands, Deutsch-Mährens und des Böhmerwaldgaaues zur CSR anerkennen ~~würden~~ und niemals den Vertrag als Rechtsquelle ansehen würden.

Ausser Jung trug Dr. Lodgman im Namen und im Auftrage des parlamentarischen Verbandes eine staatsrechtliche Erklärung vor, in welcher er ausführte, dass ^{er} die Eingliederung der Deutschen in die CSR als einen der Deutschen unwürdigen Zustand und mit den Grundsätzen der modernen Entwicklung als unvereinbar ansehe.

Die damalige politische Einheit im deutschen Lager hatte keinen langen Bestand. Von Anfang an aber bemühen sich die deutschen Nationalsozialisten um Bildung einer deutschen Einheitsfront und erzielten, dass sie mit der Aufstellung eines gemeinsamen Programms betraut werden. Sie beriefen deshalb einen gesamtstaatlichen Kongress der Partei, wo sie über die Richtlinien der künftigen Taktik berieten und auf dem die Forderung aufgestellt wurde, dem deutschen Volk im Rahmen der CSR eine volle unbegrenzte Selbstverwaltung in ihren nationalen Angelegenheiten zu erzwingen. Diese Richtlinien der Partei wurden jedoch von den anderen deutschen Parteien nicht anerkannt. Deshalb ging nun die Partei ihren eigenen Weg.

Im Jahre 1925 gehen die deutschen bürgerlichen Parteien, zu denen auch die Nationalsozialisten gehören, gemeinsam in die Wahlen. Nach den Wahlen treten sie mit dem Antrag auf Anklage des damaligen Ministerpräsidenten Svehla und des Postministers Dr. Franke hervor. Für diesen Antrag stimmten 140 deutsche Abg.

Als es dann zur Verhandlung des Sprechengesetzes kommt, wiederholen am 3.2.1926 gleich die deutschen Demonstrationen, ähnlich denen vom März 1919 und wiederum sind bei ihnen die deutschen nationalsozialistischen Abg. die Antreiber.

Bald hernach kommt es aber in den deutschen Reihen zu einer ernstlichen Spaltung, als sich die Partei der deutschen Landwirte und der Deutschen Christlich-Sozialen zum Eintritt in die Regierung entschliesst.

In der Zeit der Gründung der CSR im Jahre 1918 war die Partei der Deutschen Nationalsozialisten und deren Programm in Deutschland nicht bekannt. Nur ein im Okt. 1918 herausgegebenes Flugblatt in Aussig mit der Überschrift "Eine Kundgebung der nat. soz. Arbeiterpartei zum Selbstbestimmungsrecht" wurde an der preussisch-schlesischen Grenze verbreitet.

Auf dem ersten Parteitag in der CSR, welcher am 15. u. 16. 11. 1919 in Dux veranstaltet wurde, stellte die Partei die Forderung auf, dass allgemeine Wahlen ausgeschrieben werden, und stellte sich bestimmte Aufgaben, vor allem die Erreichung der nationalen Autonomie.

Mit der Parole "Gerechtigkeit und Freiheit" gewinnt die Partei bei den ersten Parlamentswahlen 120 000 Stimmen und damit 5 Abg. und zwei Senatoren (Jung, Knirsch, Patzel, Simm, Wenzel, Fahrner, Jesser).

Im Jahre 1920 wird der zweite Kongress u. z. in Troppau veranstaltet und dort wendet sich die Partei ~~an~~ ^{an} ~~an~~ ^{an} die anderen deutschen politischen Parteien mit der Aufforderung zur Bildung eines Nationalrates.

Im April 1921 veröffentlicht Jung einen Antrag auf Schaffung einer einheitlichen Volksorganisation. Diese Bemühungen aber verfehlten ihre Wirkung.

Es ist auffallend, dass das spätere Programm Hitlers in vielem dem Programm der sudetendeutschen Nat. Soz. ähnelt. Sie erklären diese Übereinstimmung damit, dass das von Hitler verkündete Programm dem Charakter und den Wünschen des deutschen Volkes entspricht und zwar ohne Rücksicht darauf, wo es siedelt, und daraus ergebe sich jene auffallende Übereinstimmung. Schon in den "Zielen des Nat. Soz.", herausgegeben von den sudetendeutschen Hakenkreuzlern, finden sich Sätze vor, wie: "Wofür wir uns letzten Endes einsetzen, ist die Arbeitseinheit aller Arbeitenden" oder an anderen Ort "Die Partei bekennt sich ohne Vorbehalt zur Kultur- und Schicksalsgemeinschaft der ganzen deutschen Nation und geht dabei von der Überzeugung aus, dass der arbeitende Mensch sich nur innerhalb der natürlichen Grenzen seines Volkes zu einer vollen Geltendmachung seiner Arbeit durchkämpfen kann" oder wenn gefordert wird "Schutz gegen jede Behinderung bei Ausübung der staatlichen Rechte, vor allem gegen Ausnutzung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zur Begrenzung des per-

sönlichen Selbstbestimmungsrechtes" oder zur "Bildung einer Volksarmee".

Im Jahre 1920 am 24.2. kommt es zu der ersten gemeinsamen Sitzung der Reichsdeutschen Österreichischen und sudetendeutschen Nationalsozialisten in München. Nach dieser Sitzung folgt eine weitere in Salzburg am 7.u.8.3.1920, auf welcher ein gemeinsames Programm beschlossen wird. Und schliesslich im Jahre 1922 in Wien, nachdem vorher eine ähnliche Sitzung in Linz stattgefunden hatte.

Für den Salzburger Kongress gab die Partei DNSAP besondere Richtlinien heraus, in welchen gesagt wird: "Partei bekennt sich ohne Einschränkung zu der Kultur- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes... und fordert die Vereinigung des gesamten, von den Deutschen bewohnten Raumes in Europa in einem demokratischen, sozialen deutschen Reich und Schutz aller von unserem Volke bewohnten und von Fremdvölkern beherrschten Gebieten."

Schon diese Beispiele der Salzburger Beschlüsse erweisen die bedeutende Übereinstimmung mit dem Programm der NSDAP vom 24.2.1920, das sichtlich völlig unabhängig entstanden ist.

In dieser Zeit beginnt jedoch auf die Sudetendeutschen Adolf Hitler und sein Programm einzuwirken. [Der Beklagte Hans Krebs schreibt in seinem Buch "Kampf ⁱⁿ Böhmen": "Ich erinnere mich noch ganz deutlich an den starken Eindruck, welchen die Nachricht über das Bestehen einer neuen politischen Partei auf mich machte, die im Februar 1920 von einem Manne namens Hitler in München kundgemacht wurde. Sie hat angeblich den gleichen Namen wie unsere DNSAP und verkündet Ziele, die uns aus der Seele gesprochen sind. Jener in München, wie man bald hören konnte, debattiert nicht viel und schreibt noch weniger, aber seine mächtigen roten Plakate hängen an allen Ecken und seine Versammlungen sind angeblich überfüllt. In ihnen werden keine Kompromisse gepflegt sondern ein radikaler Kreuzzug für die Erneuerung Deutschlands gepredigt. In diesem Jahre wurde auch gesagt, dass Hitler in den Strassen Münchens auch eine neue Fahne entfaltete, die auf rotem Untergrund ein schwarzes Hakenkreuz im weissen Kreis hat. Alle diese Nachrichten haben den Menschen eigenartig berührt. Hier wurde grundsätzlich etwas Neues begonnen, aber doch nur etwas, was von unserem Fleisch, unserem Blut, unseren Sehnsüchten und Hoffnungen war. Das Programm flog zu uns, hier gab es einen Mann, der uns sudetendeutschen Nationalsozialisten tatsächlich aus der Seele sprach. Es wurde

eine grossdeutsche Richtung auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes, ein Kampf gegen die Gewaltfriedensverträge, ein Kampf gegen die korrumpierende Herrschaft der Parlamente gefördert, es wurde das Recht auf schaffende Arbeit verkündet, deutsches Recht, deutsche Sozialreform, deutsche Kulturpolitik und ein Massenbewusstsein sollte siegen über die jüdische Zersetzung. Dieser einfache Frontsoldat Adolf Hitler soll ein Deutsch-Österreicher aus ~~Niess~~ Oberösterreich sein."

"Es war selbstverständlich, dass die Zukunft in München immer mehr und mehr sich im ~~ein~~ Tempo einer Erneuerung ^{ein} ~~entwicklung~~ musete. Wir pilgerten damals mit den Gefühlen von Pilgern im Herzen nach München, die Grenzen mussten wir oft in Nacht und Nebel überschreiten, oft ohne Ausweis und Pass, aber wir wollten ^{ihn} hören und wollten uns von seiner überwältigenden Rede erfüllen lassen, wir wollten um uns den Atem und die Kraft der sich ~~der sich~~ gebärenden Bewegung fühlen, damit wir voll neuer Kraft und ~~einem~~ mit ^{vom} ~~dem~~ Glauben erfüllten Herzen wiederum auf jene Posten zurückkehren können, welche uns auf der Wahlstatt bestimmt waren. In München sahen wir den Führer und seine Bewegung wachsen, wir nahmen Anteil an seinen ersten stürmischen Versammlungen jener Zeit, wir wurden Zeugen des Anwachsens seiner Sturmabteilungen, des fanatischen Glaubens seiner getreuen Anhänger. Ich durfte damals mit freudvollem Herzen alle Abschnitte der Bewegung durchmachen, von jenem ersten flüchtigen Zusammentreffen mit dem Führer in München, weiters zu der Corneliusstrasse und zur Schellingstrasse bis zu dem stolzen Brauen Haus."

Hans Krebs gab ein kleines Büchlein "Der Münchner Kahr-Freitag" heraus. Die Einleitung darin enthält folgende Worte: "Die Bewegung wurde durch den schändlichen Verrat des Judas Kahr erschlagen, aber nur die Form, keinesfalls aber der Geist der Bewegung, der nicht überwältigt werden konnte. Von diesem Freitag an wuchs die Bewegung des Nationalsozialismus ungeheuer. Selbst als er der bewaffneten Macht seiner Feinde in diesem Augenblick nicht widerstehen kann, wissen wir alle, dass der Tag kommt, wo ^{am} ~~am~~ Odeonsplatz ^{die} in München Gefallenen als die ersten Helden der Freiheit gefeiert werden."

Am 21.11.1923 veröffentlicht die "Neue Zeit" und das Hauptblatt der österreichischen Hakenkreuzler "Aussiger Tagblatt" einen Aufsatz zur Verteidigung Hitlers, in dem Hitler gefeiert wird. In dieser Zeit wurde die NSDAP verboten und ihre Anhänger bei uns bleiben Verteidiger ihres Programms und ihrer Symbole.

Es ist wahr, dass Adolf Hitler die organisatorische Einheit der DNSAP mit der Partei im Reiche ablehnte. Es blieb aber ein enges geistiges Band. Es sei nur auf den bekannten Verband "Volkssport" hingewiesen, welcher nicht nur seiner Tätigkeit nach sondern auch seinem Abzeichen nach der deutschen SA entspricht (VS).

Im Jahre 1925 fühlt sich die DNSAP als die einzige deutsche Partei der CSR, die die nationalen Interessen der Deutschen verteidigt.

Der Parteitag am 15.u.16.5.1926 in Schönberg beschliesst, dass die Agitation und die Agilität vorstärkt werde und gleichzeitig, dass das Ausland ausgiebiger informiert werde. Den letzteren Teil des Programms hatte Knirsch zur Sorge, welcher tatsächlich bald darauf in die Vereinigten Staaten reist, wo er mit anzweifelbarem Erfolg versuchte, unter den massgebenden amerik.Kreisen Interesse an der sudetendeutschen Frage hervorzurufen.

Gleichzeitig widmet begreiflicherweise die Partei ihre Aufmerksamkeit der Jugend, welche vom Jahre 1919 vereinigt ist im NS-Jugendverband, an dessen Spitze Eugen Wesse, Redakteur in Troppau, und Peter Donnhäuser, Lehrer in Joachimstal, stehen. Neben dieser Jugendorganisation bestand schon vom Jahre 1917 ein Verband der Studenten "NS-Deutscher Studentenbund" und vom Jahre 1920 an als Versammlungsschutz nach Muster der Hitler'schen SA zunächst ein OT (Ordnertuppe), genannt später "Versammlungsschutz", dessen Kern die Mitglieder des Jugend- und Studentenverbandes bildeten.

Die Mitglieder dieser Organisation treten bald nach ihrer Gründung mit Windjacken und mit Kappen, wie sie die SA benützt, vor die Öffentlichkeit. Im Laufe von zwei Jahren bildet sich die DNSAP eine Parteiarmee von 2 000 Männern aus, für welche sie am 15.5.1929 die Genehmigung des damaligen CSL Innenministeriums erreicht, als es die Bildung des Vereines "Volkssportverband" bewilligt, dem ~~für~~ ^{später} ein Jahr auch die Verwendung einer eigenen Uniform bewilligt wird. Dieser Verband erreicht bis zum Jahr 1931 einen Mitgliedstand von 10 000 Männern.

Was die OT war, zeigt uns am besten ihre Dienstvorschrift, in welcher davon gesprochen wird, dass sie ausschliesslich von Nationalsozialisten zum Schutz des ruhigen Verlaufes der Versammlungen und zum Schutz der Redner vor Terror und Willkür gebildet ist und in Art.3 wird gesagt, dass Mitglied nur ein Angehöriger der DNSAP oder einer Organisation der Partei werden kann. Den Mitgliedern ist Schweigepflicht auferlegt auch bei Ausschluss oder Austritt.

Die OT gliederte sich in Gruppen zu 10 und 100 Mann. Sie ist streng militärisch organisiert und die Ausfolgung der Dienstvorschriften an eine Person, welche nicht Mitglied der OT war, war streng verboten. Die einzelnen Drucke der Dienstvorschriften der OT waren nummeriert und wurden ^{den} dem Kommandanten ausgefolgt, während die Mannschaft mit dem Inhalt nur mündlich bekannt gemacht wurde.

Als die Aktion, die durch Schaffung der OT verfolgt wurde, scheiterte, versuchte die Partei mit Erfolg, eine neue Organisation auf Grundlage des Vereinsgesetzes zu gründen und anstelle der OT trat "Volkssport". Dieser Verein war nicht nur als Verein gedacht sondern als ein Ordnungskorps der Partei. Er sollte Spiele und Sport betreiben, aber nach dem Referat des Leo Schubert "müssen sich die Kameraden aller Abteilungen dessen bewusst sein, dass die Pflege des Sports jeder Art nicht der einzige Zweck des Verbandes ist, sondern dass der "Volkssport" dazu berufen sei, ein Elitekorps der Bewegung zu sein und kein höheres Ziel zu kennen, als der nationalsozialistischen Bewegung zu dienen. Der "Volkssport" muss uns einmal jene Männer geben, welche in der Organisation die führenden Stellen besetzen und uns heute schon in einzelnen Gruppen den notwendigen Nachwuchs geben sollte."

Ähnliche Worte werden wir später über den Henlein'schen "Freiwilligen Schutzdienst" hören.

Am 18.12.1925 wiederholen alle deutschen Parteien des CSL-Parlaments die staatsrechtlichen Erklärungen vom Jahre 1920, in einer Ergänzung erweitern sie den Protest gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes auf dem Gebiete von Hultschin, Oberschlesien und der früheren Teile Niederösterreichs und erklären von neuem, dass sie niemals die ~~Existenz~~ Friedensverträge aus den Jahren 1918 und 1919 als Rechtsquelle anerkennen.

In dem selben Jahre wird Konrad Henlein Turnlehrer in Asch und der Turnverband entwickelt sich ständig mehr und mehr in einen volkserzieherischen Verband.

In diesem Zeitraum erreicht den Höhepunkt das Bestreben der DNSAP, das gekennzeichnet ist durch das Schlagwort "Autonomie". Die Partei ergreift dabei jede Gelegenheit, dass sie das Nationalbewusstsein der deutschen Bürger aufrüttelt und steigert und ein wichtiges Mittel werden hierzu die jährlichen Parteitage, bekannt unter dem Namen "Völkischer Tag". Wer Gelegenheit hatte, einen solchen Parteitag zu sehen, der erinnerte sich sicherlich der bekannten Nürnberger Parteitage der NSDAP, wenn auch in kleinerem Masstab einschliesslich der wehenden

Fahnen mit dem Hakenkreuz und den braunen Hemden.

Hans Krebs schrieb nach einem solchen Parteitag 1926 in Tetschen-Bodenbach, dass das Volk sein Gehör geschärft habe, dass es ihnen Verständnis entgegenbringe und dass durch die engen Strassen mächtige Choräle dröhnten und dass Kampflied "Wir sind vom Heer des Hakenkreuzes" ertönte.

Auch die Propaganda der Partei ist nicht untätig und wenigstens auf Buchumschlägen propagiert sie die Hakenkreuzliteratur im Reich, beginnend mit Hitlers "Mein Kampf", Rosenbergs "Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus" bis zu Brands "Albert Leo Schlageter, sein Leben und Sterben".

Albert Leo Schlageter ist jener Jüngling, der von einem alliierten Gericht im Ruhrgebiet im Jahre 1924 zum Tode wegen Sabotage und Spionage verurteilt worden ist.

Im Jahre 1927 kommen schon Redner aus dem Reich, unter ihnen Dr. Goebbels und Dr. Frick, der letzte Protektor in Böhmen und Mähren.

Im Jahre 1928 treten die Vertreter der deutschen nationalen Parteien in der CSR in Reichenberg, dem Sitz der gewesenen deutschen Gegenregierung, zusammen und wiederholen dort ihre staatsrechtlichen Erklärungen aus dem Jahre 1919.

Im Jahre 1929 gewinnt die DNSAP bereits 204 588 Stimmen und hat nun 8 Abg. und 4 Senatoren.

Auf dem Parteitag der DNSAP in Freiwaldau wurde am 28.10.1930 folgende Resolution angenommen: "Die sudetendeutschen Nationalsozialisten sagen dem zentralistischen Regierungssystem der CSL Republik ~~einen~~ entschiedenen Kampf an. Sie verlangen die Beseitigung der zentralistischen Verwaltung des CSL Staates und ihre Ersetzung durch ein System der Selbstverwaltung, die den Sudetendeutschen das Recht gibt, dass ~~sie~~ alle Fragen der Verwaltung, Fragen der Erziehung und soziale Aufgaben, welche heute auf die Landesvertretungen übertragen sind, bzw. an die Landesämter, in Zukunft erfüllt werden durch einen sudetendeutschen Landtag und ein sudetendeutsches ~~Landesamt~~ Landesamt. Die Sudetendeutschen fordern für sich dasselbe Recht auf nationale und soziale Selbstverwaltung wie es Karpaten-Russland besitzt, und verlangen deshalb ihren sd Landtag, ihren sd Landespräsidenten, ihre sd Hauptstadt, ihr sd Gebiet, kurz: das sudetendeutsche Gebiet den Sudetendeutschen! "

Auf dem angeführten Parteitag sprach der Vorsitzende der Partei,

Ing. Jung und in seiner Rede spricht er auch davon, dass die Zeit des Dritten Reichs naht, dass ein Nationalstaat der Deutschen begründet wird und fordert zur Propaganda der Hakenkreuzbewegung auf. An diesem Kongress am 28.10.1930 beteiligte sich eine zahlreiche Deputation aus dem Reich, für welche der Reichstagsabg. Helmut Brückner sprach, der u.a. sagte, dass er den Parteitag als Gauleiter Adolf Hitlers begrüßte und als Bevollmächtigter der Fraktion der NSDAP im Reichstag. Diese Beteiligung der Deputation aus dem Reich ist die erste offizielle Teilnahme der Hakenkreuzbewegung an der Bewegung in der CSR.

Während des letzten Krieges und in der Zeit der Okkupation waren wir Zeugen der Versuche um Bildung des sogen. Neuen Europa unter deutscher Führung. Diese Idee propagierte Hans Krebs schon im Jahre 1931 in seiner Broschüre "Paneuropa oder Mitteleuropa", welche, wie Krebs selbst in seiner Aussage angibt, in der "Nationalsozialistischen Bibliothek", herausgegeben von Gottfried Feder, und zwar unter der Ordnungszahl 29, erschienen ist.

In dieser Broschüre teilt Krebs Europa auf in einen britischen, französischen, spanischen, italienischen, russischen, skandinavischen und einen deutsch-mitteleuropäischen Raum, In dem zuletzt angeführten Raum gebührt natürlich Deutschland die Führung und in seinem Rahmen den einzelnen Nationen eine gewisse Selbstverwaltung, und deshalb muss angeblich eine verfassungsmässige Grundlage der deutsch-mitteleuropäischen Weltmacht angestrebt werden, die sich wie folgt äussern soll:

1. Vereinigung aller Staaten des mitteleuropäischen Raumes,
2. Lösung der Nationalitätenfrage innerhalb dieser Staaten im Wege einer nationalen Selbstverwaltung
3. Fast völlige Autarkie dieser staatlichen Gruppen als Ganzes.

Krebs schreibt z.B. weiter: "Die deutsche Aussenpolitik muss wieder auf die deutsche Machtidee ausgerichtet sein wie die Politik eines jeden noch lebensfähigen Volkes. Man wird das ^{als} Imperialismus bezeichnen und es werden sich viele deutsche Professoren und Marxisten finden, welche wieder ihren Knüttel heben. Es geht aber um einen Kampf, um die Existenz überhaupt... Mitteleuropa muss verwirklicht werden, soll dieser Teil der Welt eine Zukunft haben. Mitteleuropa kann nur verwirklicht werden, wenn die Deutschen seine Baumeister werden wollen".

Im Jahre 1931 beginnt die tschechische Öffentlichkeit, die Verhältnisse zu beobachten, wie sie im Grenzgebiet durch die Hakenkreuzler hervorgerufen werden, und es kommt zum Verbot des Tragens der Braunhemden. Am 29.2.1932 stellt das Innenministerium die Tätigkeit des "Volksport" ein und in der Zeit vom 8.8. bis 24.9.1932 folgt der bekannte Brünner Prozess gegen die führenden Funktionäre dieses Vereins, der mit deren Verurteilung endet (Heider, Metzner, Illig, Paliege, Schwab, Donhauser, Petermichel).

In derselben Zeit muss die Tätigkeit des Hakenkreuzlerischen Verbandes der Jugend und des Studentenverbandes eingestellt werden und es wird ein Verbot erlassen, Fahnen mit dem Hakenkreuz zu benutzen.

Als dann das Oberste Gericht in Brünn das Urteil in dem angeführten Prozess bestätigt und die Partei DNSAP davon erfährt, dass das Innenministerium aus dem Grunde, weil das Urteil die DNSAP als eine staatsfeindliche Partei bezeichnet, die Einstellung der Partei vorbereite, löst sie sich am 3.10.1933 freiwillig auf und Jung gibt der Presse eine Erklärung zur Verfügung, in welcher er feststellt, dass der Parteivorstand der DNSAP selbst beschliesst, die Tätigkeit der Partei einzustellen und zu ihrer Liquidation zu schreiten. In den Ortsgruppen der Partei/sollen von den Mitgliedern die Parteibücher angefordert und sofort vernichtet werden.

Darüber, was dieser Erklärung voranging, gibt Hans Krebs an, dass er damals nur die eine Sorge hatte, wie die Mitgliedschaft der DNSAP und ihre einzelnen Gruppen vor dem Auseinanderfall bewahrt werden könnten, und deshalb entschloss er sich, alles zu unternehmen, um eine neue politische Parteiformation für den Fall der Auflösung der alten herbeizuführen. Zuerst wurde an einen Zusammenschluss aller deutschen Parteien ohne die Sozialdemokraten in eine Front gedacht, aber dieser Plan scheiterte deshalb, weil die sogen. Regierungsparteien wenig Neigung zur Zusammenarbeit mit den durch den Prozess gegen den Volksport kompromittierten Parteien verspürten und hauptsächlich deshalb, weil es keine überragende Führerpersönlichkeit gab, welche Männern wie Minister Spina und Mayr-Harting die Vereinigung wünschenswert gemacht hätte. In dieser Zeit, behauptet Krebs, hatte er viele Beratungen mit Abg. Knirech, die aber keinen Erfolg hatten, obgleich er glaubte, dass in der Person des damaligen Rektors der deutschen Universität in Prag, Prof. Dr. San Nicolo, der Mann gefunden sei, der für alle deutschen Parteien in der CSR X als

die führende Persönlichkeit annehmbar wäre. Deshalb besuchte anfangs Sept. 1933 Hans Krebs in der Universität Dr. San Nicolo und trug ihm seine Absicht und seinen Wunsch vor. San Nicolo war überrascht und gleichzeitig erschrocken. Er entschuldigte sich mit einem schweren Herzleiden, damit, dass er alt sei und dass er in der Politik niemals tätig war; ausdrücklich sagte er Krebs, dass man sich für diese Aufgabe einen jüngeren aussuchen solle. Nach Krebs' Feststellung, dass unter den deutschen Politikern niemand sei, der den Anforderungen gerecht werden könnte, um alle ihm auferlegten Aufgaben zu erfüllen, antwortete San Nicolo: "Das ist nicht wahr, gehen Sie zu Konrad Henlein, das ist der Mann der Zukunft".

Nach dieser Unterredung schrieb Hans Krebs noch von Prag aus an Konrad Henlein nach Asch und begab sich nach Aussig a.E. Kurz danach erhielt Krebs von Henlein die Mitteilung, dass er ihn am 12.9. 1933 in Komotau erwarte.

An diesem Tage verwirklichte sich die erste Zusammenkunft zwischen Hans Krebs und Konrad Henlein. Er trug ihm dasselbe vor, was er San Nicolo gesagt hatte, dass es sich um die Vereinigung aller deutschen Parteien und nicht um Gründung einer neuen Partei handle. Henlein hatte Bedenken und am Ende der Aussprache teilte er Krebs mit, dass er alles überlegen wolle, insbesondere sich ~~mit~~ mit seinen engeren Freunden aus dem Kameradschaftsbund beraten wolle.

Etwa acht Tage später fand ein neues Gespräch mit Konrad Henlein statt, bei dem Dr. Walter Brand anwesend war. Dieses Gespräch nahm schon konkrete Formen an und als am 20.9.1933 eine Beratung aller deutschen Parteien in Prag u.z. im Parlament völlig ergebnislos blieb, soweit es um die Zusammenfassung aller deutschen Parteien in eine ging, entschied sich Henlein, ~~xxxx~~ am 23.9.1933, zu Hans Krebs nach Aussig a.E. zu fahren, ~~und~~ tatsächlich endete an diesem Tage in der Wohnung des Hans Krebs, wohin auch Abg. Kasper geladen war, diese Aussiger Zusammenkunft mit dem Beschluss, dass die DNSAP sich auf einem ausserordentlichen Parteitag freiwillig auflöse und dass Konrad Henlein acht Tage später, nämlich am 1.10.1933, mit einem Aufruf sich an die Sudetendeutschen wenden ~~werde~~ und eine neue Partei unter dem Namen "Sudetendeutsche Heimatfront" bilden werde.

Bei diesem Gespräch teilte Hans Krebs Henlein mit, dass er sich entschlossen habe, dass er am 1.10.1933 nach dem Reich fliehen werde, was er auch tatsächlich durchführte.

Charakteristisch für die Denkungsart der führenden Funktionäre der DNSAP in der Frage der Auflösung ist, was Ing. Jung in seiner Broschüre "Sudetendeutscher Schicksalskampf" geschrieben hat. Er sagt dort, dass die DNSAP vor die schwere Entscheidung gestellt war: Sollte die Bewegung in die Illegalität geführt und damit 150 000 Volksgenossen und ihre Angehörigen als Feinde des Staates bezeichnet ~~werden~~ und ausserdem das Reich Adolf Hitlers als Störer des europäischen Friedens erklärt werden? Und da, mag auch die Entscheidung schwer gewesen sein, mussten sie diese Bewegung begraben, weil wichtiger als die DNSAP die Existenz des Reichs und der NSDAP war. Das Reich Adolf Hitlers konnte dem Sudetendeutschtum die Freiheit bringen, wir, wie Ing. Jung erklärt, bereits nicht mehr. Henleins Partei nannte sich zuerst "Sudetendeutsche Heimatfront" (SHF). Das war eine Erinnerung an die sudetendeutsche Volksorganisation, welche aus Schwäche niemals verwirklicht wurde. Es musste mit etwas ganz Neuem begonnen werden. Ein vor den Behörden geretteter Betrag stand Henlein zu Beginn zur Verfügung. Ausserdem wirkten bei Zusammenstellung eines Aufrufe neben dem Abg. der Deutschen Nationalpartei, Otmar Kallina, ~~mit~~ zwei Parteianhänger der DNSAP, Max Karg und Rudolf Kasper, mit. Dass die SdP anfangs allem auswich, was sie als die verfluchte DNSAP kennzeichnen könnte, schreibt Ing. Jung, war ein Gebot der Schlaueit und des Selbsterhaltungstriebes, weil sonst die behördliche Auflösung ihr sicher war." Schliesslich mag zu dieser Frage auch eine Kundgebung Konrad Henleins in Wien angeführt werden, wo er auf einem Vortrag über den Kampf um die Befreiung der Sudetendeutschen am 4.3.1941 erklärte: "Der Nationalsozialismus ergriff uns Sudetendeutsche sehr bald. Unser Kampf hatte einen anderen Charakter als der Kampf in Deutschland. Obgleich wir uns der Öffentlichkeit gegenüber anders verhalten mussten, waren wir allerdings heimlich in Verbindung mit der ns. Revolution in Deutschland, damit wir so an ihr beteiligt wären. Der Kampf um Grossdeutschland wurde auch auf sudetendeutschem Boden geführt. Ihn konnten nur die führen, welche erfüllt waren vom Geist des Nationalsozialismus, die, welche tatsächliche Anhänger unseres Führers ohne Rücksicht darauf waren, ^{was} ~~was~~ sie nach aussen ^{für} ~~einen~~ Eindruck machten. Das Schicksal hat mich als Führer der Volksgruppe beim Endkampf erwählt. Als mich im Herbst 1933 die Führer der DNSAP ersuchten, dass ich die Führung der Sudetendeutschen übernehme, musste ich ein schweres Problem lösen: Soll die ns. Partei

als illegal weiter bestehen oder soll die Bewegung im Interesse der Selbsterhaltung der Sudetendeutschen und für die Vorbereitung ihrer Heimkehr ins Reich den Kampf mit vorgetäuschten Methoden führen, welche der Umwelt als absolut gesetzlich erscheinen werden? Uns Sudetendeutschen schien nur jene zweite Alternative möglich zu sein, weil die Erhaltung unserer Volksgruppe auf dem Spiele stand. Es wäre freilich leichter gewesen, diesen harten und seelisch zermürbenden Kampf in eine heroische Geste abzuändern, die Zugehörigkeit zu bekennen und in CSL-Gefängnisse zu gehen. Es schien aber mehr als zweifelhaft, ob wir dadurch unsere politische Aufgabe hätten erfüllen können, die CSR als Bastion der Bundesgenossenschaft gegen das deutsche Reich zu vernichten."

Aus diesen drei Kundgebungen des Hans Krebs, des Ing. Jung und Konrad Henleins ist offensichtlich, dass die Henlein-Bewegung zur direkten Fortsetzung der staatsfeindlichen Tätigkeit der DNSAP wurde und dass die scheinbare Zurückhaltung in den ersten Jahren sowie die Steigerung ihrer Forderungen ausgerichtet und angepasst war^{den} den Bedürfnissen des Reichs. Ebenso war den Bedürfnissen des Reiches auch die Stellung der reichsdeutschen Kreise, welche anfangs völlig im Hintergrund bleiben und erst später anstelle der scheinbar nicht anstößigen Verbände treten, angepasst.

Zuerst war diese Zusammenarbeit mit reichsdeutschen Kreisen vom Verband "Volksbund für das Deutschtum im Ausland" (VdA) gedeckt, später kommt in den Vordergrund die halboffizielle "Volksdeutsche Mittelstelle" und im Jahre 1938 übernimmt die Lenkung der Henlein-Partei direkt das Auswärtige Amt in Berlin und die ^{Deutsche} ~~Deutsche~~ Gesandtschaft in Prag.

Diese Tatsache und diese Entwicklung müssen wir stets im Gedächtnis haben, wenn wir richtig die Tätigkeit der SDP und ihrer führenden Persönlichkeiten beurteilen wollen, zu denen wir in erster Reihe ihre Parlamentsvertreter, d. s. die Abg. und Senatoren, rechnen müssen, welche aufgrund dieses Titels Mitglieder der Kreisleitungen der Partei waren.

Nachdem Hans Krebs gegebenen Versprechen vom 23.9.1933 tritt Konrad Henlein am 1. Oktober vor die Öffentlichkeit mit seinem an alle Sudetendeutschen adressierten Aufruf, in dem er die Gründung einer neuen Partei ankündigt, an deren Spitze er steht.

Die Massen der Sudetendeutschen und insbesondere die Anhänger der DNSAP begriffen, dass es sich hier um die Fortsetzung der Tätigkeit

der aufgelösten Partei handelt, und obgleich nach dem Gesetz über die Auflösung politischer Parteien die Funktionäre der DNSAP nicht solche der Henlein'schen Heimatfront werden konnten, haben sie ihr alle Kräfte gewidmet und ihnen hat in erster Reihe Konrad Henlein zu danken, dass er verhältnismässig glatt die Schwierigkeiten überwinden konnte, welche ihm die anderen damals noch bestehenden deutschen Parteien bereiteten.

Am 8. Okt. 1933 empfing Konrad Henlein im Hotel "Blauer Stern" in Prag Vertreter der Presse, damit er ihnen den Grund seines Auftretens und sein Programm erkläre. Nachdem er zuerst die Verhandlungen unter den deutschen Parteien um die Einigung dargestellt hatte, verkündete er, dass seine Partei auf dem Boden der CSR stehe und dass er Gerüchte, welche die Bildung dieser Partei begleiten, als ob sie eine Sammlung der aufgelösten DNSAP ~~deckten~~ decken sollte, als unbegründet ablehnen müsse.

Innerhalb der neu gebildeten Partei änderte sich zunächst nichts. Anstelle der alljährlichen Völkischen Tage der DNSAP treten die Parteitage der SdP. Am 21.10.1933 kommt es zu der Kundgebung Henleins in Böhmisches-Leipa, auf welcher er erklärt, dass es in Europa nicht möglich sei, die Staatsgrenzen den Volksgrenzen anzupassen und erklärte weiter, dass er an irgend einer Revision der Grenzen nicht das geringste Interesse habe.

Am 21.6.1934 findet eine Tagung der Hauptleitung der SdP in Eger statt. Und da wick die SdP, welche die Agitationsmethoden Hitlers nachahmte, allen aus, was einer politischen Bundesgenossenschaft oder auch nur ~~den~~ Sympathien zur ~~der~~ Hakenkreuzbewegung im Reiche ähnlich sah.

Hans Krebs führt in seiner Aussage an, dass Henlein in Berlin eine besondere Kanzlei ~~hatte~~ hatte, welche Fritz Bürger führte. K.H. ~~Dr.~~ Frank bekannte, dass die Sudetendeutsche Partei finanziell vom Reich unterstützt wurde.

In dem Memorandum, welches dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vorgelegt wurde, wird ausdrücklich konstatiert:

Die SdP wurde unterstützt vom Auswärtigen Amt und zwar regelmässig vom Jahre 1935 an mit bestimmten Beträgen, bestehend aus monatlichen Anweisungen vom RM 15.000.- Hiervon wurden RM 12.000.- an die Deutsche Gesandtschaft überwiesen und RM 3.000.- wurden den Berliner Vertretern der Partei ausgezahlt (Büro Bürger). In der letzten Zeit erhöhte sich die dem Büro Bürger auferlegte Arbeit ausserordentlich,

tum im Ausland" , wobei aber die Abkürzung für die Bezeichnung des Vereines so wie bis jetzt VdA unverändert blieb.

Der Verein hat seinen Sitz in Berlin und seine Adresse lautet: Berlin W, Kurfürstenstrasse 105. Neben der Zentrale in Berlin bestehen dieser Zentrale unterstellte Landesverbände und zwar der preussische in Berlin, der sächsische in Dresden, der bayerische in Passau, der österreichische in Wien usw. Diese Verbände haben Gaue, diese dann ihre ~~Abteilungen~~^{Ortsgruppen} in den grösseren Orten Deutschlands und Österreichs, in welchen alle Schichten und Stände der Bevölkerung vereinigt sind. Was die Organisation betrifft, hat der VdA Männer - Frauen- und Jugendgruppen (Jugend von 12-19 Jahren), Polizeigruppen, militärische Gruppen und ähnliche.

Im Jahre 1925 ist der Verband sehr stark gewachsen und dies gerade dank der Tätigkeit der staatlichen Organisationen, die für ein werdendes Grossdeutschland arbeiten. Durch diese Tätigkeit, in die die Agitation gegen die CSR und für die Sudetendeutschen gehört, wurde in den breiten Schichten das Interesse für die Deutschen im Ausland und für die deutsche Irredenta hervorgerufen.

Die Tagung des VdA in den Tagen des 30.5. bis 2.6.1925 in Kufstein hatte den Charakter einer grossdeutschen Demonstration und wurde als solche auch in der Presse glossiert. Mit diesem Kongress dokumentierte der Verein öffentlich und unverhüllt seine grossdeutschen Bestrebungen.

Am 2.6.1925 war dann eine feierliche Zusammenkunft des Hauptausschusses und eine Vollversammlung des VdA. Es wurde beschlossen, eine Broschüre ~~xxx~~^{über} die Unterdrückung der Deutschen in Italien, in der CSR usw. herauszugeben und sie in tausenden von Exemplaren im Ausland zu verbreiten. Es wurde auch eine militärische und körperliche Erziehung der Jugend beschlossen, die abgetrennt von der Propagandatätigkeit und nach dem Muster schon bestehender Formationen, wie Oberland durchgeführt werden soll.

Es wurde auch beschlossen, dass eine der Hauptaufgaben der Propaganda die wirtschaftliche Isolierung Frankreichs, der CSR und anderer deutschfeindlich orientierter Länder in Mitteleuropa sein soll, dass die amerikanische Finanzwelt beeinflusst werden soll. Diese Propaganda müsse aber in der Weise geführt werden, dass der Gedanke einer Wiedererlangung aller deutschen Gebiete, welche durch die Friedensverträge in den Jahren 1918/19 verloren gegangen sind, nicht auf das Ausland gewalttätig wirke und damit geschädigt werde.

Im Jahre 1925 verschmolz der VdA mit dem Verein "Deutsche Wacht" ^{und} mit allen seinen ^{Gliederungen} ~~Gliederungen~~. Nach dieser Verschmelzung wurden zwei starke Gauverbände des VdA in Bayern gebildet, deren Zweck die Bekämpfung des Tschechentums und vor allem die Organisation des Kampfes gegen das Tschechentum war. Diese Fusion ist auch nach aussen ein klarer Nachweis des wahren Wesens des VdA. Die "Deutsche Wacht" beschäftigte sich nämlich nicht mit der Erhaltung des deutschen Schulwesens im Ausland sondern organisierte eine Hetze gegen unseren Staat und unterstützte jedwede Aktion, welche unseren Staat schädigen konnte. An ihrer Spitze stand der bekannte Feind unseres Staates, der Bürgermeister der Stadt Passau namens Weiss, Sekretär des Vereines war ein gewesener csl Staatsangehöriger, der fanatische Irredentist Johann Rückel, welcher auch Mitglied des Zentralausschusses des bekannten irredentistischen Vereines "Sudetendeutscher Heimatbund" in Berlin und seines bayerischen Landesverbandes in Passau war. Mit dem Anschluss der "Deutschen Wacht" an den Verein VdA wurden diese ^{beiden} ~~bedeutsamen~~ Funktionäre auch in diesem Verein und zwar Weiss Vorsitzender der bayerischen Gruppe des VdA, Rückel dann ihr Geschäftsführer. Daneben ist Rückel auch Vorsitzender der niederbayerischen Gaugruppe des VdA in Passau.

Den VdA kann man nicht nur als Zentrum der irredentistischen Arbeit in Österreich und Deutschland ansehen sondern auch in der CSR selbst. Der VdA ist der Vermittler zwischen den einzelnen irredentistischen Organisationen, unterstützt sie in ihren Aktionen politisch, arbeitet mit ihnen finanziell, teilt sich mit ihnen in die Arbeit und betraut sie gegebenenfalls mit verschiedenen Formen seiner Tätigkeit.

Dass der Verein politisch gegen unseren Staat arbeitete, beweist auch die Resolution, welche auf der Sitzung der bayerischen Bezirksvorsitzenden des Vereines VdA am 11.10.1925 beschlossen wurde und in welcher gesagt wird, dass ein Vertrag zwischen Deutschland und der CSR nur dann möglich ist, wenn den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht gewährt wird.

Die Aufgaben des VdA übernahm später die "Volksdeutsche Mittelstelle". Soll man die Tätigkeit der DNSAP und der SDP beurteilen, muss man sich auch wenigstens teilweise mit dem Programm der NSDAP, welche die DNSAP als ihre Schwesterpartei bezeichnet, beschäftigen. Soweit es um die Beziehungen zu ihr geht, beruft sie sich darauf, dass z.B. die Sozialdemokratie gearbeitet hat und arbeitet mit der Sozialdemokratie anderer Staaten und Ähnliches. Angeblich bestehe hier eine Parallelität. In Wirklichkeit aber, soweit es um diese Zusammenarbeit

geht, besteht hier ein diametraler Gegensatz, denn das Programm der anderen Parteien ist nicht gegen die Integrität und Selbstständigkeit anderer Staaten gerichtet, während bei der NSDAP dem niemals so war und ~~es~~ änderten sich nur die zur Erfüllung der einzelnen Punkte des Programms angewendeten Formen, soweit diese die Zusammenarbeit der DNSAP bzw. der S&P und NSDAP betrafen.

Zuerst müssen wir uns klar werden, dass das Programm der NSDAP ein zeitliches ist, dass nämlich für dessen Erfüllung neue Ziele nur zu dem Zwecke ^{nicht} gesteckt werden sollten, damit ^{durch diese} künstlich ~~keine~~ Unzufriedenheit der Massen ein weiterer Bestand der Partei ^{ermöglicht} gesteigert werden könnte. Damit ist aber auch gesagt, dass das Programm unwandelbar ist.

In seinen Erläuterungen zum Programm der Partei NSDAP schreibt Alfred Rosenberg zu Punkt 1 des Programms: "Die NS-Bewegung erkannte und verlangt, dass das gleiche Blut, die gleiche Sprache und die gleiche Kultur-Entwicklung auch nur einen Staat bilden. Und wenn bei Bildung solcher Staaten es Konflikte mit den Nachbarvölkern geben sollte, dann wissen beide Teile auf jeden Fall, dass sie, um ihre nationalen Bedürfnisse kämpfen und dass sie sich die Köpfe nicht für die Interessen irgendeiner internationalen Idee oder dunkler Börsianer einschlagen, d. i. für das Wohl Dritter."

Ausgehend von dieser Erkenntnis lautete deshalb der erste Punkt des Programms: "Wir verlangen die Vereinigung aller Deutschen auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Grossdeutschland."

Punkt 3 des Programmes besagt: "Wir verlangen Grund und Boden (Kolonien) für die Ernährung unseres Volkes und für die ^{An} ~~die~~ Siedlung unseres Bevölkerungsüberschusses."

Rosenberg erklärt hierzu: "Dabei ist bei den gegenwärtigen Umständen nicht möglich, anzuführen, welche europäischen und aussereuropäischen Gebiete für die Kolonisation in Frage kommen. (Nur soviel kann gesagt werden, dass das oberste Ziel der deutschen Aussenpolitik die Vereinigung aller Deutschen (sein muss), die geschlossen auf einem ~~einsigen~~ Gebiete ^{siedeln} sind, in einem Staate und die Sicherung des Raumes auf dem heutigen polnisch-tschechischen Osten.) Die Machtverhältnisse in der Welt können sich in einer gewissen Zeit ändern. Danach wird die Aussenpolitik Deutschlands so oder so geführt. Hauptsächlich liegt es daran, dass der Wille zur Erfüllung dieses dritten grundsätzlichen Punktes nicht einschlafe."

Die Henlein-Partei widmete besondere Aufmerksamkeit der Propaganda im Ausland und vor allem in England. Hierbei wandte sie verschiedene Mittel an. Einerseits informierte sie ausländische Zeitungsleute, die nach Böhmen kamen, die Auslandsvertretungen fremder Mächte oder propagierte ~~die~~ ~~ihre~~ ihre Forderungen direkt in England, wo Henlein selbst neben anderen sie auch persönlich propagierte.

In den Wahlen in das CSR-Parlament am 19.u.26.5.1935 vereinigte die SdP auf sich 1.249 497 Stimmen, d.s. 67,2 % der Gesamtzahl der deutschen Stimmen, und gewann 44 Abg.- und ~~47~~²⁶ Senatoren-Mandate.

Am Ende des Jahres 1937 hat die SdP bereits 600 000 organisierte Mitglieder. Ihre Staatstreue ist genügend durch die Tatsache illustriert dass zu dieser Zeit über 1000 ihrer Mitglieder wegen Spionage gegen die CSR verhaftet sind.

Am 22.2.1938 erklärt Hitler öffentlich, dass an den Grenzen Deutschlands 10 000 000 Deutsche in Unfreiheit leben. "Zu den Interessen des Deutschen Reiches gehört auch der Schutz jener deutschen Volksgenossen, die von sich aus nicht in der Lage sind, dass sie ^{bis} an unseren Grenzen das Recht der allgemein menschlichen, politischen Freiheit und ~~der~~ Freiheit der Weltanschauung sicherstellen können."

Damit erwähnt Hitler zum ersten Mal öffentlich die Deutschen in der CSR. Diese Erwähnung stärkt selbstverständlich bedeutend den national sozialistischen Geist der Anhänger der SdP und schon am nächsten Tag (23.2.1938) konstatiert Frank, dass die Deutschen in den Sudeten niemals das Recht auf Selbstbestimmung preisgegeben hätten.

Am 11./12.3.1938 besetzt Hitler Österreich und dieses Ereignis gibt Henlein den Vorwand zu folgender öffentlichen Kundgebung: "Als Führer der SdP und damit als berechtigter Sprecher des Sudetendeutschums grüsse ich im Namen des nationalen Sudetendeutschums unsere Brüder und Schwestern in Österreich. Es ist für uns eine tiefe und ehrliche Freude, dass ihnen nach den Jahren des Leides und der Bedrückung Freiheit und Zukunft gewährt wurden. Wir haben das Recht, uns mit ihnen zu freuen, denn wir haben durch die ganzen Jahre mit ihnen auch das Leid gefühlt. Wir wünschen ihnen, dass es ihnen gut gehe, und wir wissen, dass in der ganzen Welt, wo Deutsche leben, auch mit unseren ^{Leuten} ~~Leuten~~ gefühlt wird. Wir kämpfen hier unseren Kampf. Wir kämpfen einen Kampf des Rechtes, der Wahrheit und Gerechtigkeit. Wir fürchten uns nicht, weil wir wissen, dass über das Grab hinaus die in unsere Herzen eingebrannte Treue zu unserem Volke lebt. Unser Weg ist unaufhaltsam. Wir haben im Herzen den Glauben, wir kämpfen, weil wir morgen siegen müssen."

Diese Worte sprach jener Henlein, welcher am 8.10.1933 im Hotel "Blauer Stern" in Prag zu Pressevertretern sagte, dass "saine Bewegung und alle Träger derselben eindeutig und grundsätzlich auf dem Boden des Staates stehen. Mehr ~~wie~~ als 1000 Jahre leben Deutsche und Tschechen gemeinsam in diesen Ländern und ihr Schicksal war immer gemeinsam, sowohl in Zeiten der Not wie in Zeiten der Blüte. Wir fühlen allzusehr die Macht der geschichtlichen Ereignisse, als dass wir eine geschichtliche Trennung überhaupt ernst in Erwägung ziehen könnten. Deshalb lehnen wir ~~ebenso~~^{ebürlich} und entschieden jeden Verdacht irredentistischer Bestrebungen ab. Das Schicksal hat uns in diesen Raum gestellt - und damit auch in diesen Staat - und danach werden wir unser Schicksal einrichten müssen."

Am 16.3.1938 übersendet der deutsche Gesandte in Prag dem Auswärtigen Amt in Berlin ein geheimes chiffriertes Telegramm Nr.57, in welchem er~~e~~ anführt: "Franks Ablehnung hatte gute Wirkung. Ich habe mir die Sachen mit Henlein geregelt, der in der letzten Zeit mir auswich, und getrennt mit Frank. Ich habe folgende Zusagen bekommen: 1. Die Linie der deutschen auswärtigen Politik, wie sie durch die Deutsche Gesandtschaft verdolmetscht ~~wird~~, ist allein entscheidend für die Politik und Taktik der SdP. Meinen Aufträgen wird bedingungslos nachgekommen.

2. Die öffentlichen Kundgebungen und die Presse wird einheitlich gelenkt und mit meiner Zustimmung wird die Redaktion der "Zeit" verbessert.

3. Die Führung der Partei verlässt die frühere Linie, welche am Schluss zu politischen Komplikationen führen könnte, und übernimmt die Linie einer erhöhten Unterstützung der sudetendeutschen Interessen. Die Volkesschutzgesetze und die Gebietsautonomie werden weiter nicht mehr betont.

4. Wird eine Beratung ~~der~~^{mit} Berliner Stellen notwendig sein, vor Veröffentlichung einer wichtigen Kundgebung Henleins und seines Programms, sollen sie mit Vermittlung der Mission überreicht und vorbereitet werden.

5. Alle Informationen über die SdP für deutsche Stellen sollen durch Vermittlung der Gesandtschaft mitgeteilt werden.

6. Henlein wird mit mir allwöchentlich Verbindung haben und wird nach Prag kommen, wann immer dies notwendig sein wird.

Ich hoffe, dass ich nun die SdP fest in der Hand habe, da dies mehr denn je mit Rücksicht auf die sich nähernden Ereignisse im Interesse der Außenpolitik nötig geworden ist. Ich bitte, informieren

Sie die beteiligten Ministerien, die "Volksdeutsche Mittelstelle" und verlangen Sie die Unterstützung der einzelnen Führungsstellen der SdP."

Am 16.3.1938 fordert Henlein alle Sudetendeutschen auf, dass sie sich der sudetendeutschen Einheitsbewegung in der SdP eingliedern sollen.

Einige Tage nachher kommt es zur Eingliederung der Partei der Deutschen Christlich-Sozialen und der Partei der deutschen Landwirte in die SdP. Einige kleinere Gruppen folgen nach.

Welche Bedeutung dieser Akt hatte, ist ersichtlich aus den einleitenden Worten Henleins, die er am 23.3.1938 in Anwesenheit von K.H. Frank, des gewesenen Senators Anton Pfrogner, des führenden ~~Stabs-~~ Stabschefs der SdP Richard Lammel, des Vorsitzenden des Parlamentsclubs der SdP, Ernst Kundt, des Hauptleiters Dr. Sebekovski und der gewesenen Abg. Rudolf Sandtner und Dr. Friedrich Köhler zum letzten Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Gustav Hacker, und zu den Abg. der genannten Partei vorbrachte. Henlein sagte: "Ohne Zwang und Druck, sondern ^{lediglich} geleitet von der einzigen Erkenntnis, dass heute die Pflicht zum Zusammenschluss besteht und dass die Einheit das höchste Gesetz aller Deutschen ist, haben Sie einen Schritt getan, mit welchem Sie den deutschen Landwirten und dem Sudetendeutschtum, darüber hinaus dem Gesamtdeutschtum überhaupt gedient haben."

Am 26.3. 1938 sollte der Parteitag der SdP stattfinden. Auf Wunsch von reichsdeutscher Seite vortagt Henlein die Abhaltung des Parteitages um einen Monat und begibt sich zu Verhandlungen mit Hitler und Ribbentrop nach Berlin. Nach einem als streng geheim bezeichneten Dokument, welches dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vorliegt, ^{fiel} ~~hielt~~ sich über diese Beratungen unter den Akten des Reichs aussenministeriums folgender Vermerk:

"Vormerkungen über eine Konferenz am 29.3.1938, 12 Uhr, im Auswärtigen Amt in der Frage der Sudetendeutschen. An der Konferenz nahmen die auf einem beigefügten Verzeichnis angeführten Herren teil.

Der Reichsminister ~~eröffnete~~ eröffnete die Konferenz mit der Betonung der Unerlässlichkeit, dass sie absolut geheim bleiben müsse. Weiter erklärte er, dass im Sinne der Richtlinien, welche gestern nachmittags der Führer selbst persönlich Henlein übergeben hat, zwei Fragen von ausserordentlicher Bedeutung beim weiteren Vorgehen der Sudetendeutschen Partei sind:

1. Die Sudetendeutschen müssen sich bewusst werden, dass ^{hinter} ~~makst~~ ihnen eine Nation von 75 000 000 steht, welche nicht dulden wird, dass die

CSR-Regierung ständig die Sudetendeutschen bedrückt. Aufgabe der SdP ist es, dass sie Forderungen formuliert und der CSR-Regierung vorlegt, soweit sie sie als notwendig zur Erlangung von Erleichterungen hält. In diesem Zusammenhang erklärte der Außenminister, dass es nicht Aufgabe der Reichsregierung sein kann, Konrad Henlein, dessen Stellung als Führer der Sudetendeutschen vom Führer ausdrücklich anerkannt und neuerdings bestätigt werde, Detailanträge zu übergeben, was von der CSR-Regierung zu fordern sei. Es ist notwendig, ein ~~Maximal~~ Maximalprogramm vorzulegen, dessen Verwirklichung den Sudetendeutschen volle Freiheit gewähren würde. Es scheint gefährlich zu sein, sich vorzeitig mit der Zustimmung der CSR-Regierung zufrieden zu geben. Auf der einen Seite würde das im Ausland den Eindruck erwecken, dass eine Regelung gefunden wurde, auf der anderen Seite würde es die Sudetendeutschen nur teilweise befriedigen. Notwendig ist, scharfsichtig zu sein, denn nach den Erfahrungen der Vergangenheit darf man Versicherungen von Benes und Hodza keinen Glauben schenken. Das endliche Ziel der Verhandlungen der SdP mit der CSR-Regierung möge durch Erhöhung und fortschreitende Spezifikation der Forderungen sein: dem Eintritt in die Regierung auszuweichen. Bei den Verhandlungen muss man deutlich erklären, dass die SdP, keineswegs aber die deutsche Reichsregierung, mit der CSR-Regierung verhandlet. Die Reichsregierung darf gegenüber der Prager Regierung aber auch nicht ⁱⁿ London und Paris den Eindruck erwecken, sie vertrete oder drossle die sudetendeutschen Forderungen. Selbstverständliche Voraussetzung ist, dass während der nächsten Verhandlungen mit der CSR-Regierung die Sudetendeutschen unter strenger Kontrolle Konrad Henleins bleiben, Ruhe und Disziplin bewahren und allen Unüberlegtheiten ausweichen. Die von Konrad Henlein in dieser Richtung abgegebene Versicherung ist befriedigend.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen des Reichsministers wurden die Forderungen der SdP an die CSR-Regierung, wie sie in der Beilage angeführt sind, einer Besprechung unterzogen und im Prinzip genehmigt. Konrad Henlein wurde aufgefordert, dass er zum Zwecke einer weiteren Zusammenarbeit die engste Verbindung mit dem Reichsminister und dem leitenden Beamten der "Volksdeutschen Mittelstelle" sowie auch mit dem deutschen Gesandten in Prag als örtlichem Vertreter des Außenministers halten solle. Aufgabe des deutschen Gesandten in Prag wird es sein, die Forderungen der SdP als angemessen zu bezeichnen, aber nicht offiziell, sondern eher in Privatgesprächen mit CSR-Politikern,

ohne dabei ein direktes Interesse an dem Umfang der Forderungen der Partei zu bekunden.

Zum Schlusse entwickelte sich ein Gespräch, ob es nicht zweckmässig wäre, dass die SdP mit anderen Minderheiten in der CSR, vor allem mit den Slowaken, verhandle. Der Aussenminister empfiehlt, dass es der Partei überlassen bleibe, eine freie Verbindung mit anderen Minderheitsgruppen aufrecht zu erhalten und wenn es nötig werden sollte, dass diese das gleiche Vorgehen eröffnen.

Berlin, am 19.3.1938

Unterschrift: R."

Der oben angeführten Sitzung wohnten ausser Konrad Henlein und K.H. Frank Ing.Franz Künzel und Dr.Anton Kreisel bei.

Am 23.u.24.4.1938 veranstaltete die SdP einen Kongress ihrer Funktionäre in Karlsbad, wo Henlein seine acht Karlsbader Forderungen vortrug, welche nach der politischen Seite in der Erklärung gipfelten, dass "so wie das Deutschtum der ganzen Welt auch wir uns zu der nationalsozialistischen Lebensauffassung bekennen, welche unser ganzes Fühlen und Denken erfüllt und nach welchem wir auch unser Leben als Volksgruppe im Rahmen der Gesetze regeln wollen."

Damit wird die SdP eine Hakenkreuzpartei, oder Henlein kehrt dahin zurück, von wo er im Jahre 1933 ausging, d.i. von den Hakenkreuzlern.

Henlein hat in seiner Karlsbader Rede u.a. gesagt:

"Wenn es den tschechischen Staatsmännern tatsächlich darum geht, ein freundschaftliches Nachbarverhältnis zum deutschen Volk zu erlangen, dann ist folgendes unentbehrlich und notwendig:

1. Die Revision des falschen tschechischen Geschichtsmythos,
2. Die Revision der unglückseligen Auffassung, dass es Aufgabe des tschechischen Volkes sei, die slawische Grenzfeste gegen den sogenannte deutschen Drang nach Osten zu sein.

Bei Beantwortung dieser Fragen wird sich das tschechische Volk klar darüber werden müssen, dass die Neuregelung des Verhältnisses zum grossdeutschen Reich nicht möglich ist, wenn gleichzeitig nicht das Verhältnis zu unserer Volksgruppe neu geregelt wird.

Es muss daher gleichzeitig mit dieser aussenpolitischen Frage diese innerpolitische Frage beantworten.

Soll es zu einer friedlichen Entwicklung im CSR-Staat kommen, dann muss es neben der dreifachen Revision (der Revision des Geschichtsmythos, der Revision der Auffassung über die Grenzfeste gegenüber dem Deutschtum und der Revision des aussenpolitischen Standpunktes)

auch folgende staatliche und rechtliche Ordnung geschaffen werden:

1. Die volle Gleichberechtigung und die volle Gleichheit der deutschen Volksgruppe mit dem CSL Volk.
2. Anerkennung der deutschen Volksgruppe als Rechtspersönlichkeit zum Schutze der gleichberechtigten Stellung im Staate.
3. Festsetzung und Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes.
4. Einrichtung einer deutschen Selbstverwaltung im deutschen Gebiet und zwar für alle Arten des öffentlichen Lebens, soweit es um die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Volksgruppe geht.
5. Gesetzliche Schutzmassnahmen für jene staatlichen Angehörigen, welche ausserhalb des geschlossenen Gebietes ihres Volkes leben.
6. Beseitigung allen Unrechts, welches den Sudetendeutschen vom Jahre 1918^{an} zugefügt worden ist, und Wiedergutmachung der Schäden welche ihm durch dieses Unrecht bereitet worden sind.
7. Anerkennung und Durchführung des Grundsatzes: Im deutschen Gebiet ~~xxx~~ biete deutsche öffentliche Angestellte.
8. Volle Freiheit des Bekenntnisses zum Deutschtum und zur deutschen Weltanschauung."

Vom Nationalsozialismus sprechend, erwähnte Henlein die Auflösung der DNSAP und die Einstellung der Tätigkeit der deutschen Nationalpartei, (eine Aktion, welche er als eine nervöse Folge der Entwicklung betrachtete, welche zu der Wiedererweckung der deutschen Nation durch Vermittlung des Nationalsozialismus führte), und sagte: "Von dieser Zeit an muss die ganze Welt zugeben, dass der deutsche Nationalsozialismus eine Weltanschauung ist, welche nicht nur das Deutsche Reich zur neuen Macht führte, sondern auch das gesamte Leben des deutschen Volkes erfasste und geregelt hat. Er konnte ~~---~~ das nur deshalb, weil er der Art und der Veranlagung des deutschen Menschen entspricht. In ihm findet er nach Jahren die Erfüllung seiner bisher unerfüllten Sehnsucht, seine Auffassung von Leben und Besittung.

Ohne Rücksicht auf die staatlichen Grenzen konnte und wollte auch das Sudetendeutschtum als Teil des deutschen Volkes, mit dem es immer untrennbar verbunden war, ~~xxx~~ nicht auf eine Weltanschauung verzichten, zu der sich heute freudig alle Deutschen bekennen. Gerade wir als ein bedrohtes und um seine Existenz kämpfendes Deutschtum können uns überhaupt nur zu einer Weltanschauung melden, deren oberstes Gesetz das Gesetz der Gemeinschaft ist.

So wie das Deutschtum der ganzen Welt bekennen wir uns auch zu der nationalsozialistischen Grundauffassung vom Leben, die unser Fühlen und Denken ganz erfüllt und nach welcher wir das Leben unserer Volksgruppe im Rahmen der Gesetze regeln wollen. Jede Nation ist einzig und unteilbar. Sie hat in sich ihre eigenen inneren Gesetze und ihre Weltanschauung ist nichts anderes."

Wenn wir heute diese Worte Konrad Henleins hören, müssen wir uns erinnern, was der deutsche Nationalsozialismus im Bezug auf die Vereinigung aller Deutschen in einem Staate verkündete und müssen uns dessen bewusst sein, dass Henlein seine Karlsbader Rede nach einer geheimen Zusammenkunft beim Deutschen Auswärtigen Amt und nach einer Audienz bei Hitler gehalten hat.

Dass unter solchen Umständen selbst beim besten Willen das Bemühen der CSR-Regierung, einen Ausgleich mit Henlein zu finden, scheitern musste, ist heute jedem klar, ebenso wie es klar ist, dass alle Verhandlungen der damaligen Zeit den Deutschen nur dazu dienten, dass das Deutsche Reich Zeit für den letzten Angriff gegen die Unteilbarkeit der CSI-Republik gewinne.

Am 21.8.1941 war vor ~~dem~~^{ein} Gauparteigericht der NSDAP der Abg. der SDP Hans Neuwirth gestellt worden. Ihm wurde zur ~~Exk~~ Last gelegt, dass er im Mai 1934 ein Memorandum für den VdA ausgearbeitet habe. Dieses Memorandum enthält den knappen Inhalt der Verhandlungen der Tagung des VdA im Mai 1934. Auf diesem Kongress wurde vor allem auch über die Frage der illegalen Tätigkeit der deutschen Volksgruppe im Ausland verhandelt. Auf Grund der Erkenntnisse, welche aus der illegalen Tätigkeit der Nationalsozialisten in Österreich gewonnen wurden, wurde erkannt, dass eine illegale Tätigkeit der deutschen Volksgruppe in der CSR politisch nicht richtig war. Mit diesem Memorandum habe er angeblich verschuldet, dass die karitative Unterstützung der alten Nationalsozialisten, d.i. die Unterstützung der Verhafteten eingestellt worden ist. Diese Beschuldigung wies Neuwirth zurück mit dem Hinweis darauf, dass nach der Aussage Dr. Kreisels und Krebs' bereits am 11.5.1934 eine Besprechung bei Hitler und Dr. Steinacher stattfand. Dr. Kreisel hat ~~schon~~^{auch} damals bestätigt, dass schon 1933 die vom Verband VdA versprochenen Subventionen nicht eingetroffen sind.

Das Parteigericht stellte ^{auch} fest, dass Neuwirth gefordert habe, dass die volksdeutschen Funktionäre Hitler verantwortlich und organisatorisch dem Vertreter des Führers unterstellt werden. Deshalb habe er

nicht zu jener Gruppe der Deutschen in der CSR gehört, welche in der Autonomie innerhalb der CSR das Endziel der Sudetendeutschen gesehen haben. Angeblich habe er nur das Ziel verfolgt, von Seite Deutschlands Taten zu verhindern, welche die Existenz der SHF bedrohen könnten, vor allem aber dass es nicht zu unnötigen und gefährlichen Eingriffen untergeordneter Dienststellen des Staates und der Partei komme, denn schon seit der Zeit des Volkspart-Prozesses sei er angeblich überzeugt ^{gewesen}, dass in der CSR der Generalstab einen Vorwand suche für einen Kriegskonflikt mit Deutschland. Er nützte angeblich damals eine Bekanntschaft seiner Frau ^{an,} und informierte daher Blomberg, dem damals diese Verbindungen vollkommen neu waren. Weil angeblich Neuwirth diesen Zusammenhang ^{rechtmäßig} erkannte, musste er diesen Standpunkt gegen die alten Nationalsozialisten ggf. auch gegen die von ihnen geplante Illegalität einnehmen. Er befürchtete, dass ein unrichtiges Vorgehen der alten Nationalsozialisten in Berlin (Krebs und Genossen) nicht auch die SHF und später die SdP mit sich reisse.

Der Umstand, dass die Beziehung zwischen SdP und NSDAP evtl. auch zum Deutschen Reich ständig geleugnet werden ~~musste~~ musste, damit der tschechischen Regierung nicht ein Grund zur Auflösung der SHF gegeben wird, führte zu einem schweren Missverständnis. So musste auch der Führer der Sudetendeutschen, Henlein, angeblich bei seinem programmatischen Auftreten in Böhmischem-Leipa betonen, dass der Nationalsozialismus kein Exportgut ist, gerade deshalb, um gegenüber der tschechischen Regierung eine loyale Stellung zu unterstreichen. Diese Verhüllung der wahren Ziele benutzten dann einige Leute, dass sie für die Erreichung der Autonomie arbeiteten. Aber diese Belastungsprobe konnte die SdP überwinden, wie die späteren Ereignisse zeigten, nur kraft der disziplinierten Organisation.

Geld vom VdA für die SdP nahm zuerst Neuwirth in Empfang, als ihm aber bei der Verrechnung gewisse ~~Ungerechtigkeiten~~ ^{Ungerechtigkeiten} vorgeworfen wurden, war für die Entgegennahme dieser Gelder, welche hauptsächlich auf dem Wege der Deutschen Gesandtschaft in Prag eingingen, Dr. Friedrich Kölker, bestimmt.

In diesem Zusammenhang ist interessant anzuführen, was das angeführte Parteiurteil in Sachen Neuwirth über das Verhältnis des Kameradschaftsbundes zu den ~~gewesenen~~ ^{gewesenen} Nationalsozialisten der Sudetendeutschen feststellt.

Darin wird gesagt, dass der Kameradschaftsbund ~~bis zu~~^{seit} der Zeit, wo sich die DNSAP selbst aufgelöst hat, bekämpft wurde, die Mitglieder wurden von den alten Nationalsozialisten deshalb missachtet, weil sie die früheren Mitglieder der aufgelösten DNSAP nicht zur aktiven Zusammenarbeit mit der SHF und später der SdP zuließen. Die Übernahme der DNSAP konnte aber deshalb nicht erfolgen, weil es eine politische Notwendigkeit war, beim tschechoslowakischen Staat nicht den Eindruck zu erwecken, als sei die SHF der Rechtsnachfolger der DNSAP.

Schliesslich ist es nötig, von der Zeugenaussage Konrad Henleins Erwähnung zu tun, die er im Sachen Neuwirth machte. Henlein gab damals an, dass es zwar richtig sei, dass Neuwirth im Jahre 1938 Verbindung mit dem Schweizer Konsul in Prag, Bruggmann, welcher ein Schweizer deutscher Nationalist^{ist} und ein Pazifist war, aufrecht erhalten habe. Bruggmann war damals angeblich ein wertvoller Mittelsmann für die SdP wegen seiner Beziehungen zu angelsächsischen Kreisen durch Vermittlung seiner amerikanischen Frau. Weil damals Dr. Benes einen ablehnenden Standpunkt zur Herausgabe des Volksschutzgesetzes einnahm, das Henlein auf dem Karlsbader Parteitag angemeldet hatte, kam Neuwirth mit dem Einfall, dass die Frage der Neueinführung der Gaueinteilung in die Debatte geworfen werde, u.z. zu dem Zwecke, damit die Debatte zwischen der tschechischen Regierung und den deutschen Vertretern gestört werde. Das war in der Zeit des Sokol-Kongresses 1938 und da die Partei SdP es nicht offiziell machen konnte, tat es Neuwirth über Bruggmann und hinterlegte^{auch} eine Abschrift seines Memorandums im Arbeitsamt der SdP. Henlein stellt dabei ausdrücklich fest, dass die Aktion Bruggmann in dieser Zeit fraglos wertvoll und politisch zweckmässig war. Neuwirth sei vom Jahre 1935 an ein tüchtiger Propagandist und Interpret der Verhältnisse gegenüber zahlreichen Journalisten und Politikern aus dem Ausland, die sich in Prag zeigten, gewesen. Diese Aufgabe erforderte neben der notwendigen Kenntnis der Verhältnisse eine unerhörte Beweglichkeit und Fähigkeit, ausländischen Journalisten immer das zu sagen, was ihren Interessen diente; ~~und~~^{sie} musste automatisch den Eindruck auch der Loyalität gegenüber den Interessen des Reiches hervorrufen.

Henlein führt ausdrücklich aus, dass man sich der Gefahr dieses politischen Spieles bewusst war, insbesondere wenn man wusste, dass manche der Ausländer in Wirklichkeit Agenten des Secret Service, wie z.B. ein gewisser Oberst Christi oder El. Stephens, angeblich

Sekretär des Hauses der Lords, waren. Er bezeichnet diese Arbeit als fraglos unausweichlich und behauptet, dass diese "Züge am Schachbrett" seinerzeit immer und laufend der Deutschen Botschaft in Prag mit dem Zwecke der Verständigung des Reichsaussenministeriums mitgeteilt worden seien.

Diese Worte Konrad Henleins sind ein genügender Nachweis dafür, dass es sich der SdP nicht um irgend einen Ausgleich mit dem CSL-Volk handelte, sondern nur um Gewinnung von Zeit, für den Anschluss des böhmischen Grenzgebietes an das Reich.

Das hat übrigens auch Lord Runciman bestätigt, als er in einem Brief an den britischen Ministerpräsidenten Chamberlain schrieb, dass die Verantwortung für den Zusammenbruch nach seiner Meinung ~~auf~~ ^{auf} Henlein und Frank und jene ihrer Anhänger fallen müsse, welche zu einem extremen und ~~verfassungs~~ ^{verfassungs} feindlichen Handeln trieben.

Am 14.5.1938 gibt die SdP bekannt, dass das Innenministerium die Bildung eines "Freiwilligen Schutzdienstes" (FS) mit dem Sitz in Eger genehmigt habe und dass vor Vertrauensleuten aus dem ganzen Staat Dr. Friedrich Köhler über die Aufgaben und den Ausbau des Verbandes, dessen Führer Henlein sei, gesprochen habe und dass Stabschef der Leiter des Turnverbandes, Willi Brandner, geworden sei, der mit der Durchführung der Organisationsarbeiten bei Ausbau des Verbandes betraut wurde.

Dieser Brandner veröffentlichte im Wochenblatt der SdP "Rundschau" eine Erklärung, dass der FS das Rückgrat der Bewegung sei und dass in ihm den Sudetendeutschen eine Kampfeinheit gegeben werde, die überall dort auftreten werde, wo Entschlusskraft, Disziplin, Ordnung und Kampfegeist, Treue zur Führung und Bereitschaft entscheiden. Die Zugehörigkeit zum FS bedeute unwandelbare Anhängerschaft, treue Kameradschaft und härteste Erfüllung der Pflichten. FS sei eine entschlossene Kampfeinheit, welche ständig im Dienste sein werde.

Am 1.8.1938 gibt Henlein an die FS ~~den~~ ^{einen} Aufruf heraus, der die Männer dieser Organisation zu Mut und Entschlossenheit auffordert und als einzige Aufgabe bestimmt, für den Sieg der Sudetendeutschen zu kämpfen.

Damit die SdP für alle Fälle ein Alibi habe, erklärte ihr damaliger Abg. und Führer der Delegation der Partei für die Verhandlungen mit der tschechischen Regierung, der Angeklagte Ernst Kundt, dass man bloss so lange ruhig sein werde, als es menschlich möglich sei, und dass einmal die Welt sehen werde, dass die Tschechen

schuld seien.

In dieser Atmosphäre ~~kommt es~~ ^{kommt es} am 21.5.1938 zur Einberufung gewisser Jahrgänge der CSR-Armee zu den Waffen und von diesem Zeitpunkt an beginnt die faktische Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik, wie es der § 18 des Retributionsgesetzes festsetzt.

Am 22.5.1938 werden in Eger wegen Nichtbefolgung eines Wachbefehls tödlich verwundet Georg Hofmann und Niklas Böhme. Ihr Begräbnis gibt der Partei SdP, deren Angehörige die Getöteten waren, Gelegenheit zu einer grossen Demonstration und Hitler zu einer politischen Demonstration, denn er schickt zum Begräbnis den Militärattache der Deutschen Gesandtschaft in Prag, Toussaint, und den Fliegerattache, damit sie in seinem Namen auf das Grab der angeführten Angehörigen der SdP Kränze niederlegten.

Am selben Tag, am 22.5.1938, bemerkt der deutsche General Jodl in seinem Tagebuch, dass es zu einer Konferenz von grundsätzlicher Bedeutung zwischen Hitler und Henlein gekommen sei. Der Inhalt dieser Konferenz ist ersichtlich aus einer weiteren Eintragung Jodls am 30.5.1938, nach welcher Hitler die Richtlinien für den "Fall Grün" unterschreibt, in welchen er seine endgültige Entscheidung kundgibt, militärisch die CSR zu vernichten und die notwendigen militärischen Vorbereitungen trifft.

In dieser Zeit wird eigentlich die sudetendeutsche Frage unter ausgiebiger Unterstützung Henleins und der ganzen SdP auf der einen Seite und mit Unterstützung Hitlers und seiner Partei auf der anderen Seite zu einer internationalen.

Ende Juli wird in Breslau das deutsche Turnfest veranstaltet, auf welchem am 20.7.1938 auch Konrad Henlein sprach, und in dieser Kundgebung führt er ausdrücklich aus, dass die Turn~~verbindung~~ ^{bewegung} Hand in Hand mit den politischen Soldaten der nationalsozialistischen Bewegung gehe; ~~und~~ ^{er} deutete an, welche Entwicklung dieser Verband hatte und dass es Pflicht seiner Mitglieder sei, dass sie die vordersten Vorposten des ~~gross~~ ^{deut} deutschen Volkes seien.

Am 2.8.1938 kommt Henlein öffentlich mit Hitler zusammen und dieser kündigt ihm an, dass er die aussenpolitische Lösung der sudetendeutschen Frage selbst in die Hand nehme, dass aber die Verhandlungen über das Nationalitätenstatut weiter offiziell geführt werden sollen, damit 1. für alle Fälle der Eindruck erweckt werde, dass auf Grund dieser ⁱⁿ Verhandlungen politisch weiter gearbeitet werde und damit 2. für alle Fälle, wenn der Plan Hitlers versagen sollte,

eine zeitlich begrenzte Autonomie zur Hand wäre oder andere politische Möglichkeiten. [Kurz darnach findet in Nürnberg der Parteitag der NSDAP statt und nach der Rede Hitlers, in welcher er die CSR heftig angreift, erhalten die Organisationen ^{und} in erster Reihe die Parlamentsvertreter der SdP noch aus Nürnberg den Auftrag, dass sie im CSL-Grenzgebiet Demonstrationen organisieren. Diesem Auftrag wurde auch überall Rechnung getragen und so entstehen jene Zwischenfälle, mit welchen die SdP das Ausland täuschte, damit sie die Verantwortung für die Verhältnisse auf die CSR-Regierung und ihre Organe abwälzen könne.

In der Nacht vom 14. auf den 15.9.1938 geht Henlein mit der überwiegenden Mehrheit seiner parlamentarischen Vertreter nach Deutschland und von dort gibt er am 15.9. einen Aufruf an das Sudetendeutschtum heraus, in welchem er sagt, dass die Ereignisse der letzten Tage ihn zur Erklärung zwingen, dass im Jahre 1919 die Sudetendeutschen gezwungen waren, gegen ihren Willen in den tschechischen Staat zu gehen, dass sie alles ertragen hätten, um ihre Existenz zu erhalten, und dass ihr Bemühen, das tschechische Volk zu einem ehrenhaften und gerechten Ausgleich zu veranlassen, an dem unversöhnlichen Willen des tschechischen Volkes gescheitert sei und sie als Sudetendeutsche heim ins Reich wollen.

In der Nacht vom 17. auf den 18.9.1938 fand zwischen Hitler und dem Oberstleutnant Köhling eine Konferenz statt, welche sieben Minuten dauerte. Hitler teilte Köhling als Berater Konrad Henleins zu und erteilte ihm weitreichende Vollmachten. Die Konferenz betraf das Sudetendeutsche Freikorps (SPK), dessen Führer Konrad Henlein wird und als dessen Stellvertreter K.H. Frank, wobei das SPK in der obersten Instanz direkt Hitler unterstellt wird.

Darüber merkt General Jodl in seinem Tagebuch unter dem Datum 17.9.1938 an: "Gegen die ursprüngliche Absicht, alle Sudetendeutschen mit einer vormilitärischen Erziehung in die Ersatzarmee überzuführen, gibt der Führer den Befehl, sie im SPK zu vereinigen. Das Oberkommando der Wehrmacht gibt dem Oberstleutnant Köhling (Referent für Jugendfragen) als Berater Konrad Henlein zur Disposition."

Die Führung der SdP gab dann die Anordnung Henleins heraus, durch welche er am 18.9.1938 das SPK ^{errichtet mit der Feststellung} ~~aufpendet~~, dass der Mächtigkeitsstand gegeben sei, ^{und} dass diese Organisation sich das Notrecht

nehme, wenn ~~es~~^{sie} zu den Waffen greif~~t~~^t und sich organisier~~t~~^t (Beilage I "Pfrogner").

Damit erreicht die Politik der Sudetendeutschen den Höhepunkt, die seit dem Jahre 1918 auf Vorbereitung von Anschlägen gegen die Republik im direkten Versuch, mit der Waffe in der Hand, also mit Gewalt sich dem Deutschen Reiche anzuschliessen, und einen Teil des von Deutschen bewohnten tschechoslowakischen Staates abzutrennen, gerichtet war.

Der schon erwähnte Oberstleutnant Köhling schreibt in seinem Abschlussbericht vom 1.10.1938 über seine Tätigkeit als Verbindungs-offizier des Kommandos der Wehrmacht beim ~~NSKK~~ SPK, dass er am 17.9.1938 aus dem Obersalzberg von Hitler für das SPK folgende Aufträge bekommen habe:

1. Ständig längs der ganzen Front der CSR-Grenzen mit Hilfe des Freikorps Unruhe zu schaffen.
2. Kleinere Unternehmungen gegen tschechische Vorposten, Wachstuben u.ä, zu unternehmen, .
3. Als terroristische Gruppen aufzutreten.

Am 18.9.1938 kam es zu einer grundsätzlichen Aussprache über die Aufgaben und die Organisation ^{des SPK} zwischen Köhling und Henlein. Es wurde vereinbart, vier Gruppen des SPK zu bilden:

Die erste Gruppe mit dem Sitz in Breslau führte Dr. Friedrich Köhler, die zweite mit dem Sitz in Dresden ~~führte~~ Franz May, die dritte Gruppe in Dondorf ~~führte~~ Willi Brandner und die vierte in Wien Fritz Bürger.

Ausserdem gehörte zum Stab des SPK noch der gewesene Senator der SdP Pfrogner und Graf Zedtwitz.

Zum Zwecke der Durchführung von Kampfaktionen, die nachdrücklichst von Hitler gefordert wurden, wurde im Anfang angeordnet, dass jede Gruppe 10 Aktionen je Nacht unternehmen solle. Dieser Auftrag wurde den Führern der Gruppen erteilt, welche am 18.9.1938 ihre Kommandobereiche erreichten, sodass in der Nacht vom 18. zum 19.9. die ersten Aktionen unternommen wurden.

Auch diese Tätigkeit des SPK war Teil des Gesamtplanes Hitlers und seiner Helfershelfer aus den Reihen der SdP, damit dadurch unter Täuschung des Auslandes die CSR zerschlagen werde. Neben anderen Personen sind für diese Tätigkeit in erster Linie die Führer der einzelnen Gruppen des Freikorps verantwortlich.

Soweit es um die Tätigkeit dieses Korps geht, wird es bei der Hauptverhandlung nötig sein, zwei Zeugenaussagen zu zitieren,

welche dem IMT in Nürnberg vorgelegt worden sind. Es sind Zeugen-
aussagen eines gewissen ~~Bergar~~ Gottlob Berger und Alfred Helmuth.
Neben Schäden ~~auf~~ ^{an} Gebäuden u.ä. kostete die Tätigkeit des Frei-
korps etwa 110 Tschechen das Leben, verwundet wurden 50 Staats-
angehörige und wenigstens zeitweise 2029 Staatsangehörige ihrer
Freiheit dadurch beraubt, dass ~~an~~ sie durch Angehörige des Frei-
korps nach Deutschland verschleppt und dort gefangen gehalten wur-
den.

I

Was die Person des Hans K r e b s anlangt, so war er nach seinem
eigenen Bekenntnis von allem Anfang an in der nationalen Bewegung
der sogenannten Sudetendeutschen tätig und unbeschadet seines teil-
weisen Eingeständnisses ist er aus amtlichen Quellen bekannt als
ein fanatischer Bekenner des Gedankens der Bewegung der National-
sozialisten. Selbst gesteht er, dass er vom Anfang der Bewegung
in Deutschland an persönlichen Kontakt mit Hitler unterhalten
hat, ja, dass er auch in Parteifragen von Hitler Entscheidungen
angefordert habe. Vom Jahre 1908 an wirkte er als Hauptredakteur
der "Deutschen Volkswehr" in Iglau. Im Jahre 1910 kam er ^{als} Haupt-
geschäftsführer der "Zentralkommission der deutschen Arbeiterver-
bände" nach Wien. Dann war er Volontär beim "Deutschen Volksblatt"
in Wien und dann ging er im Jahre 1912 als Hauptredakteur zur
"Deutschen Arbeiterpresse" und blieb in Wien bis zum Jahre 1914.
In den Jahren 1914 bis 16 war er als ^{ober} Leutnant der Res. eingerückt
und nach seiner Genesung im Jahre 1917 kam er nach Aussig a.E.,
damit er dort die Leitung der Deutschen Arbeiterpartei (DAP)
übernehme, und zwar als Landessekretär. Gleichzeitig wurde er Re-
dakteur der "Deutschen Volksstimme", was sein Hauptberuf bis zum
Jahre 1925 blieb, wo er für die DNSAP ins Parlament und zwar für
den Wahlkreis Aussig a.E./Böhmisch-Leipa gewählt wurde.
Nach dem Tod des Abg. Patzelt wurde er im Jahre 1927 Vorsitzender
der Landesleitung der DNSAP in Böhmen und blieb es bis zum Jah-
re 1933. Im Jahre 1930 war er Landesführer des "Volkssportverban-
des" in Böhmen, der im Jahre 1932 Gegenstand des bekannte Prozes-
ses mit dem "Volkssport" wurde. Im Laufe dieses Prozesses, der
1932 mit der Verurteilung der Hauptangeklagten in der 1. Instanz
endigte, wurde Krebs am 28.2.1933 vom Parlament ausgeliefert.

Am 1.3.¹⁹³³~~1933~~ zur Einvernahme nach Pankraz zum Untersuchungsrichter gerufen, kam es zu seiner Verhaftung. In Haft blieb er bis Ende Juni 1933 und wurde nach § 191 Straf~~gesetz-~~ordnung gegen eine Kaution von 200 000 Kronen entlassen. Als er im Sept. 1933 erfuhr, dass die Partei aufgelöst werde und seine politische Tätigkeit unmöglich gemacht werde, entschloss er sich zur Flucht nach Deutschland, fuhr nach Böhmisches-Leipa, von dort nach Niedersiedel und überschritt dort am 1.10.1933 die Grenze bei Sebnitz.

In Sebandau erfuhr er, dass am 3. Oktober 1933 Hitler nach Leipzig komme, um dort am ~~dem~~ Deutschen Juristentag zu sprechen. Da er Hitler persönlich kannte, suchte er ihn auf, und nachdem er seinen Fall dargelegt hatte, wurde er von Hitler aufgefordert, dass er mit ihm nach Berlin fahre. Dort schilderte ihm Krebs den Verlauf des Volksportprozesses und der Unmöglichkeit seiner weiteren politischen Tätigkeit in der CSR.

Hitler versprach ihm, dass er den Schutz des Reiches genießen werde und dass er ihn in einer staatlichen Stellung im Reich verwenden werde. Nach einigen Wochen wurde er tatsächlich dem Oberpräsidenten der Provinz Hannover zugeteilt und blieb dort bis Januar 1934.

Damals wurde er vom damaligen Reichsinnenminister Dr. Frick (dem späteren Reichsprotector in Böhmen und Mähren) nach Berlin berufen und zwar zuerst deshalb, damit er ein Pressereferat aufbaue, das bis zu dieser Zeit nicht bestanden hatte. Im Laufe des Jahre 1934 wurde er deutscher Staatsbürger und im Herbst Regierungsrat und Leiter der Presseabteilung, die ~~er gegründet~~^{bis dahin nicht bestanden} hatte. Nach Vereinigung des Reichsinnenministeriums mit dem Preussischen Innenministerium wurde er neben seiner Stellung als Presseschef des Innenministeriums Leiter der Fachbibliothek der vereinigten Ministerien, der sogenannten Literarischen Abteilung. Im Jahre 1935 wurde er Oberregierungsrat und im Jahre 1936 Ministerialrat.

Nach dem Münchner Vertrag vom 29.9.1938 schlug ihm der Reichsinnenminister Dr. Frick vor, den Posten eines Regierungspräsidenten im Sudetengau zu übernehmen. Zu seiner Ernennung als kommiss. Regierungspräsident kam es im November 1938 und zum Antritt seines Amtes anfangs Dezember 1938 und zwar beim Regierungspräsidium

in Aussig a.E., welches Amt bisher der Regierungspräsident Dr. Bachmann als Chef der Zivilverwaltung führte. Das Amt des Regierungspräsidenten in Aussig a.E. behielt Hans Krebs bis zum 8.5. 1945.

In Hannover trat Hans Krebs auf Aufforderung des damaligen Regierungspräsidenten SA-Gruppenführer Lutze im Jahre 1933 in die SA und im Jahre 1934 wurde ~~als SA~~ SA-Sturmtruppführer überführt in den Verband SS als Standartenführer und nach seiner Ernennung zum Regierungspräsidenten in Aussig a.E. wurde er zum SS-Brigadeführer ernannt. [Mit Hitler wurde Hans Krebs schon im Jahre 1920 in München bekannt, wo ihm Hitler - wie er behauptet - die Richtigkeit seiner damaligen politischen Konzeption betreff der Sudetendeutschen in der CSR bestätigte, nämlich innerhalb der Tschechoslowakei die höchstmögliche Form einer Selbstverwaltung zu erreichen. Diese ursprüngliche Linie verlässt Schritt um Schritt Hans Krebs, je nachdem sich die Verhältnisse in Deutschland im Interesse der NSDAP ändern. Im Jahre 1927 exponiert er sich in der Bewegung der NSDAP in Österreich, völlig in den Intentionen Hitlers, alle Deutschen, die auf Gebieten anderer Staaten leben, in einem Staat zu vereinigen. Er spricht auf Versammlungen in Linz, Baden, Wien und Siegmundshergberg und beteiligt sich im Jahre 1930 ^{an} ~~an~~ der Wahlkampagne der österreichischen Hitlerleute.

Das Programm der NSDAP ist - wie in ihm selbst ausgeführt wird - unabänderlich und soweit es um territoriale Forderungen geht, wie uns die eigenen Erfahrungen gelehrt haben, ^{WGP 21} ~~WGP~~ auch unabänderlich. Nur die Wege waren verschieden und mussten sich immer einerseits den Bedürfnissen der Deutschen, andererseits den internationalen Machtverhältnissen anpassen.

Hans Krebs behauptet, dass er mit irredentistischen Organisationen in Deutschland, die gegen die CSR tätig waren, nichts gemeinsam hatte. Es geht um zwei Organisationen, u.z. den VdA und den SHB (Sudetendeutscher Heimatbund), wobei letztere Organisation ausschliesslich gegen die CSR gerichtet war, während der VdA sich auch um die Deutschen in anderen Ländern kümmerte. Der VdA unterstützte in bestimmten Masse auch körpererzieherische und kulturelle Organisationen, freilich nur im Interesse der irredentistischen Ziele des Verbandes, wogegen der SHB nur irredentistische Ziele kannte, die auf Zerschlagung der CSR gerichtet waren.

Hans Neuwirth, der gewesene Abg. der SdP, welcher gewiss über die Verhältnisse im politischen Lager der Sudetendeutschen sehr gut

informiert war, gab als Zeuge an, dass Krebs nach seiner Ankunft im Reich anfangs durchaus nicht besonders politisch tätig war, sobald aber das Pressereferat im Reichsinnenministerium unter seine Leitung gestellt war, beginnt sich auch der letzte Hauptredakteur des Hakenkreuzler-Tagblattes ^{"Die Zeit"} (in der CSR, Dr. Viererbl, zur Geltung zu bringen, der sich auch einen wesentlichen Anteil an der Ausarbeitung des bekannten Henlein'schen Aufrufs vom 1. 10. 1933 zugute hält. Dieser Redakteur Viererbl [wird nach der Besetzung des CSR-Grenzgebietes Chefredakteur der Henlein-schen Tageszeitung "Die Zeit" in ~~Königsberg~~ Reichenberg] tritt auf der Versammlung des SHB in Meissen, an der sich auch Neuwirth beteiligte, auf und wird auch vorübergehend Vorsitzender des SHB. Neuwirth gibt an, dass es gewissen reichsdeutschen Kreisen damals gelungen sei, Dr. Viererbl zu zwingen, auf dieses Amt zu verzichten und Krebs keine Schwierigkeiten zu machen, der dem Verband SHB zur Verwirklichung seiner politischen Ziele gegen die CSR verwendete.

Neuwirth führt ausdrücklich an, dass die Unmöglichmachung des Versuchs des ~~Krebs~~ ^{Viererbl}, mit Hilfe des SHB sich in die Politik in Deutschland einzuschärfen, eine Gegenaktion des Krebs hervorrief, die in einer Polemik in Rosenbergs "Nationalsozialistischen Monatsheften" zum Ausdruck kam, wobei behauptet wurde, dass die deutschen Gruppen in der CSR, in Rumänien usw. ständig immer mehr und mehr in einem antinazistischen Sinne geführt würden und dass es angeblich notwendig sei, dass im Interesse der Reichspolitik dagegen eingeschritten werde. Gleichzeitig wurde angeblich eine Kampagne gegen Personen unternommen, welche sich gegen die Krebs'schen Versuche engagierten, aber als Sieger aus diesem Kampf ging Krebs hervor, was nach der Aussage Neuwirths nur damit erklärt werden könne, dass Krebs eine Stütze bei Himmler erhielt, welcher nach dem 30. Juni 1934 (Fememorde in Deutschland) rasch an Macht gewonn^{en} (Beilage 7 und 8) hatte.

Krebs führte nach ~~dieser~~ Kenntnisnahme dieser Zeugenaussage des Hans Neuwirth und des Inhalts eines Teils der Anklageschriften gegen Neuwirth an, dass er sich ^{nicht} verinnere, in diesem Strafverfahren über etwas anderes gehört worden zu sein als über die von Neuwirth für den VdA [ausgearbeitete] Denkschrift. Soweit es um die Zusammenarbeit Dr. Viererbls mit dem SHB gehe, habe er damit nichts zu tun gehabt mit Ausnahme dessen, dass er auf Wunsch

↳ dessen Verbindungs-
mann zur Sd.P
Neuwirth war,

Viererbals mit ihm die Resolution für die Tagung des SHB in Meissen ausgearbeitet habe.

Im Jahre 1936 kommt es zu Wahlen in den Reichstag. Der Reichswahlausschuss der NSDAP genehmigte eine Kandidatenliste, welche Hitler, Hess, Frick, Göring und eine Reihe anderer sehr bedeutender Parteileute führte, unter ihnen finden wir von gewesenen CSR-Abg. auch Hans Krebs und Ing. Rudolf Jung in Gesellschaft der Führer der österreichischen Hakenkreuzler, Frauenfeld, Habicht u.a.

Krebs behauptet, dass er während seines Aufenthalte im Reich seit 1933 in die politischen Verhältnisse in der CSR nicht eingegriffen und sich in die Henlein'sche Politik nicht eingemischt habe.

Neuwirth aber behauptet in seiner Aussage, dass Krebs immer ein Taktiker war und dass ihm näherlag, im Hintergrund zu wirken als im Vordergrund zu stehen. Das bestätigt eigentlich auch das B eingeständnis Krebs', dass er in der Zeit, wo es sich nach München um die endliche Festsetzung der Grenzen der CSR handelte, er von Ribbentrop berufen wurde, dass er als Fachmann dem französischen Botschafter in Berlin, Poncet, nachweise, dass auf dem nach München dem ~~xxx~~ Reich abgetretenen Gebiet nicht allzu viel Tschechen verbleiben. Diese für die CSR so unheilvolle Aufgabe des Krebs, die unseren Staat nicht nur einen bedeutenden Teil des Gebietes gekostet hat, sondern auch eine grosse Zahl tschechoslowakischer Staatsbürger gezwungen hat, auf dem von Deutschland besetzten Gebiet zu bleiben, bestätigt als Zeuge der gewesene CSR-Gesandte in Berlin, Dr. Mastny. (Beilage 10).

Dass Krebs auch aktiv in das CSR-Schicksal eingriff, während der erhöhten Bedrohung der Republik, geht aus einem Brief hervor, welchen er am 8.6.1938, wie er selbst angibt, an Fritz Bürger, den Henlein'schen Vertreter in Berlin, sendete (Beilage 11). Aus dem Brief ist ersichtlich, dass Krebs damals der Propaganda der SdP in England und Amerika behilflich war. Welchen Einfluss diese Propaganda auf das Schicksal der CSR hatte, ist notorisch bekannt schon aus dem Prozess mit K.H. Frank, aber auch aus der Entwicklung, welche nach München führte. Auch der zweite Nachweis, der aus dem sogenannten Archiv von Reichenberg stammt, weist die aktive Beteiligung an der Politik der SdP gegen die Tschechoslowakei nach, wobei dieser Nachweis auch

die Angaben Neuwirths bestätigt, dass der SHB ein politisches Instrument des Krebs bei seiner Tätigkeit gegen die CSR in der Zeit seines Aufenthaltes in Deutschland, d.i. vom Jahre 1933 bis zur Besetzung des csl Gebietes nach München war.

Anders ist nämlich nicht zu erklären, warum Frank Krebs mitteilte, den er übrigens als Gauleiter bezeichnet, dass Henlein Herbert Birke als Kommissar des SHB ernannt hat. (Beilage 12).

Dass die Stellung Krebs' tatsächlich eine ausserordentliche war und zwar auch in seinem Verhältnis zum SPK und dass er damals eigentlich die politisch entscheidende Persönlichkeit bei Hitler war, ist aus einem weiteren Beweisstück aus dem ~~Kreis~~ Henlein'schen Archiv ersichtlich, in dem wiederum Pfrogner sich am 22.9.1938 um 11.25 Uhr an Krebs mit dem Ersuchen wendet, dass er folgende dringliche Entscheidungen Hitlers herbeiführe und zwar

1. ob es genehmigt werde, dass das Weikorps in Richtung Haslau vorrücke,
2. ob die Proklamation Konrad Henleins betreffend die Erschiessung von Geiseln von Hitler genehmigt werde (Beilage 14).

Was Punkt 1 anlangt, handelt es sich um die bekannte Aktion, welche die Losreissung des Ascher Zipfels von der CSR herbeiführte.

Zum zweiten Punkt bezieht sich der Vermerk auf dem selben Blatt, mit welchem Henlein telefonisch Frank seine Entscheidung, ^{bekannt gibt} dass Hitler sofort mitgeteilt werden ^{sollte} Henlein sei entschlossen, falls die Tschechen gegen die Sudetendeutschen irgendwelche terroristischen Vorkehrungen oder Repressalien unternehmen würden, ~~mittels~~ als Sühne, alle Tschechen zu erschiessen, welche man in den Händen habe.

Aus dem Angeführten ist ersichtlich, dass die Tätigkeit Krebs' ständig andauerte und seit der Errichtung des Staates zu seiner Zerschlagung diente, Von seiner Flucht ins Reich währte und in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik, also in einer Zeit, die dem Staat gefährlich war, dauerte und dass es sich fraglos um eine im damaligen Stand der Entwicklung durchgeführte und auch mit Rücksicht auf das, was kam, fortgesetzte Tätigkeit handelte und zwar unter besonders erschwerenden Umständen.

Am 21.9.1941 fand vor dem Gaugericht der NSDAP in Reichenberg ein Prozess gegen Hans Neuwirth statt, in welchem als Zeuge auch Krebs gehört wurde, dessen Brief an Neuwirth vom 13.5.1934 diesem Gericht vorgelegen hat. Nach dem Urteil war Neuwirth u.a.

* Zu der gleichen Zeit geht aus einem weiteren im Henlein'schen Archiv gefundenen Beleg hervor, dass der Chef des Stabes des SFK, der gewesene Senator Pfrogner, dem Gauleiter Krebs am 22.9.1938, 13.05 Uhr mitteilt; dass das SFK nicht über die Grenzen Deutschlands eingreifen dürfe und weiter wird in ihm über die Möglichkeit verhandelt, einen Teil des SFK für Strassenarbeiten nach dem Vorbild des Arbeitsdienstes einzusetzen (Beilage 13).

beschuldigt, dass er Krebs in dessen politischer Tätigkeit nach seiner Flucht ins Reich gewisse Schwierigkeiten machte. Neuwirth verteidigte sich nach dem Urteil dieses Gerichts damit, dass er in keiner Weise Krebs irgendwie nahetreten wollte, jedoch als er im Verlauf des Prozesses gegen den Volkssport erkannte, dass es dem osl Generalstab um Erzielung von Vorwänden für einen kriegerischen Konflikt mit Deutschland gehe, machte er auf diese Tatsache Blomberg aufmerksam und in Erkenntnis des erwähnten Zusammenhanges lag ihm daran, zu zeigen, dass die nach Deutschland geflüchteten Hakenkreuzler nicht richtig das sudetendeutsche Problem beurteilen könnten, wie es sich tatsächlich seit Auflösung der DNSAP entwickelt hatte. Aus Berlin hätten die gewesenen Hakenkreuzler ^{CH} ~~der~~ CSR nicht einheitlich die alten Anhänger führen können und Krebs hätte sie daher nicht so fest in der Hand haben können, weil die grosse Entfernung ihm nicht gestattete, oft sehr dringlich notwendige Entscheidungen zu treffen. Neuwirth hätte angeblich verhindern wollen, dass diese Gruppe ehemaliger Hakenkreuzler mit ihrer ggf. illegalen Tätigkeit die SHF oder später die SdP bedrohe. Zu diesen Ausführungen Neuwirths konstatierte das Gaugericht in seinem Urteil, dass die Erfahrungen mit der illegalen Tätigkeit der Hakenkreuzler in Österreich gezeigt hätten, dass eine ähnliche Tätigkeit in der CSR unrichtig gewesen wäre. Von diesem Standpunkt aus muss man auch Neuwirths Angriffe auf Krebs beurteilen, da Neuwirth damals davon überzeugt war, dass die alten Hakenkreuzler, deren einheitliche Führung aus dem Reiche nicht möglich war, versuchen würden, eine illegale Tätigkeit zu entwickeln, welche die Einheitsbewegung der Sudetendeutschen ernstlich bedrohen könnte. Schliesslich ist aus ~~den~~ Gründen des Urteils in Verbindung mit dem Fall Krebs jener Teil interessant, welcher die Beschuldigung, Neuwirth hätte die Einstellung der Unterstützung an Hakenkreuzler, die in der CSR wegen strafbaren Handlungen nach dem Gesetz zur Schutz der Republik in Gefängnissen waren, verschuldet, behandelt. Im Urteil wird festgestellt, dass die Beratung über diese Angelegenheit bei Hitler und Steinacher schon am 11.5.1934 abgehalten wurde. Diese Tatsache musste auch als Zeuge vor diesem Gericht Hans Krebs

bestätigen, woraus hervorgeht, dass er an diesen Verhandlungen beteiligt war oder von ihnen wusste oder von ihnen in Kenntnis gesetzt wurde. [Neuwirth erwähnt in seiner Aussage weiter, dass Krebs als Zeuge gegen ihn auch angeführt hätte, dass er (Krebs) von Anfang seines Aufenthaltes in Deutschland an bestrebt war, die sudetendeutsche Politik Henleins im Sinne des Nationalsozialismus zu beeinflussen und dass er dabei stets auf von Neuwirth verschuldete Schwierigkeiten stieß.

Nach Neuwirths Aussage wurde nach der Besetzung des csl Grenzgebietes ein gewisser Kampf darum geführt, wer Gauleiter werden sollte. Es wurden drei Gaue erwogen, welche Henlein, Krebs und Jung hätten führen sollen. Die letzte Entscheidung lautete für Henlein und Krebs und Jung werden nur Ehrengauleiter, Krebs selbst im November 1938 Regierungspräsident in Aussig a.E.

In der Funktion des Regierungspräsidenten setzt Krebs seine Tätigkeit im gleichen Sinne fort, wie er sie vor der Errichtung des Sudetengaues geführt hat.

Betrachten wir die Tätigkeit von Hans Krebs nach dem 1.10.1938 im Sinne des Retributionsgesetzes Zahl 22/46 Sammlung, ist zuerst anzuführen, dass er als Brigadeführer, d.i. ⁱⁿ einer Funktion im Range eines Generals, ein hoher Funktionär der SS war.

Dass er die nazistische Bewegung auch als Regierungspräsident unterstützte, brauchte man eigentlich nicht nachzuweisen. Eine ganze Reihe von Kundgebungen in der Presse und auf Versammlungen ist Beweis dafür. Alle Kundgebungen braucht man nicht anzuführen, aber er selbst gesteht ein, dass er einmal bis zweimal im Monat zu sprechen pflegte. Beispielsweise kann man auf seine Kundgebung am 20.11.1940 in Schönberg, auf einer Versammlung der NSDAP in Teplitz-Schönau am 14.10.1940, am 10.5.1941 in Bodenbach, am 26.10.1939 in Reichenberg, im Jahre 1934 auf dem Entedankfest in Leitmeritz, am 18.12.1940 in Warnsdorf und am 24.2.1939 in Böhmisches-Leipa hinweisen.

Wie aus dem Prozess mit K.H. Frank bekannt ist, vereinbarte Hitler am 2.8.1938 mit Henlein, dass er die Lösung der Sudetenfrage selbst in seine Hand nehme. Damit aber ihm ein Hintertürchen bleibe für den Fall, dass es ihm nicht gelänge, seinen Plan zu verwirklichen, trug er Henlein auf, die Verhandlungen mit der csl Regierung nicht zu unterbrechen.

Kurz nach dieser Unterredung begann in Nürnberg der Parteitag der NSDAP, genannt der Parteitag Grossdeutschlands. Auf diesem Parteitag widmete Hitler in seinem Schlussappell eine besondere Aufmerksamkeit den Deutschen in der CSR und sprach in seiner Rede wörtlich aus, dass Recht und Hilfe die Deutschen vom Reich bekämen.

Aus dem Prozess mit K.H.Frank ist auch zur Genüge bekannt die unheilvolle Tätigkeit, welche in der Zeit vor München die sogenannte "Volksdeutsche Mittelstelle" entwickelt hat, welche in den Jahren 1937 und 1938 eigentlich jene Zentrale war, über welche die illegalen Verbindungen der SDP zu den amtlichen Stellen in Deutschland gingen.

Einer der Führenden dieser Institution, SS-Oberführer Dr. Behrens, teilt am 11.9.1938 aus Nürnberg der "Auskunftsstelle Motzstrasse 35" mit, dass über Auftrag Hitlers Deutsche, welche in Konsequenz der werdenden Verhältnisse nach dem Reich kommen, für einen Arbeitseinsatz im Westen aufgefangen werden sollen. Diese Flüchtlinge sollten in Durchgangslagern gesammelt werden, wo sie zu verpflegen wären. Zum Einsatz sollte es in Gruppen unter verantwortlicher Führung eines Abteilungskommandanten kommen.

Mit den notwendigen Verhandlungen wurde der Gauleiter Hans Krebs betraut, welcher die notwendigen Massnahmen vor allem mit dem Reichsinnenminister, ggf. mit dem Chef der deutschen Polizei und dem SS-Reichsführer, mit der Gestapo, mit dem Reichsarbeitsamt, mit dem Reichsschatzmeister der NSDAP und mit der Reichsleitung der NSDAP oder auch mit anderen Stellen durchsprechen und alles unternehmen sollte, was zur Erfüllung dieser Aufgabe notwendig wäre. Der Staatssekretär des Innern gab zu dieser Anordnung sofort eine Durchführungsverordnung heraus, gemäss welcher er schon damals - einen Tag vor Hitlers Rede - wusste, dass man vorderhand mit einem Zustrom von 500 bis 1000 Flüchtlingen rechnen müsste (Beilage 18).

Am 13.9.1938 gibt das Reichsinnenministerium dem Regierungspräsidenten in Breslau, dem sächsischen Statthalter, dem bayerischen Staatsministerium und dem Reichsstatthalter in Wien einen Erlass heraus, in welchem es aufmerksam macht, dass in den nächsten Tagen mit der Ankunft einer grösseren

Anzahl von Flüchtlingen deutscher Nationalität aus der CSR gerechnet werden müsse und trägt ihnen auf, dass bestimmte Massnahmen zu treffen seien. Eine Abschrift dieses Erlasses wurde Krebs zur Kenntnis gegeben (Beilage 19).

Am 15.9.1938 betraut SS-Obergruppenführer Lorenz, der Leiter der Volksdeutschen Mittelstelle, Krebs mit der Erledigung der Agenda der sudetendeutschen Flüchtlinge und auf Antrag Krebs bewilligt der Finanzminister für Zwecke der ersten Hilfe für diese Flüchtlinge eine Million RM. (Beilage 20).

Am 19.9.1938 meldet der angeklagte Krebs dem Reichsinnenminister Frick, dass es ihm gelungen sei, als Leiter der Agenda der sudetendeutschen Flüchtlinge, innerhalb von vier Tagen für sie eine Hilfe zu organisieren, und dass zu diesem Zweck der Finanzminister einen Kredit in Höhe von 5 Millionen RM bewilligt habe (Beilage 21).

Der Angeklagte Krebs leugnet, dass er irgend etwas mit dem Freikorps zu tun gehabt hätte, und behauptet, dass seine Verhandlungen mit diesem Korps nur den Einsatz der sudetendeutschen Flüchtlinge zur Arbeit betraf. Eine Reihe der erhaltenen Beweisstücke macht ersichtlich, dass Krebs mit der Führung der Agenda betraut war, ^{die} die Erfassung der Flüchtlinge aus der CSR und die Fürsorge für sie anbetraf, und dass diese Fürsorge Frauen, Kinder und Überalterte sowie jene Personen betraf, welche nicht in das Freikorps eintraten, bzw. in ihm nicht aufgenommen werden konnten deshalb, weil es nicht möglich war, eine so grosse Anzahl auszurüsten. ^{Erst} Solche Personen kamen dann erst für einen evtl. Einsatz in die Arbeit in Frage. Aber in einem gewissen Umfang war Krebs ~~zur~~ ^{der} Führung des Freikorps sogar übergeordnet. Denn am 18.9.1938 legt die Kanzlei Krebs zur Entscheidung die Forderung des Freikorps vor, dass Funktionäre der SdP aus den Sammelagern nicht nach Berlin geschickt werden, sondern in den Lagern verbleiben, damit sie dem SPK zur Verfügung ständen. (Beilage 22).

Am 22.9.1938 gibt Krebs unmittelbar einen ~~Erlass~~ ^{Erlasse} heraus, welcher zur Kenntnis auch dem Stabschef des SPK und des SHB gebracht wird, ^{und} mit welchem er anordnet, dass das SPK in seine eigenen Lager sofort jene Flüchtlinge überführen solle, welche sich in das Korps meldeten. In diesem Erlass antwortet

Krebs auch ⁱⁿ ~~in~~ Punkt 9 ~~in Bezug~~ auf das Ersuchen um die Entscheidung bezüglich der Funktionäre der SdP in dem Sinne, dass soweit sie nicht eine politische Bestimmung haben, sie in das SPK eintreten. Alle restlichen Funktionäre, welche nicht in SPK eingesetzt werden, sollen sich bei der Reichsleitung der NSDAP, Fürsorgestelle für die sudetendeutschen Flüchtlinge, in Berlin V 30, Gaisbergstr.43, melden. (Beilage 23).

Dieser Befehl wurde nicht deshalb herausgegeben, damit er dem Freikorps Schwierigkeiten mache, sondern deshalb, dass die Lager freigemacht werden, die für die vorübergehende Unterkunft der Flüchtlinge bestimmt waren.

Soweit Krebs behauptet, dass er das Ersuchen des Kommandanten der Gruppe II des SPK in Dresden, Franz May, (abgelehnt habe) ~~daß~~ er ihm bei der Ausrüstung des Freikorps behilflich sei, verschweigt er dabei, dass er dieses Ersuchen nur aus Kompetenzgründen abgelehnt habe und dass er es über Auftrag des SS-Obergruppenführers Lorenz dem Major Stotze im Reichskriegsministerium mit der dringlichen Bitte übergeben habe, dass alles Notwendige vom Kriegsministerium geregelt werde (Beilage 24).

Unwahr ist auch die ~~Krebs~~ Behauptung des Angeklagten Krebs, dass er niemals die Ernennung des gewesenen Abg. der SdP, Birke, zum Henlein'schen Kommissar für den SHB erfahren habe. Vormerke, die in den Akten des Krebs in Aussig a.E. aufgefunden worden sind, zeigen das Gegenteil. Auf einem Blatt dieser Vormerke führt Krebs neben der die Funktionäre der SdP betreffenden Massnahmen an, dass der SHB in Kenntnis (gesetzt) ~~werden soll~~ von der Ernennung des Birke als Kommissar und dass Birke beim SS-Obergruppenführer Lorenz und der Adjutantur der SS eingeführt werden solle. (Beilage 25).

Auch zwei andere Beweisstücke aus dieser Quelle bezeugen, dass Krebs und die ihm unterstellten Dienststellen auf seinen Befehl hin das SPK unterstützt haben und dass er selbst informiert war. Aus ^{dem} einem Beweisstück ist ersichtlich, dass ihm Henleins Anordnung, dass wegen der grossen Zahl der Anmeldungen im Reich angestellte Sudetendeutsche in ihrer Stellung die Einberufung in das SPK abwarten und für den Fall, dass sie schon ihre Stellung verlassen hätten, in sie zurückkehren, sollen. Sie sollen sich bei den örtlichen Organisationen des SHB melden. In einem zweiten Beweisstück wird den Dienststellen der

„Volksdeutschen Mittelstelle“ in Breslau, Dresden, Wien und Nürnberg zur Kenntnis gebracht, dass die Flüchtlinge sich in das Freikorps melden können und Kommissionen des SPK in ihrer Tätigkeit unterstützt werden wollen (Beilage 26). Man muss sich auch mit der Behauptung des Angeklagten Krebs auseinandersetzen, dass er sich nach seiner Flucht nach Deutschland im Jahre 1939 in die politischen Verhältnisse der CSR nicht eingemischt und dass er aus Mangel an nötigen Informationen gar nicht die Möglichkeit gehabt hätte, in sie einzugreifen oder sie irgendwie zu beeinflussen.

Zuerst muss man sich der Verbindung des Angeklagten Krebs mit dem deutschen Konsul in Reichenberg, Lierau, und dessen Gehilfen, Queck, beschäftigen.

Dieser letzte deutsche Konsul in Reichenberg, welcher einer der ältesten Mitglieder der NSDAP war, und sein Gehilfe Queck waren bekannte Förderer der Bestrebungen der der Republik feindlichen Kreise. Zur Verhüllung seiner Beziehungen liess sich der deutsche Konsul in Reichenberg Postsendungen nach Zittau schicken, von wo sie ein Sonderbote nach Reichenberg brachte.

Auf diese Zittauer Adresse des angeführten Konsuls wird die gesamte Korrespondenz Krebs' mit Konsul Lierau geschickt.

In einem Brief vom 12.1.1936 gibt Queck an Krebs eine Information über den Komponisten Prof. Veidel, welcher sich um eine Stellung in Deutschland bewarb und über den nach dem Schreiben Krebs ein Gutachten nach der politischen Zuverlässigkeit abgeben sollte. Auf der anderen Seite des Schreibens teilt Queck Krebs mit, dass ein gewesenes Mitglied der NSDAP, Skolauda, im Namen der SdP angefragt habe, ob eine Buchsendung, die Krebs Dr. Suchy versprochen hatte und welche bestimmt war für die Schulung ~~der~~ ^{VON} Mitgliedern der SdP, ~~bestimmt~~ schon abgeschickt worden sei und dass ~~der~~ Konsul Lierau die Überführung dieser Bücher mit der SdP vereinbart habe.

Dr. Suchy war nämlich der Leiter der Zentrale der SdP für die Schulung der Mitgliedschaft und die Tatsache, dass die Buchsendung in die CSR illegal gebracht werden wollte genügt zur Beurteilung, um was für Bücher es gegangen ist. Im Jahre 1936 veranstaltete Dr. Suchy für die Mitglieder der SdP in Perlsberg Kurse, in welchen er die Besucher zur Spionage

angeregte und für terroristische Aktionen vorbereitete. Er wurde mit einer ganzen Reihe von Besuchern dieser Kurse verhaftet und entging einer Strafe nur infolge der Amnestie vom April 1938.

Im selben Brief wird auch Erwähnung getan von Dr. Preissler, welcher in Verbindung mit Henlein stand, und zwar soweit es um Schul- und Kulturfragen ging und dieser Umstand bestätigt ebenfalls die Unglaubwürdigkeit der Krebs'schen Verteidigung, dass er mit der SdP und ihrer Politik keine direkten Beziehungen gehabt hätte. Wie die Zentralisierung der Kulturfragen u.ä. erfolgen sollte, sollte nach diesem Brief definitiv bei einer persönlichen Unterredung des Krebs mit Dr. Preissler in Berlin entschieden werden (Beilage 27).

Über die illegalen Aktionen des Konsul Lierau während seiner Tätigkeit in Reichenberg können Zeugenschaft ablegen Beamte der damaligen Polizeidirektion in Reichenberg, deren Namen und Adressen noch mitgeteilt werden.

Es ist notorisch bekannt, dass zwischen den Anhängern der gewesenen DNSAP und den Angehörigen des Vereins "Kameradschaftsbund" eigentlich von Anfang an Meinungsverschiedenheiten bestanden. Der "Kameradschaftsbund" hatte gegenüber den nationalsozialistischen Anhängern, bekannt unter dem Namen "Aufbruchkreis", den Vorteil, dass in der ersten Zeit, wo in der SHP die Stellen besetzt wurden, die Bestimmungen des Gesetzes betreffend Auflösung politischer Parteien galten, nach welchem man an führende Stellen und überhaupt in den Vordergrund des politischen Geschehens nicht Personen gestellt werden konnten, welche schon früher Mitglieder der aufgelösten DNSAP bzw. der DNP, deren Tätigkeit eingestellt wurde, waren. Dazu trafen bestimmte ideelle Gegensätze in der Zeit, wo Henlein, wie er selbst in seinem Vortrag vom Jahre 1941 in Wien gesagt hat, sich nicht öffentlich zum Nationalsozialismus bekennen konnte, ja im Gegenteil, diesen verwarf, damit er die werdende neue Partei nicht in Gefahr bringe.

Die Gegensätze wuchsen im Jahre 1936 in dem Masse, dass sie ernstlich die Einheit der Partei bedrohten.

Am 16.7.1936 schickt Konsul Lierau ein dringliches vertrauliches Schreiben der Auslandsorganisation der NSDAP in Berlin, in welchem er mitteilt, dass nach einer vorübergehenden Beru-

higung in den letzten Tagen sich die Spannung in der SdP derart verschärft habe, dass das ganze Sudetendeutschtum bedroht sei. Er sieht sich daher genötigt, sich direkt an die erwähnte Zentrale mit der Bitte zu wenden, dass sie ggf. gemeinsam mit Krebs als Kenner der Verhältnisse eine Aussprache herbeiführe, welche in Dresden zu veranstalten wäre.

Eine Abschrift des Schreibens schickt Lierau an Krebs und teilt ihm gleichzeitig mit, dass in der sudetendeutschen Politik solche Verhältnisse entstanden seien, dass man das Schlimmste erwarten müsse. Die SdP mache eine Krise durch, welche sie angeblich seit ihrer Entstehung noch nicht mitgemacht habe. Der Konsul hätte nach diesem Schreiben mit Vertretern der verschiedensten Richtungen gesprochen und die Überzeugung gewonnen, dass fast allgemein die Meinung vertreten sei, es könne dem Schlimmsten nur mit einem Eingreifen aus dem Reich Einhalt geboten werden und dass die gegeneinanderstehenden Gruppen vom Standpunkt des Reiches auf geheimen Wegen verständigt werden müssten. Diesen Standpunkt müssten alle als Verbindlich anerkennen.

Im gleichen Schreiben reagiert Lierau auch auf den Wunsch Krebs', ihm Druckmaterial über den Turnverband zu beschaffen. Nach dem übrigen Teil des Briefes betraf das Interesse für diese Druckschriften das gleiche Problem, wie jene Kämpfe in der SdP, d. i. Spania-Hitler-Kameradschaftsbund-NSDAP (Beilage 28).

Die ~~Reaktion~~ Reaktion auf dieses und ein anderes Schreiben, das nicht zur Disposition ist, bildet die Antwort Krebs' vom 2.9.1936, in welcher er konstatiert, dass wahrscheinlich in Reichenberg die Auffassung bestehe, wie wenn nicht genug zur Beseitigung der entstandenen Schwierigkeiten getan worden wäre. Er könne nicht über die Angelegenheit schreiben und hoffe, dass er mit Lierau bei Gelegenheit des Parteitages in Nürnberg werde sprechen können. (Beilage 29).

Zu der Zusammenkunft kam es wegen des Todes von der Mutter Krebs' nicht. Am 23.7.1937 informiert Lierau ^{Krebs} über die Mitteilung, welche das Konsulat dem Propagandaministerium bezüglich der sogenannten Sudetenbühne vorgelegt hat, ~~Krebs~~, und spricht seine Genugtuung über das Interesse Krebs' um diese Angelegenheit und darüber aus, dass es möglich sein werde, in irgend einer Form dieses Unternehmen finanziell

zu stützen.

Besonders interessant ist der zweite Teil des Briefes, in welchem Lierau Krebs mitteilt, dass die ~~ca~~ Kommunisten in letzter Zeit darum bemüht seien, überall russische Filme ~~anzu~~ spielen. Das Konsulat soll angeblich über diese Bemühungen regelmässig referieren, damit aber sei nicht viel geschehen. Der Konsul sieht deshalb als besonders wirksam an, wenn einmal in einem Kino die billigeren Plätze gekauft und die Eintrittskarten an national orientierte Arbeiter verteilt würden. Diese müssten dann dem jüdischen und kommunistischen Publikum eindrucksvoll zeigen, dass die deutsche Bevölkerung in der CSR die Propaganda der Komintern in den Kinos sich nicht mehr gefallen lasse.

Der Konsul fragt bei Krebs an, ob es ^{ihm} nicht möglich wäre, einen kleineren Betrag freizubekommen, welcher bei Wahrung aller Vorsicht unmittelbar für den politischen Kampf des Sudetendeutschums verwendet werden würde. Die Kreisleitung der SdP würde selbst ohne an die Öffentlichkeit zu treten, die Aktion durchführen (Beilage 30).

In Einschätzung dessen, dass ^{es} in Reichenberg tatsächlich zur Störung solcher Vorstellungen oder zur Drohung, dass die Vorstellungen gestört würden, kam, hat der Antrag Lieraus den gewünschten Widerhall gefunden.

Auch in seinen amtlichen Nachrichten beschäftigt sich Lierau mit dem Problem der Lenkung des sudetendeutschen Theaterlebens, wie er darüber in einem der angeführten Brief an Krebs schrieb. Er beantragt neben der Vereinigung beider Stadttheater Reichenberg und Gablonz die Gründung eines Wandertheaters, wie es die SdP anstrebt. Das Propagandaministerium hätte angeblich einem solchen Theater eine Subvention zugesichert.

In dem gegenständlichen Bericht entwickelt Lierau auch ~~xxx~~ einen wirtschaftlichen Plan und beantragt die Errichtung einer deutschen Automobilfabrik, einer Fabrik für Verarbeitung von Pelzen und vor allem die Errichtung eines Filmwerkeits, damit einerseits den Sudetendeutschen wirtschaftlich geholfen werde, andererseits damit deutsches Geld nicht in tschechische Hände fliesse. Diesen Teil seines Monatsberichtes sendet er zur Kenntnis an Krebs (Beilage 31).

Briefe Lieraus an Krebs vom 10. und 12.9.1937 sind insofern interessant, weil in ihnen Lierau gegenüber Krebs Erwähnung darüber tut, dass er als deutscher Konsul Militärsplionage gegen die CSR betreibe und dass es Queck gelungen sei, ein Wandertheater zu gründen, welches im nationalsozialistischen Geiste tätig sein und, wie Lierau feststellt, ganz von "unserem Willen abhängen wird". Dabei ist die ganze Aktion derart gut maskiert, dass selbst die Zeitung "Rote Fahne" von ihr sich wohlwollend geäußert hat. Auch die Theater in Reichenberg und Gablonz seien angeblich unter dem Einfluss Lieraus und Gonnsson (Beilage 32).

So zeigte sich offensichtlich die Folge der kulturfinanziellen Unterstützung des Goebbels'schen Ministeriums.

Bald nach Absendung dieser Briefe hatte Konsul Lierau eine Zusammenkunft mit Krebs, denn am 20.9.1937 rekapituliert er ihm auf seinen Wunsch die Hauptpunkte des Gespräches, welches nach seinem Schreiben betraf:

1. die Freimachung kleinerer Beträge für die Unterstützung des Theaters "Junge Bühne",
2. Freimachung von Mitteln für die Unterstützung von Sudeten- deutschen, die sich an das deutsche Konsulat um Hilfe wendeten,
3. finanzielle Unterstützung für die praktische Durchführung des Kampfes gegen den Kulturbolschewismus (Ankauf von Plätzen zur Verhinderung von Vorstellungen mit bolschewistischen Filmen). Mittel hierfür würden von der SdP zur Disposition gestellt werden.

Die übrigen Punkte des Schreibens betreffen Personalangelegenheiten (Beilage 33).

Im September 1937 hielt Krebs bei einer bisher nicht näher bekannten Gelegenheit in Zittau eine Rede. Obgleich ihr Wortlaut bisher nicht bekannt ist, genügt es, auf die Tatsache hinzuweisen, dass die Zeitung "Zittauer Morgenzeitung", die ein Referat über diese Rede brachte, auf Auftrag des Konsuls Lierau ^{an} Angehörige der NSDAP und SdP verteilt wurde, damit der Inhalt der Rede soweit wie möglich verbreitet werde (Beilage 34).

Am 29.9. antwortet Krebs auf das vorhergehende Schreiben und teilt mit, dass er gemäss einer früheren Vereinbarung einige Bücher abgeschickt und bereits auch Verhandlungen über die Freimachung bestimmter Beträge eingeleitet habe. (Beilage 35)

Eine weitere Reihe von Briefen zwischen Konsul Lierau und Krebs betrifft die Beschaffung der von der Staatsanwaltschaft in Böhmischo-Leipa in der Strafsache gegen Heinrich Rutha und Genossen wegen ~~xxx~~ homosexueller Beziehungen erhobenen Anklage. Rutha war in dieser Zeit Heinrichs Exponent für aussenpolitische Fragen, war ein Anhänger der Lehre des Prof. Spann, der eine Ständeordnung lehrte, und hatte grossen Einfluss auf Verbreitung dieser Lehre unter den Turnern. Rutha entwickelte seine Tätigkeit mehr im Hintergrund und das bei ihm seinerzeit beim Einschreiten gegen ihn beschlagnahmte Material zeigte, wie gross der Umfang seiner Wirksamkeit gewesen ist. Von deutscher Seite war natürlich um diesen ganzen Vorfall Interesse. Hauptsächlich nach der politischen Seite, denn die nationalsozialistischen Kreise sahen hier eine gute Gelegenheit, die bis dahin von Anhängern des "Kameradschaftsbundes" innegehaltenen Stellen mit ihren Leuten zu besetzen, was sie auch nach und nach tatsächlich taten. Im übrigen beendigten sie nach der Besetzung des Sudetenlandes das, was ~~sie~~ im Jahre 1937 von tschechischer Seite nicht vollendet wurde, und verurteilten eine Reihe führender Funktionäre der SdP, die nach der Besetzung des Sudetenlandes einflussreiche Stellen in ~~xxx~~ sog. Sudetengau innegehabt hatten, in einer Reihe von Prozessen in Böhmischo-Leipa und Dresden zu bedeutenden Freiheitsstrafen. Dies war für die Sudetendeutschen im gewissen Sinne ein unblutiger 30. Juni 1934. In diesem Sinne lauteten auch die seinerzeit in der deutschen Presse veröffentlichten Nachrichten darüber.

Als Krebs von der Tatsache erfuhr, dass ~~in~~ ⁱⁿ ~~der~~ Sache Rutha und Genossen eine Anklage überreicht wurde, ~~wendete~~ ^{wandte} er sich an den deutschen Konsul in R^uchenberg mit der Bitte, ihm eine oder zwei Abschriften der Anklage zu beschaffen. Wie ihm daran lag, ist daraus zu ersehen, dass er um Verständigung bittet, wenn es dem Konsulat nicht möglich sein sollte, dem Ersuchen nachzukommen, damit er sich an eine andere Stelle wenden könne.

Wie auch in anderen Fällen fand sich natürlich auch hier ein Helfer aus den Anhängern der SdP in der Person des R^uchenberger Advokaten, Dr. Hergl, welcher nach Böhmischo-Leipa fuhr, die Akten besorgte und auf dem Wege über das Konsulat an Krebs schickte. In diesen Briefen ist auch Erwähnung davon getan, dass Krebs 120 Broschüren "Wir Sudetendeutsche" dem

deutschen Konsulat in Reichenberg und 30 der Gesandtschaft in Prag abgesandt habe und bereit sei, eine gewisse Anzahl auch dem Abg. der SdP, Oberlik, zugehen zu lassen, der in einem Gespräch mit dem deutschen Konsul Interesse für sie im Namen der SdP geäußert habe.

Diese Erwähnung ist interessant hauptsächlich auch deshalb, weil auch der Abg. der SdP Oberlik aus Gablonz, der sich für die ns. Interessen keineswegs exponiert hat, Verbindungen mit dem deutschen Konsul in Reichenberg unterhalten hat (Beilage 436).

Aus den Briefen des deutschen Konsuls in Reichenberg vom 15. 12. 1937 geht hervor, dass unter Beihilfe von Krebs auch eine Ausspeisungsaktion für deutsche Kinder finanziert wurde. In einem Schreiben ist ein gutes Zeugnis für die tschechische öffentliche Verwaltung enthalten, da der Konsul selbst gegen alle ~~möglichen~~ ursprünglichen Befürchtungen feststellen muss, dass die Tschechen von den Geldmitteln, welche der deutschen Kinderfürsorge zur Disposition stehen, nicht zur Unterstützung tschechischer Kinder in Bezirken mit deutscher Mehrheit höhere Beträge aufwenden, als ihnen nach ihrer Zahl zusteht (Beilage 30).

In einem Schreiben vom 11. 1. 1938 teilt Lierau Krebs mit, dass ihn in wichtigen das Sudetendeutschum betreffenden Fragen mündlich Prof. Dr. Preisler informieren werde, der identisch ist mit jener Person, welche der Konsul am Ende des Briefes mit dem Decknamen "Greif" bezeichnet.

In diesem Schreiben gibt Lierau Krebs bekannt, dass die deutsche Kulturpolitik in der CSR einheitlich geleitet werde und dass eine vertraulicher kulturpolitischer Rat, in welchem der Leiter des Kulturamtes der SdP und die Vertreter der obersten deutschen Organisationen sitzen und monatlich einmal ~~zusammen~~ zusammenkommen, bestehe und ihre letzte Zusammenkunft in Aussig in Anwesenheit eines Vertreters des Konsulats stattfand (Beilage 39).

In einem weiteren Schreiben, das Queck an Krebs schreibt, informiert er ihn in erster Linie darüber, dass die Frage der Schulautonomie in ein entscheidendes Stadium getreten sei und dass die Forderungen der SdP den drei deutschen Ministern mitgeteilt worden seien und nunmehr auch dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten mitgeteilt werden sollen.

weis auf diese Tatsache immer leichter über ihre Loyalität beruhigen konnte als wenn dem andere gewesen wäre. Hauptsächlich handelte es sich um die Einheit. Alles andere war eine Frage der Zeit, nach welcher sich auch dann die Taktik änderte. Im Übrigen konnte dies die Leitung der NSDAP wie auch die amtlichen Stellen in Deutschland umso eher tun, als ihnen bekannt war, dass auch Mitglieder des "Kameradschaftsbundes" vor allem nach dem Tode Ruthas und Beseitigung Walter Brands, jedem Wunsche bereitwillig nachkommen, der von jeder ^{beliebigen} Stelle des Reiches geäußert werde ohne Rücksicht darauf, ob sie damit gegen die Interessen der CSR oder gegen Gesetze handeln. Die Erkenntnis dieser Tatsache begründet die Behauptung, dass die Sudetendeutschen in ihrer überwiegenden Mehrheit bereit waren, im Interesse Deutschlands wann immer ihren Staat zu verraten.

Das beweist neben den schon angeführten Beweisstücken auch ein Schreiben vom 24.6.1938, in welchem Krebs informiert wird, dass nach langem Überreden es gelungen sei, die führenden Kreise der SdP in Reichenberg von der Notwendigkeit zu überzeugen, die weitere Tätigkeit des bisherigen ^{Direktors} ~~Leiters~~ des Stadttheaters, des Emigranten Barnay-Horowitz, unmöglich zu machen und an seine Stelle den Reichsdeutschen Hurrle zu setzen, welcher allerdings eine finanzielle Unterstützung des Reiches benötigen werde. ^{In} diese Aktion war nicht nur die Leitung der SdP in Reichenberg sondern die Hauptleitung der Partei, welche in diesem Falle der Leiter der Kulturabteilung, Franz Höller repräsentiert (Beilage 42), eingeschaltet.

Im August 1938 schaltet Deutschland in seinen Plan, wenn auch auf dem Sektor des angeblich Karitativen (Unterstützung der Kriegsverletzten aus dem ersten Weltkrieg) grosse Organisationen der Sudetendeutschen ein. Es ^{war} ~~und~~ aber ~~mit~~ dem Verband ehemaliger Soldaten des Weltkrieges ^{zu} ~~entschieden~~, welcher dank der Persönlichkeit seines Leiters, des als grossen δ Deutschnationalen bekannten ehemaligen Oberstleutnant Titlbach, unter den Deutschen mehr Vertrauen genoss. Aber die letzte Entscheidung fiel auf Grund einer Information des letzten Kreisleiters der DNSAP in Reichenberg, Kastner, doch zugunsten des Verbandes der Kriegsverletzten, welchen Kastner als unbedingt zuverlässig bezeichnete. In diese Aktion wurde

↳ Zwischen dem Verband der Kriegsverletzten und

Dieser Kampf müsse angeblich gesteigert werden, wenn es zu einem beschleunigten Abschluss des gesamten deutschen Problems kommen solle. Quock habe angeblich vor kurzem mit Dr. Preissler (Greif) gesprochen, der die Anschauung vertritt, dass Reichsstellen auf dem Wege des Konsulats über die Bemühungen zur Erreichung der Autonomie informiert werden sollen. (Beil.40) Am 14.2.1938 teilt Konsul Lierau Krebs mit, dass er erst jetzt auf das Schreiben vom 29.11.1937 antworten könne, da er angeblich in seinem Nachrichtendienst sehr vorsichtig sein müsse, denn im Verfolg der Verhaftung einer Reihe von Funktionären der SdP wäre angeblich die Situation kritisch gewesen. Mit Genugtuung konstatiert Lierau, dass die Opposition der SdP, mit welcher der "Aufbruchkreis" gemeint ist, nicht beabsichtige, eine neue Partei zu gründen, ^{und} ¹ danach, dass auch Krebs und Viererbl die ² Opposition ³ in Verbindung mit dem "Kameradschaftsbund" anführt, schätzt ^{sie}, dass sie auf Abwege geraten sei. Die gleichzeitige Situation jedoch begründet angeblich die Hoffnungen, dass in absehbarer Zeit wenigstens der sudenteutschen Einheit keine Gefahr drohe. Dennoch wäre es angeblich wichtig, dass wieder einmal von reichsdeutscher Seite auf geeignetem Wege mitgeteilt werden würde, dass der "Aufbruchkreis" und jede andere Opposition ~~kategorisch~~ kategorisch abgelehnt werde (Beilage 41).

Dieser Brief erklärt ~~in~~ ^{sam} ~~bedeut~~ ~~also~~ auch den scheinbaren Widerspruch, dass der nationalsozialistische Staat über den VdA, in welchem bis zu einem gewissen Masse auch Personen, die als Anhänger des "Kameradschaftsbundes" bezeichnet werden, wie z.B. Fritz Bürger, tätig sind, finanzielle Unterstützungen gewährt, und ^{obgleich} diese Kreise in der Zeit vor München in der Umgebung Henleins und in der Leitung der Partei SdP gelitten haben, sich ^{dennoch} auch gegen Bekenner des Nationalsozialismus ⁱⁿ der SdP gestellt habe. In der damaligen Zeit handelt es sich sichtlich in erster Linie darum, dass um jeden Preis die von Henlein geschaffene Einheit der SdP erhalten werde: Denn es war augenscheinlich für die letzten Pläne der NSDAP und des Reiches vorteilhafter, wenn die Partei von nationalsozialistischen Kreisen angegriffen wird, weil ihr dies in dieser Zeit des Heranreifens der Verhältnisse die Stellung gegenüber der csl Regierung erleichterte, welche sie mit dem Hin-

vom Konsulat wiederum die Leitung der SdP eingeschaltet und zwar der Kreis Gablonz. Auch Krebs schloss sich der Auffassung Kastners an, dass der Verband der Kriegsverletzten die einzige geeignete Organisation sei für die Durchführung dieses Planes. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Bemerkung Krebs', dass der Deutsche Frontkämpferverband ganz andere Ziele habe. Diese Aufgaben deutet Krebs nur an und gibt unauffällig dem Konsul zu verstehen, dass er sich über die Klarheit in einem Gespräch mit dem Leiter des Verbandes, Oberstleutnant Titelbach, verschaffen werde (Beilage 43).

In welcher Weise Krebs agitatorisch und propagandistisch in die Verhältnisse eingegriffen hat, illustriert die Korrespondenz, die über Wunsch Krebs' geführt wurde, um der Mutter des verstorbenen bedeutenden Anhängers der DNSAP, Peter Donhäuser, die Beteiligung am Parteitag der NSDAP in Nürnberg zu ermöglichen. Das Konsulat war bereit, auch in diesem Punkte Krebs möglichst entgegenzukommen und sandte zur Mutter Donhäusers einen besonderen Vertrauensmann. Dieser war in diesem Falle der Rittmeister Selinko, Mitglied der Kreisleitung der SdP in Gablonz. Das Konsulat war auch bereit, der damals schon 80 jährigen Frau Donhäuser einen gefälschten deutschen Reisepass auszustellen. Da bei diesem Alter eine Anreise nach Nürnberg und auch ein gefälschter Pass nicht ohne ^{ein} Auffallen bleiben konnten, ja die Abwesenheit einer so alten Person auch in ihrem Aufenthaltsort auffällig war, erschrak selbst Krebs und widerrief alles, um was er vorher gebeten hatte (Beilage 44).

Die letzten Zuschriften aus der angeführten Reihe stammen schon aus der Zeit nach München und enthalten mehr Sachen persönliche Art, hauptsächlich die Anerkennung geleisteter Dienste in der Zeit vor München. Selbstverständlich, dass auch Konsul Lierau an sich selbst denkt, wenn er seine Verdienste aus dem Jahre 1937 um die Einheit der SdP hervorhebt, Verdienste, welche angeblich selbst Henlein anerkannte. Im gleichen Schreiben ersucht er Krebs um Intervention für eine Verlegung der deutschen Hochschulen von Prag nach Reichenberg (Beilage 45).

Ausser der Verbindung mit dem deutschen Konsulat in Reichenberg hielt Krebs Beziehungen zur Deutschen Gesandtschaft in

Prag aufrecht. Wie im ersten so im zweiten Fall handelt es sich um Sammeln von Informationen über einzelne Personen, für welche sich Krebs aus verschiedenen Gründen interessierte. Offensichtlich handelt es sich hier um Informationen, die mit Krebs' nichtoffizieller Tätigkeit zusammenhängen, denn amtliche Informationen konnte jedes Amt sich bei der Gesandtschaft direkt besorgen, da, wie aus einzelnen ~~Krax~~ Briefen ersichtlich ist, die Korrespondenz der Deutschen Gesandtschaft in Prag von einem Kurier befördert wurde. In diese Kategorie gehört die Antwort des Legationsrates der Deutschen Gesandtschaft in Prag, Bibra, auf eine Anfrage über eine Person, die unter dem Namen Tielscher auftrat. (Beilage 46).

Einen bedeutenden Teil der Korrespondenz bildet die, welche sich mit Propaganda beschäftigt. Im Schreiben vom 21.12.1936 gibt Krebs seiner Befriedigung darüber zum Ausdruck, dass der Presseattache der Deutschen Gesandtschaft ihm die Zustellung seines ^{nicht} näher bezeichneten Buches vermittelt hat und dass die Mitglieder der Gesandtschaft dieses Buch mit Interesse gelesen hatten.

Er gibt auch seiner Freude Ausdruck, dass der angeführte ~~Page~~ ^{Attaché} ~~teilte~~ ihn in Berlin besucht habe, weil man angeblich viele Angelegenheiten gemeinsam besprechen müsse, denn die Verbindung mit den Vertrauensmännern in der CSR fungiere nicht so, wie er es wünschen würde. [Dieser Passus entkräftet die Behauptung Krebs', dass er in der Zeit seines Aufenthaltes in Deutschland keine Verbindung mit den Deutschen in der CSR gehabt und dass er sich um die politischen Verhältnisse nicht gekümmert habe. (Beilage 47).

Mit einem Schreiben vom 18.12.1936 dankt ihm Bibra für die Übersendung von fünf Exemplaren des Buches "Kampf ⁱⁿ Böhmen". In dieser Zeit ist freilich Bibra bereits in Bern, aber Krebs hält mit ihm trotzdem Verbindung und ist damit auch über die Schweiz propagandistisch tätig. In welcher Richtung diese Propaganda geführt wurde, ist aus dem Inhalt des Buches selbst ersichtlich. Bibra versichert ihm auch, dass die Bücher in die berufensten Hände, d.h. Personen, zugeleitet werden, bei denen im Sinne einer der Tschechoslowakei ungünstigen Propaganda gewirkt werden müsse (Beilage 48).

Eine bemerkenswerte Illustration, auf welchen Wegen die Propaganda gegen die CSR durchgeführt wurde, ist die Zuschrift des Presseattachés bei der Deutschen Gesandtschaft in Prag vom 1.3.1937. In diesem Brief teilt diesem Attaché Krebs mit, dass die tschechische Presse sich über den Artikel des Lord Rothermer "Gefangene der CSR" aufgeregt habe. Der reichsdeutsche Rundfunk habe absichtlich den Artikel Rothermers nicht zitiert. Gewissen nicht bezeichneten Stellen in Deutschland liege aber sehr daran, dass irgendeine in der Tschechoslowakei erscheinende deutsche Zeitung auf diese Tatsache reagiere und es sei angeblich absolut gleichgültig, wie Krebs zweimal betont, ob die Zeitung positiv oder ablehnend reagiere, entscheidend sei, dass die Presse in der CSR darauf hinweise, wie brav der deutsche Rundfunk sei, wenn er überhaupt eine solche Gelegenheit, um die CSR herabzusetzen, nicht verwendet habe (Beilage 49).

Gewiss hat Krebs nicht im Interesse der Tschechoslowakei Karikaturen Hitlers auftreiben wollen, welche in der tschechischen Presse veröffentlicht worden sind. Alois Frisch teilt in einem Schreiben vom 15.5.1937 Krebs mit, dass es ihm gelungen sei, zwei Drucksachen mit dem von Krebs gewünschten Inhalt zu finden und zwar im "Prager Montageblatt" vom 8.3.1937 und in der "Roten Fahne" vom 18.4. und 11.5.1937. Dieser Brief ist eine Antwort auf das Schreiben von Krebs vom 10.3.1937, mit welchem ihn Krebs um Einsendung von Karikaturen Hitlers bittet, wobei er betont, dass es darum gehe, dass in deutsche Hände soviel wie möglich an solchem Material gelange und dass er dieses Material für eine dringende Aktion einer wichtigen Dienststelle benötige. Diese Anforderung konnte das deutsche Auswärtige Amt ruhig seinem Presseattaché übertragen, der gewiss die tschechische Presse genau verfolgte. (Beilage 50).

In dem gleichen Schreiben erwähnt auch Krebs, dass acht Bücher über die Olympiade und 50 nicht näher beschriebene Hefte kommen würden, ^{die} bestimmt seien für ~~die~~ deutsche Studenten in Prag und an die bekannten Adressen ausgeliefert werden sollten.

Auch in die Schweiz schickt Krebs Broschüren an seinen Bekannten Bibra und spricht die Hoffnung aus, dass er den Bestrebungen der Sudetendeutschen damit dienen könne.

Die gleiche Angelegenheit betrifft auch das Schreiben Bibras vom 30.11.1937 (Beilage 51).

Dass sich Krebs (sehr interessierte) für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der CSR, ist aus seinem Schreiben vom 14.10.1936 ersichtlich, in dem er Bibra schon nach der Schweiz mitteilt, dass die Entwicklung in Böhmen eine andere Richtung eingeschlagen habe, als er zusammen mit Bibra erwartet habe. Das solle ihnen aber nicht in der Freude darüber hinderlich sein, dass Kasper u. Dr. Kreisel in die Führung der SdP aufgenommen worden seien, wodurch ihnen eine auch nach aussen sichtbare Stellung zuteil wurde. Dabei hofft Krebs, dass es einen bestimmten Druck aus dem Reiche gelingen werde, ihre schwere Position auch machtmässig zu stützen. Im übrigen hängen die Schwierigkeiten in dieser Richtung - es ist hier gedacht an die Durchsetzung von Nationalsozialisten in der SdP - vom Reich ab, denn wenn sie vom Reich unterstützt seien, dann würden sie sich auch Geltung verschaffen und durchsetzen. Damit verbindet Krebs die Hoffnung, dass seinen Freunden - den Hakenkreuzlern - bessere Zeiten bevorstünden. Gleichzeitig aber beschwert sich Krebs, dass nach Bibras Abgang von Prag die Verbindung mit Mitgliedern der Deutschen Gesandtschaft in Prag noch nicht derart ist, wie er sie wünschen würde. Er gibt ^{aber} seiner Freude darüber Ausdruck, dass der Einfluss, den er auf die Entwicklung der Dinge ausüben könne, sich so stark durchsetze. In der Zeit, wo dieses Schreiben verfasst wird, sei die Situation angeblich schon eine solche, dass kaum etwas unternommen werden könne, was er nicht oder seine Freunde nicht beeinflussen könnten. Und das ist angeblich im Sinne der Sache des Gesamtdeutchtums besonders wichtig. In dieser Zeit bleibe ihm nur noch die Angst, dass es gelinge, die Angelegenheiten in der Strasse Martin Luthers zu regeln. Gelänge dies, dann wäre angeblich der wichtigste Komplex in Ordnung und man werde zu einem neuen Aufbau aller Arbeit schreiten können. (Beilage 52).

Der Presseattache bei der Deutschen Gesandtschaft in Prag, Chamier, beschwert sich im Schreiben vom 5.11.1936 bei Krebs, dass innerhalb der SdP immerfort das alte Seilziehen bestehe, womit er an den Kampf des "Aufbruchkreises" mit dem Kreis um Henlein hinweist. Der Kreis um Henlein habe eine bessere

Position, weil er dank seiner Vertretung im Reich (Fritz Bürger) rechtzeitig alles erfahre und habe daher immer die Möglichkeit, hier - in der CSR - ^{alles} zu schildern, wie es ihm geeignet scheine. Wie diese Dinge geändert werden könnten, weiss Chamier nicht und glaubt, dass auch in dieser Frage in erster Linie Geld entscheide, das - soweit es ihm bekannt sei - eben nur der Kreis um Henlein bekomme. Krebs reagiert auf dieses Schreiben am 23.11.1936 und teilt mit, dass ihm die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit der alten Nationalsozialisten mit der zweiten Gruppe (Henlein) bekannt seien, es bleibe aber nichts anderes übrig, als diese Zusammenarbeit zu unterstützen. In seiner Antwort vom 12.12.1936 spricht sich Chamier über die Entwicklung der SDP pessimistisch aus und bezeichnet die Einheit der Partei als eine Illusion. Es ist jene kritische Zeit, die auch in der Korrespondenz Krebs-Lierau erscheint, in der direkt ein Eingreifen ^{aus dem Reich} gefordert wird, damit die Gegensätze beseitigt werden. (Beilage 53).

Ein Brief ^{Chamiers} und die Antwort Krebs (19.8. und 22.8.1937) erweisen, dass Krebs ständig Verbindung mit Dr. Kreisel und Ing. Heider hatte. Bei beiden handelt es sich um wegen ihrer Stellung gegen die CSR gut bekannte Personen, wobei man nur hinzufügen kann, dass beide alte Parteigenossen der Nationalsozialisten waren und Heider in der Strafanstalt Bory eine ihm wegen seiner Tätigkeit im Volkssport verhängte Strafe abgebusst hat (Beilage 54).

Schliesslich sei hier noch eine Zuschrift an den Legationsrat Fallenberg-Pacheli angefügt als Beweis dafür, dass er über die Gesandtschaft in Wien auch in die Verhältnisse in ~~Wien~~ ^{Österreich} eingegriffen hat. (Beilage 55).

Es gibt wohl keine einzige Tätigkeit gegen die CSR, an welcher sich nicht direkt oder indirekt Krebs beteiligt hätte, obgleich er behauptet, dass er sich in die Politik der CSR nach seiner Flucht nicht eingemischt ^{habe} und dass er nicht darüber informiert gewesen sei, was in Bezug auf die Deutschen in der CSR vor sich ging.

Abgesehen davon, dass er sehr eng mit der bekannten "Sudeten-deutschen Kontrollstelle" in Dresden zusammengearbeitet hat und dass er dieser Organisation auf alle möglichen Arten die Arbeit dadurch erleichterte, dass er ihr bei der Überprüfung

(politisch) der Flüchtlinge aus der CSR behilflich war, wogon eine ganze Reihe von Briefen Zeugnis gibt (Beilage 56), war Krebs an der Konstituierung dieser Organisation, wie er selbst in seinem Schreiben vom 1.7.1937 bestätigt, im besonderen Masse beteiligt. (Beilage 57).

Aus einem Schreiben vom 7.1.1937 an den Leiter der angeführten Kontrollstelle in Dresden, Polizeihauptmann Wilhelm Krichbaum (Krichbaum?), welcher später bei der deutschen Geheimen Staatspolizei tätig war, ist ersichtlich, dass Krebs bei Überführung ~~von~~^{von} früher der aufgelösten DNSAP gehörenden Sachen nach Deutschland behilflich war. Im gegebenen Fall handelte es sich um den Transport von 20 Jahrgängen der Zeitung "Der Tag", des letzten zentralen Presseorgans der angeführten Partei. Den Transport über die Grenze bewerkstelligten Krebs' Vertrauensleute, wie er dies in seinem Brief ausdrücklich anführt (Beilage 58).

Eine ähnliche Tätigkeit wie die Verbindung mit der "Sudeten-deutschen Kontrollstelle" entwickelte Krebs auch in Verbindung mit der NSDAP - Flüchtlingswerk in Dresden und in Breslau. Als Beweis werden sechs eidesstattliche Erklärungen von aus der CSR geflüchteten Personen angeführt, (deshalb weil ihnen eine Verhaftung wegen Spionage drohte) (Beilage 59).

Aus einer in einem Kuvert mit der Aufschrift: Prof. Emil Lehmann, Dresden A, Franklinstr.32, enthaltenen Korrespondenz ist ersichtlich, dass Krebs nicht nur die Entwicklung der Volkshilfsfragen in der CSR interessierte und dass er gemeinsam mit Lehmann diese Entwicklung nach den Bedürfnissen des Reiches beeinflusste, sondern auch noch, dass er zusammen mit dem deutschen Konsul in Reichberg in hohem Masse Anteil daran hatte, dass Lehmann die Flucht nach Deutschland ermöglicht wurde und dass Lehmann in kurzer Zeit in Deutschland einen gut bezahlten Posten als Dozent an der Lehrerbildungsanstalt in Dresden erhielt.

Krebs ging in diesem Falle so weit, dass auf seine Anregung das bekannte "Auslandsinstitut" in Stuttgart sich unter Unterstützung von Innenminister Frick entschloss, Lehmann eine Stelle als Leiter einer Abteilung vorzubehalten.

Die Vorbereitung für die Flucht des Dr. Lehmann ins Reich ist charakteristisch, einerseits für die Stellungnahme des

genannten Konsuls und des Krebs, andererseits für das Intrigantentum der Deutschen in der CSR überhaupt.

Dem Gymnasialprofessor Dr. Lehmann wurde vom osl. Ministerium für Schulwesen und Volksbildung ein Urlaub gewährt, damit er sich der Leitung des Volksbildungsdienstes in Reichenberg widmen könne. Er wurde in dem ~~xxx~~ bekannten Prozess Patscheider und Gen. wegen Vorbereitung von Anschlägen gegen die Republik zu zwei Jahren Kerker verurteilt. Lehmann lebte bis zu der Zeit, wo man über seine Flucht nach Deutschland Erwägungen anzustellen begann, in Reichenberg.

Am 27.3.1936 schreibt der deutsche Konsul an Krebs: "Ich knüpfe an unsere Unterredung in Görlitz am 24.3.36 an und teile mit, dass Dr. Lehmann grundsätzlich zur Flucht bereit ist. Er wurde zwar vorderhand gegen Ertrag einer Sicherheit von 15 000 Kronen auf freien Fuß gesetzt, muss aber dennoch täglich mit seiner Verhaftung rechnen. Auch von ~~dem~~ seinem Gnadengesuch darf nicht viel erwartet werden, weil die ungewöhnliche Härte des Urteils einen Wink von seiten Bessas andeutet, auf welchen von französischer Seite ein Druck ausgeübt worden ist. Unter solchen Umständen rät auch der Verteidiger Dr. Lehmanns, Dr. Eppinger, zur Flucht. Ich bitte Sie nun, dass Sie im Sinne unseres Gesprächs von Seite des Reichs alle Vorbereitungen für die Flucht treffen. Einige handfeste und absolut zuverlässige junge Leute haben ihre Bereitschaft erklärt, Lehmann über die Grenze zu bringen. Ich darf mich in dieser Angelegenheit persönlich keineswegs belasten, weil in dieser Richtung gewiss das Konsulat beobachtet wird und ich bin den Tschechen ein Dorn im Auge. - Ich bitte, dass Sie als erstes die reichsdeutschen Behörden verständigen, dass Lehmann in nächster Zeit über die Grenze kommt und dann gleich/übernommen werden soll. Das ist sicherlich Sache der Gestapo. Die Überschreitung erfolgt entweder bei Zittau oder Seidenberg. Genaue Angaben über die Zeit und über den Ort melde ich dann sofort der entsprechenden Dienststelle. - Beide Lehmann begleitende Personen werden ohne sein Wissen bewaffnet sein, weil man mit allen Möglichkeiten rechnen muss. Hier ~~ist~~^{wird} das Gerücht verbreitet^{werden}, dass Lehmann sich mit Selbstmordgedanken trägt. Sobald er verschwindet, soll seine Gattin eine Anzeige machen und soll hier alles möglichst lange in Unsicherheit gehalten werden, damit Zeit gewonnen wird. Im Reich möge Lehmann unter fal-

schem Namen auftreten und möge möglichst weit von der Grenze einquartiert werden. Am besten wäre es vielleicht in jeder Hinsicht, ihn beim Deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart unterzubringen."

Damit seine Gattin und seine drei kleinen Kinder versorgt werden und vor Not bewahrt werden, beantragt Dr. Eppinger folgendes: "Dr. Walter Hensel, Leiter der "Finkensteiner Singbewegung", der Ihnen als Sudetendeutschem bekannt sein wird, ist bereit, hier zwei Lebensversicherungen als Geschenk des Vereins "Bund der Deutschen" auszus zahlen. Dieser würde dann das Geld der Frau Lehmann zur Disposition geben, der Betrag selbst müsste Dr. Hensel im Reich ersetzt werden. Ich bitte Sie, in dieser Sache alles Nötige einzuleiten. Es wäre vielleicht am besten, sofort in Verbindung mit Dr. Hensel zu treten. Für eine umgehende Antwort, die nicht auffällt, gesiegelt ~~ist~~ und direkt an mich gerichtet, wäre ich Ihnen sehr dankbar und bitte um Bestätigung dieses Schreibens. Weil Hitler! Hieran eh." (Beilage 60).

Krebs behauptet, dass der Funktionär des SHB in Wien, Prof. Anton Klement, ihm zwar bekannt sei, mit ihm aber keinerlei nähere Verbindung gehabt habe. Die Korrespondenz, enthalten in dem Faszikel mit der Überschrift "Die Sudetendeutschen in der CSR nicht unterdrückt?" zeigt aber, dass diese Beziehungen sehr lebhaft waren und eine sehr intensive Propaganda gegen die CSR betrafen. Vor allem die Broschüre "Die Sudetendeutschen in der CSR nicht unterdrückt?" ist in deutscher, französischer und englischer Sprache von Klement und Krebs auf allen möglichen Wegen in ganz Europa verbreitet worden. Dabei wurde für sie Propaganda in der Weise gemacht, dass einzelnen Presseagenturen Rezensionen in einer solchen Form zugesandt wurden als ob es sich um eine unbeeinflusste Kritik des Herausgebers handeln würde. Aus der beschlagnahmten Korrespondenz ist ersichtlich, dass die aus dieser Aktion entstandenen und einige 1000 Schillinge betragenden Auslagen aus nicht näher bezeichneten Quellen Krebs gedeckt hat (Beilage 61).

Von Klement stammt auch eine Information über die Slowaken Koren und Dr. Peter Bazovsky, welche Krebs der Auslandsorganisation der NSDAP übergab, welche ihm mit Schreiben vom 15.4.1935 bestätigt, dass sie die Information bekommen ~~hat~~ und dass sie sie nach dem Wunsch Krebs' den betreffenden drei

Stellen zugeleitet hat. (Beilage 63).

Ausserdem bemühte sich Krebs darum, dass seinen Mitarbeitern und den gewesenen Mitgliedern der DNSAP Rechte und Stellung zuerkannt werden, wie wenn sie Mitglieder der NSDAP gewesen wären. Er bemühte sich auch darum, dass ihnen auch verschiedene Abzeichen zuerkannt werden, aus welchen ihre langjährige Mitgliedschaft ersichtlich wäre. Zum Teil erreichte er dies schon im Jahre 1939 (Beilage 64), zum Teil war dabei noch 1943 Dr. Metzner bemüht, welcher damals den Antrag unterbreitete, den Mitgliedern der DNSAP bzw. den Mitgliedern des "Volkssport" zu gestatten, Abzeichen zu tragen, welche die Dauer ihrer Mitgliedschaft in dieser oder jener Organisation ersichtlich machten. Aus dieser Eingabe ist für die Verhältnisse in der CSR wichtig die Umschreibung der Tätigkeit einzelner Organisationen der CSR im Vergleich mit Organisationen im Reich. Prof. Metzner führt im historischen Teil seiner Eingabe an, dass schon im Jahre 1923, wo im Reich die SA gegründet wurde, die DNSAP in der Tschechoslowakei ähnliche Organisationen und zwar in erster Linie "OT" (Ordnertruppe) und "Saalschutz" begründet. Daneben organisiert sie auch die Jugend.

So weit es um die im Verband "NS-Jugendverband" organisierte Jugend geht, weist Metzner darauf hin, dass am 24.4.1942() Obergebietsführer Budäus^{ihn} in Karlsbad bei einer Gedenkfeier für Peter Donhäuser im Auftrag der Reichsleitung der Jugend eindeutig als Hitler-Jugend bezeichnete. Der damalige Reichsjugendführer Baldur von Schirach habe angeblich schon 1935 die Gleichberechtigung der EJ und der NSJ anerkannt und habe den Mitgliedern dieser Organisation Ehrenzeichen der HJ verliehen.

OT wurde angeblich nach dem Muster der SA geschaffen und als solche auch ausgerüstet. Dabei verweist Metzner auf Bilder von Einheiten der OT im Buche "Sudetendeutschland marschiert", welches Krebs und Zogelmann herausgegeben haben. In Ortsorganisationen der DNSAP, wo keine genügende Anzahl von Mitgliedern zur Verfügung stand, wurde der sogenannte Saalschutz gegründet, welcher ähnlich uniformiert war und sich bei öffentlichen Kundgebungen einige Male bewährt hat.

* Nach der Besetzung des Sudetenlandes suchte Krebs seinen Mitarbeitern dadurch Anerkennung zu verschaffen, dass sie in die SS aufgenommen und ihnen je nach Verdienst Ehrenstellen verliehen werden sollten. Seinem Wunsche wurde fast in vollem Masse entsprochen, wie eine umfangreiche Korrespondenz über diese Angelegenheit nachweist.

Die Entstehung ^{einer} ~~ein~~ der reichsdeutschen SA ähnlichen Organisation sei angeblich in Leitmeritz zu suchen, wo Ewald Kudielka und das gewesene Mitglied der SA in Wien Illing sowie Adolf Metzner in den Jahren 1925-29 jene Anhänger des Nationalsozialismus organisierten, die auf Grund ihres Alters die Reihen des NS-Jugendverbandes verliessen. Schon vor Bildung des Verbandes "Volksport" gab es in Leitmeritz eine Einheit, die man als der SA ähnliche Organisation bezeichnen muss.

Der Verband "Volksport", der vollständig durch seine Haltung, Organisation und Gliederung der SA ähnlich war, wählte den Namen "Volksport", um ein Verbot der Gründung zu verhindern. Kurz, das VS ist ein umgekehrtes Zeichen für SA. Damit dem Verein die Tätigkeit nicht erschwert werde, wurde der verhältnismässig als weniger gefährlich angesehene Abg. des Prager Parlaments, Leo Schubert, später dann SS-Standartenführer, als Führer bestimmt. Der Verband wurde am 15.5.1929 gebildet. Am Anfang zählte er 5000, bei seiner Auflösung 40 000 Mitglieder.

Am Reichsparteitag der NSDAP im Jahre 1929 waren schon einige 100 Männer als starke Deputation der sudetendeutschen SA anwesend. Als Beweis für diese seine Behauptung führt Metzner ^{ein} ~~die~~ im Buch der NSDAP "Dokumente der Zeitgeschichte" an, wo zu dem Bilde als Titel beigegeben ist "Sudetendeutsche SA aus dem csl Staatsgebiet ^{und} in Nürnberg". Diese Teilnehmer des Parteitages trugen angeblich damals ein Transparent mit der Aufschrift "Sudetendeutschland treu zu Hitler" und wurden angeblich zu den besten Einheiten des Reiches gezählt. An diesem Kongress hat sich angeblich der spätere SA-Führer und dann SS-Sturmabteilführer Schaschek beteiligt, der bei dieser Gelegenheit für die Bewegung gewonnen wurde und gemeinsam mit den SA-Mitgliedern Perthen, Schichela u.a. eine der besten Standarten der deutsch-böhmischen SA im Gebiete von Podenbach geschaffen hat.

Dazu führe ich an, dass der erwähnte Schaschek mit seiner Abteilung in der Zeit der Republik militärische Übungen abhielt und dass diese Tätigkeit Gegenstand eines Gerichtsverfahrens in Leitmeritz wurde.

Krebs bemühte sich bei seinem Verhör, immer wieder die Tätigkeit der DNSAP als Bestrebungen um die Autonomie im Rahmen der CSR darzustellen. Er leugnete jede Verbindung mit dem Reich und behauptete, dass auch die Tätigkeit des Verbandes "Volksport" nicht gegen die Tschechoslowakei gerichtet war und dass auch ^{hier}

keine Verbindung zum Reich bestand. Was μ sein persönliches Verhältnis zur NSDAP anlangt, verweist μ ^{ich} auf eine Zuschrift, die er am 3.2.1939 der Personalkanzlei des Reichsführers SS zugeschickt hat, mit welcher er ersucht, ihm den sogenannten "Totenkopfring der SS" zu verleihen. Im letzten Absatz dieses Briefes weist er darauf hin, dass er in der NSDAP die Mitgliedsnummer 86 habe und dass er deshalb schon Träger des goldenen Parteiabzeichens sei. Er gehöre daher zu den ältesten Mitgliedern der Hitler-Bewegung und das bezeugt auch seine Position und Tätigkeit in Deutschland nach seiner Flucht (Beilage 65).

Soll (richtig gewürdigt werden) auch die Tätigkeit der übrigen Angeklagten im Besonderen ihre Tätigkeit im "Freikorps", ist es notwendig, sich näher mit dieser Organisation zu befassen.

Was das SFK war und wie es entstand, wurde schon vorher angeführt. Der Vollständigkeit halber ist es notwendig, die dringlichsten Angaben über dieses verbrecherische Korps zu machen. Wie schon früher mit Berufung auf das Zentralorgan der NSDAP "Völkischer Beobachter" erwähnt wurde (18.9.38, Beilage I), gibt Konrad Henlein auf Weisung Hitlers den Befehl, dass längs der csl Grenze das ~~NS~~ SFK aufgestellt werde. Kommandant dieses Korps als Hitlers Werkzeug wurde Henlein und sein Stellvertreter K.H. Frank. Das Kommando des Korps war im Schloss Dondorf bei Bayreuth untergebracht.

Als Stabschef wurde der gewesene Senator der SdP, Anton Pfrogner, ernannt, der gemeinsam mit Frank am 18.9.1938 einen Organisationsbefehl herausgibt, in welchem er u.a. konstatiert dass Henlein in dem Bemühen, den geflohenen Deutschen aus der CSR Gelegenheit zum Kampf um die Freiheit ihrer Heimat zu geben, angeordnet habe, das SFK zu gründen. Neben Henlein und Frank sind für die Aktionen des SFK in erster Linie der schon angeführte Anton Pfrogner als Chef des Stabes und die Führer der einzelnen Gruppen und zwar in der Gruppe I mit dem Sitz in Görlitz Dr. Friedrich Köhler, in der Gruppe II mit dem Sitz in Dresden der gewesene Abg. der SdP Franz May, in der Gruppe III Willi Brandner, ebenfalls Abg. der Partei, der im Jahre 1943 gefallen ist und bei der Gruppe IV mit dem Sitz in Wien der auch der Linzer Abschnitt, geführt von Hans Westen, untersteht, Fritz Bürger, ebenfalls Abg. der SdP und der ^{Wiss schon} bekannte

Henlein-Bevollmächtigte im Reich, verantwortlich.
Zu dieser Gruppe treten dann noch weiter die ~~gewesenen~~ Abg. bzw. Senator/en der SdP Franz Schreiber, Georg Böhm und Franz Werner, die unmittelbar an der Tätigkeit des Freikorps nicht beteiligt waren. [Zur Beleuchtung der ganzen Tätigkeit des SFK muss man einige Befehle zitieren, aus welchen der ganze Charakter und der Zweck dieser Organisation deutlich werden. Nach Beilage VIII war das Freikorps mit deutschen Gewehren ausgerüstet, welche den Angehörigen des SFK von den zuständigen Kommandostellen ^{des Korps} ausgegeben wurden. Mit Befehl vom 25.9.1938 (Befehl 22) wird den Gruppenkommandanten aufgetragen und dem Kommando des Abschnittes Linz u.a. zur Kenntnis gebracht, dass bis zum 24.9.1938 24 Uhr ~~erst~~ 300 Aktionen unternommen wurden, bei welchen 1449 Personen tschechischer Nationalität gefangen genommen, 200 Gewehre, 17 Maschinengewehre, 61 Pistolen, 460 Handgranaten, mehr als 30 000 Patronen, 2 Lokomotiven und einige mit Ausrüstung beladene Lastwagen erbeutet wurden. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass das Gebiet um Asch, Eisenstein, Jawornig und Osoblahy in den Händen der Aufständischen sei. [Am 25.9.1938 wird auch daran erinnert, dass damit, dass in Deutschland der erhöhte Grenzschutz in Wirksamkeit getreten sei, die Aktionen des Freikorps nicht behindert werden dürfen und bedingungslos durchgeführt werden müssen. Der erhöhte Grenzschutz entsprach unserer damaligen Verteidigungswehr des Staates. (Beilage XVIII). Das SFK war direkt der Wehrmacht unterstellt. In dem Augenblick, wo es ^{Lins} ~~gegen das~~ osl Grenzgebiet vormarschiert, soll ihm eine Polizeiaufgabe zustehen und dann kann es auch Befehle ausschliesslich von Himmler bekommen (Beilage XIX). Die Vorbereitungen für diese Polizeiaufgaben enthält der Befehl 26a vom 27.9.1938, wo den Befehlsstellen, ~~aufgetragen~~ ~~wird~~ den für Polizeidienst geeigneten Offizieren und Unteroffizieren aufgetragen wird, dass sie sich bei ihren Dienststellen wegen besonderer Befehle melden sollen. Es sind hier noch vor der Konferenz in München direkte Vorbereitungen für die Besetzung der sogenannten Sudeten getroffen worden (Beilage XX). Vorgänger dieses SFK war der Verein "Freiwilliger Schutz-

dienst" (FS) mit dem Sitz in Eger und im Mai 1938 wurde Geschäftsführer dieses Verbandes Dr. Friedrich Köllner. ~~Wie~~ Wenn auch dieser Verein mit dem Erlass des Innenministeriums in Prag vom 20. April 1938 Nr. 29 507/38 nicht ~~aufgelöst~~ ^{verboten} worden sein mag, hat er doch schon zum Anfang seiner Tätigkeit seine Satzungen überschrieben, denn gegen den Wortlaut der Satzungen wurde schon im Mai 1938 zum Stabsführer des FS der damalige Führer des Turnverbandes, Willi Brandner, ernannt. Die Mitglieder mussten Mitglieder des Deutschen Turnverbandes sein.

Dafür, dass es sich beim FS eigentlich um Errichtung einer Abteilung der SdP nach dem Vorbild der SA und SS in Deutschland handelte, zeugt folgendes: Die Aufnahme eines Mitgliedes, das ausgestattet werden muss mit einem Befähigungszeugnis und einen von dem örtlichen Funktionären der SdP ausgestellten Ausweis erhalten sollte, erfolgte durch eine unter ärztlicher Kontrolle stattgefundene Assentierung. Wurde der Anwärter nach der ärztlichen Untersuchung als geeignet befunden, wurde er einer ^{strengen} Ausbildung unterzogen, welche aus Marschübungen mit Gepäck, aus Kartenlesen, Orientierung im Terrain, leichathletischen Übungen u.ä. bestand. Bewährte sich der Teilnehmer an dieser sechsmonatlichen Ausbildung, sollte er ^{dann} erst ein definitives Mitglied des FS werden. Sonst sollte er aus dem Verband des FS entlassen werden und sich zu einer weiteren Tätigkeit für die SdP verpflichten. Der Gesamtcharakter dieser Ausbildung war rein militärisch. Vom Verlauf der Übungen schickte der Leitende Meldungen nach militärischer Art ein. Es wurde auch eine Ausbildung im Werfen von Granaten vorbereitet. Untereinander betrachteten sich die Mitglieder des FS als sudetendeutsche SS. Beim Turnfest in Breslau Ende Juli 1938 wurden auch Leistungsprüfungen der Mitglieder des FS vorgenommen. Diese Prüfungen umfassten einen 25 km - Marsch mit vollem Gepäck, Lauf über 1600 m, Scharfschiessen auf feste Ziele (jeder Teilnehmer hatte 10 Schuss, wobei militärische Gewehre verwendet wurden), Angriff auf eine Höhe, verbunden mit Handgranatenwerfen, Angriff auf ein Gebäude, Scharfschiessen auf schweren und leichten Maschinengewehren. Nachmittag wurden Vorträge über Terrainlehre unter Benützung plastischer Karten gehalten.

Vorträge ~~wir~~ und Ausbildung leiteten Offiziere der reichsdeutschen Wehrmacht. Ein günstiger Erfolg der Prüfung war Vorbedingung für die Erlangung einer leitenden Stelle beim FS im Bereich des Kreises (Sturmführer).

Im September 1938 erhielten die Führer des FS für alle Mitglieder zur Ausfüllung Rüstungsblätter, die den Namen des Mitglieds und die Aufzählung der angeschafften Bestandteile der Uniform enthielten.

Ergänzend muss man noch anführen, dass soweit Hans Krebs behauptet, dass er niemals nach seiner Flucht ins Reich Verbindung mit der SdP in der CSR gehabt hätte, diese Verteidigung durch den Brief vom 20.10.1937 an den Oberregierungsrat Hans Fritsche vom deutschen Rundfunk hinfällig wird. In diesem Schreiben teilt er ihm mit, dass ihm die SdP aufgefordert habe, ihn (Fritsche) zu bitten, dass er nach Möglichkeit in den Abendnachrichten diese oder jene Pressenachricht oder Nachrichten über die Teplitzer Begebenheiten bringen solle. Damit sind die Ereignisse bzw. das Incident ~~genannt~~ gemeint, zu welchem es bei einem Besuche Henleins im Jahre 1937 in Teplitz-Schönau gekommen war.

Dass der Angeklagte Hans Krebs in direkter Verbindung mit dem VdA war und mit dieser Organisation zusammengearbeitet hat, beweist dann ein Glückwunschtelegramm, welches ~~er~~ Krebs im Jahre 1921 vom General Haushofer und Dr. Villebrand im Namen der Verbandsleitung des VdA zum Geburtstag zugesandt wurde. In diesem Telegramm beziehen sich die Funktionäre des VdA auf ihre langjährige Verbindung mit Krebs in der Arbeit für das deutsche Volk. (Beilage 70).

II

Was den Angeklagten Ing. Franz Schreiber, ~~gewesenen~~ Abg. der SdP, anlangt, ist folgendes anzuführen:

Politisch war er schon von Jugend an als Mitglied der Partei "Bund der Landwirte" tätig. Als sich Henlein am 1.10.1933 mit seinem Aufruf an die Sudetendeutschen wandte, meldet sich Schreiber als einer unter den ersten und bekommt die Parteilegitimation Nr.13.

Etwa im März 1934 begründete er in Rossbach die Ortsorganisation der SHF und wird deren erster Vorsitzender. Als solcher

war er auch gleichzeitig Mitglied der Kreisleitung der Partei. In den Parlamentswahlen im Mai 1935 wurde er zum Abg. der SdP im 2. Skrutinium gewählt. Er wurde Mitglied des Sozialpolitischen, landwirtschaftlichen und des Gesundheitsausschusses. In der Partei selbst führt er das Referat für Kriegsbeschädigte auf dem Gesamtgebiet der csl Republik, dann er war selbst Kriegsversehrter. Ausserdem war er Mitglied des Schiedsgerichtes für die parlamentarischen Vertreter der SdP. Dieses Schiedsgericht bildeten drei Abg. und zwei Senatoren. Der Angeklagte Schreiber gesteht ein, dass er vom Jahre 1937 an beobachtet habe, dass einige Abg. der SdP einen mit der Treue zur CSR unvereinbaren Standpunkt einnehmen; ~~und~~ er neige angeblich zu dem sogenannten gemässigten Flügel der Partei.

Sein weiteres Verhalten ist aber im scharfen Widerspruche mit dieser Behauptung, er wäre Anhänger dieses gemässigten Flügels der SdP in allen Konsequenzen gewesen.

Im Jahre 1938 besucht er den Nürnberger Parteitag. Nach dessen Beendigung erfährt er von den Ereignissen in der CSR und kehrt nach Hause zurück.

Nach Rückkehr aus Nürnberg fährt er täglich von Rossbach nach Asch und hat angeblich am 14.9.1938 erfahren, dass in Asch fast die ganze Führung der Partei der SdP anwesend sei. Ein Teil der führenden Persönlichkeiten war im Hotel "Post", ein Teil wohnte bei Henlein. In dieser Zeit sei nach Asch ein ihm nicht näher bekannter Mann auf einem Motorrad mit der Nachricht gekommen, dass sich von Eger aus csl Tanks nähern. Das war angeblich das Motto für eine Massenflucht nach Deutschland und er selbst habe bei der Bezirksleitung einen Mann, der die Grenzverhältnisse genau kannte, beschafft und dieser führte die Mitglieder der Hauptleitung der SdP nach Deutschland über die Grenze.

Schreiber geht von der Villa Henleins in das Sekretariat der Bezirksleitung und auf dem Wege dorthin hält ihn Franks Chauffeur auf und beschwert sich, dass K.H. Frank nach Deutschland geflohen sei und ihn der CSR gelassen habe. Schreiber beschlagnahmt den Chauffeur und das Auto und bringt sie am nächsten Tag illegal nach Deutschland. Auf dem deutschen Zollamt, wohin er gewiesen wurde, sei er angeblich überredet worden, nicht mehr in die CSR zurückzukehren, und blieb deshalb wegen dem Ernst der Situation im Reich.

Er blieb daher in Ebnath in Sachsen, wohin ihm auch seine Familie folgte, die er dann in dem Badestädtchen Elster unterbrachte. Etwa am 3. Tag seines Aufenthaltes in Ebnath kam um ihn der Wagen Franks und führte ihn zum Hauptquartier des SPK auf das Schloss Dondorf bei Bayreuth. Dort war Frank, Henlein und Pfrogner anwesend. Henlein bot ihm angeblich mit Rücksicht auf seine volkswirtschaftlichen Erfahrungen den Posten eines Verwalters beim Stab des SPK an. Diese Stelle nahm er an und behielt sie bis zum Ende der Liquidation des SPK.

Der Angeklagte Schreiber musste als verantwortlicher ~~Wix~~ Verwalter des Korps nicht nur mit der Organisation, den Standorten, dem Mannschaftsstand, sondern auch mit der Ergänzung des Korps vertraut sein. Deshalb ist mit Rücksicht auf die Aussage Krebs' seine ~~ng~~ Angabe darüber bedeutungsvoll, dass die Flüchtlinge, die auf Grund des Aufrufs von Henlein aus der CSR kamen, in verschiedenen Orten (durchwegs in 8 - 10 km von der Grenze entfernt^{en} Gemeinden) untergebracht waren und von hier dann nach einem kurzen Aufenthalt in die für sie bestimmten Stellungen abgeschoben wurden. Bei der Ankunft in diese Sammelstellen hatten sie bereits alle Anmeldungen in das SPK in den Händen.

Krebs behauptet, dass es seine Aufgabe gewesen wäre, diese Flüchtlinge aus der CSR in Orte abzuschieben, die ~~innerhalb~~ im Innern lagen, damit angeblich es an den Grenzen zu keinen Vorfällen komme. Schreibers Aussage aber straft Krebs Lügen insofern als diese Sammelstellen innerhalb des Reiches die eigentlichen Sammelager des Freikorps waren. Damit ist erklärt, warum sich Krebs, als Todt von Krebs Leute aus diesen Lagern für den Bau der Autobahnen anforderte, an Pfrogner und über dessen Vermittlung an Henlein wenden musste, damit Leute für Todt freigemacht werden.

Diese Tatsache spricht dafür, dass Krebs eigentlich ein Verbindungsorgan des Innenministeriums zum SPK war. Ebenso ~~wie~~ ^{zum SPK} Verbindungen anderer Organisationen über ihn liefen. Über das Wesen der Organisation SPK bekann Schreiber ausdrücklich, dass sie gegen die CSR gerichtet war und sich bemühte, mit der grossen Zahl der Flüchtlinge ~~im~~ Ausland die unhaltbaren Verhältnisse auch in den ~~gewesenen~~ Sudeten nachzuweisen. Diese

Behauptung wurde auch durch eine unwahre Propaganda und ausgedachte Nachrichten gestützt. Die Organisation SPK arbeitete sichtlich und unbestreitbar in den Intentionen des Reichs, die Propaganda war dessen Zielen angepasst und das Reich benötigte Beweise über die Unhaltbarkeit der Zustände in den Sudeten für seine Ziele. Wie Schreiber selbst in der Führung des SPK hörte, forderte in diesen Tagen das Propagandaministerium Incidente ("Das Propagandaministerium brauch Zwischenfälle").

Ing. Schreiber war eigentlich der leitende Intendant und sein Anteil an der Ausrüstung des SPK ist bedeutend. Die Liquidation des Korps nach der finanziellen Seite, soweit es auf den Mannschaftsstand u.ä. ankam, führte er dann selbst zum Abschluss.

Neben dieser Tätigkeit hatte Ing. Schreiber auch unmittelbaren Anteil an der Aktion, deren Ergebnis die Losreissung des Ascher Zipfels von der Republik noch vor Unterschreibung des Münchner Abkommens war.

Er selbst führt an, dass zwei Tage nach seiner Ankunft in Deutschland (etwa 17.9.1938), da er bei einem bekannten Zöllner in Ebmath, einer Grenzgemeinde von Rossbach, in Deutschland weilte, zwei Männer in Zivil zu ihm kamen, sich als deutsche Offiziere (ein Major und ein Leutnant) vorstellten und ihm anvertrauten, dass sie Waffenlager errichten und auch in Ebmath eines dieser Lager errichten sollten.* Einige Tage nachher wurden in einer Scheune Waffen untergebracht. Es handelte sich um 150 bis 200 Gewehre. Schreiber teilte ihnen Umstände mit, die ihm bekannt waren, wie z.B. dass der sozialdemokratische Konsum in Rossbach in der CSR voll mit Waffen sei und dass im Gebäude der Staatspolizei in Asch 300 Stück Gewehre, Maschinengewehre usw. deponiert seien. Jene Männer, von welchen der Angeklagte Schreiber nach seinem Eingeständnis sich dachte, es könne sich um zwei Mitglieder der deutschen Gegenspionage "Abwehr" handeln, führen, sobald sie die Waffen in die Scheune gebracht und ihm davon Nachricht gegeben hatte, ab. Nach ihrem Abgang verständigte Ing. Schreiber die Leitung der SdP in Rossbach davon, dass sich Waffen an dem erwähnten Ort befänden, und noch in der Nacht wurden diese Waffen heimlich nach Rossbach gebracht. Der Angeklagte wurde dann mit Auto auf Schloss Dondorf gebracht, wo er im Freikorps zu arbeiten begann.

* Beide Männer waren offensichtlich an ihn gewiesen worden und wussten, wer er ist.

Mit Rücksicht auf das hier Angeführte ist es demnach klar, dass der Beschuldigte, Ing. Franz Schreiber, als führendes Mitglied der Leitung der SdP, Anschläge gegen die Republik versuchte bzw. sich zu Anschlägen gegen die Republik zum Zwecke der Angliederung eines Teils des Gebietes der Republik zum Reich mit einer fremden Macht verbunden hat, bzw. mit reichsdeutschen Funktionären, insbesondere militärischen, in direktem und indirektem Verkehr stand bzw. Angehörigen des deutschen Spionagedienstes Tatsachen verriet, welche im Interesse der Verteidigung der Republik geheim bleiben sollten, und dass er durch seine Tätigkeit den bewaffneten Aufstand in der Republik in der ~~xxxxxx~~ Absicht unterstützte, dadurch die ~~Sxx~~ Sicherheit der Republik von aussen zu gefährden und schliesslich dass er Mitglied des SFK war, ja einer seiner führenden ~~xxxxxx~~ Funktionäre und überdies Funktionär der SdP war.

III

Was den Beschuldigten Georg Böhm, gewesener Abg. der SdP, und Kreisleiter der NSDAP in Pilsen, betrifft, ist folgendes anzuführen:

Im Jahre 1934 wurde er in Graslitz Mitglied der SdP. Im Herbst wird er Mitglied der Bezirksleitung der SdP als Organisationsleiter und zwar bis zum Jahre 1935. Im Mai 1935 wurde er im 1. Skrutinium als Abg. für die SdP gewählt und wird Referent für sozialpolitische Fragen.

Bis zur Besetzung des sogenannten Sudetengaus war ihm angeblich nichts über irgendeine Verbindung der SdP zu reichsdeutschen Stellen bekannt; ~~er~~ war angeblich auch in keine illegale Tätigkeit einzelner Mitglieder des Abg.- und Senatorenclubs der SdP eingeweiht. Erst nach Besetzung des csl Grenzgebietes erfuhr er, dass Mitglieder der Hauptleitung der SdP vom Jahre 1937 an Verbindung mit dem Reich hatten und dass auch einzelne Bezirksleiter an Versammlungen der NSDAP in Deutschland teilnahmen und auf den sogenannten Ordensburgern geschult worden seien. In diesem Zusammenhang wurden angeblich angeführt Wollner, Künzel, Rudolf Sandner, Birke, Dr. Fritz Köllner, May, Lammel und der gefallene Willi Brandner.

Der Anschluss Österreichs soll nach Angaben des Georg Böhm einen starken Einfluss auf die Stellung des Bundes der Landwirte und der Deutschen Christlich-Sozialen gehabt haben. Beide

Parteien gingen Ende des Monats Mai 1938 auseinander und ihre Führer und ein grosser Teil der Mitglieder trat zu der SdP über. Die Verhandlungen über den Übertritt führte der Abg. der SdP, Ernst Kundt.

Georg Böhm beteiligte sich ebenfalls an dem bekannten Parteitag der SdP in Karlsbad am 24.u.25.4.1938. Die Bekanntgabe der acht Punkte Nonleins habe angeblich bei den anwesenden Bezirksleitern, bei den Abg. und Senatoren und allen Mitgliedern der Hauptleitung eine begeisterte Aufnahme gefunden. Abg. Sebekovsky beleuchtete am Karlsbader Parteitag gleichzeitig die politischen Verhältnisse im Reich und führte an, dass die sudetendeutsche Volksgruppe sich zu der Forderung durchkämpfen müsse, welche an sich schon in dem Verhalten aller Deutschen der CSR ausgedrückt sei; dass sich ^{nämlich} die Deutschen in der CSR mit dem Deutschen Grusse grüssen und sich mit ihrem ganzen Leben der Entwicklung im Reiche anpassen.

Böhm hat auch gestanden, dass in den Clubsitzungen der Abg. und Senatoren der SdP und bei anderen Gelegenheiten sich K.H. Frank öfters in Anwesenheit von Abg. und Senatoren der SdP geäussert habe, dass die ganze Aktion Runciman keinen Zweck habe und die einzige mögliche Lösung der Anschluss der sogenannten Sudeten ans Reich sei. Interessant ist, dass nach der Aussage Böhms diese Lösung keineswegs grundsätzlich abgelehnt wurde sondern nur darauf hingewiesen wurde, dass nach den Erfahrungen des Monats Mai (21.Mai 1938) der Anschluss ans Reich den Krieg herbeiführen müsse, welcher in erster Linie die von den Deutschen bewohnten Grenzgebiete treffen würde.

Am Nürnberger Parteitag im September 1938 nahm Böhm teil, angeblich als gewöhnlicher Zuschauer und habe damals gemeinsam mit Ing.Schreiber und Dr.Klieber in Bamberg gewohnt, von wo wie täglich nach Nürnberg fahren.

Als er am 13.9.1938 nach Gresnitz aus Deutschland zurückkehrte erfuhr er vom örtigen Bezirksleiter, dass Frank schon in Nürnberg den Auftrag gegeben habe, doppelsprachige Aufschriften in den Sudeten entweder herunterzureissen oder zu übermalen und weiter den Auftrag zu Demonstrationen, bei welchen die deutschen Hymnen zu singen wären. Dieser Auftrag K.H.Franks ist allen Bezirksleitern über die Hauptleitung in Eger erteilt worden. Damit ist die Tatsache erklärt, dass die Demon-

strationen im Grenzgebiet fast in allen von den Deutschen bewohnten Bezirken entfacht wurden.

Damit Böhm sich ein Bild über die Situation schaffen könne, begab er sich in der Mitte des September 1938 zu der Hauptleitung nach Eger und als er feststellte, dass das Gebäude der Hauptleitung verlassen sei, fuhr er nach Asch und dort stellte er im Hause Konrad Henleins fest, dass dieser schon in Deutschland sei und alle noch Anwesenden sich für die Flucht nach Deutschland vorbereiteten. Ihm selbst wurde von K.H. Frank aufgetragen, sich nach Graslitz zu begeben und im Falle einer Gefahr von dort nach dem benachbarten Klingental in Sachsen zu gehen und dort ein Sammelager für Flüchtlinge aus seinem Wahlkreis zu errichten. Als er noch in der gleichen Nacht nach Graslitz zurückkam, erfuhr er, dass ihn die tschechische Polizei gesucht habe und ging deshalb sofort nach Klingental, wo er in den nächsten Tagen vollständig von der Einquartierung der Flüchtlinge aus der CSR in Anspruch genommen war. Dort blieb er bis zur Besetzung der Grenzgebiete Böhmens durch die deutsche Wehrmacht. Während seines Aufenthaltes in Klingental erfuhr er, dass die Hauptleitung mit Henlein, Frank und Pfrogner in Dondorf bei Bayreuth sei. Es war ihm bekannt, dass nach dem Aufruf zur Bildung des SPK diese Organisation dort ihr Hauptquartier hatte. Er selbst war in Dondorf zweimal zum Zwecke der Erlangung von Richtlinien und Informationen. Beim zweiten Besuch sprach er persönlich mit Henlein, der ihm sagte, er möge in Klingental ~~mit~~ bleiben und seine Aufgabe sei es angeblich, die Flüchtlinge zu beruhigen und um ihre Unterbringung besorgt zu sein.

Georg Böhm leugnet zwar, dass er Mitglied des Freikorps gewesen wäre, aber nach der beigefügten Photographie (Beilage XLIII) ist er knapp neben Hitler abgebildet und danach ist zu schließen, dass seine Aussage nicht der Wahrheit entspricht.

Nach Besetzung der Sudeten, wurde Böhm zuerst zum kommissarischen Kreisleiter in Luditz, später in Kaaden, ernannt, von wo er im Jahre 1943 nach Tetschen versetzt wurde. Im Jahre 1944 wurde er Kreisleiter in Pilsen, wo er sich völlig der Reorganisation des Kreissekretariats der NSDAP widmete. Von den im sogenannten Henlein-Archiv in Reichenberg gefundenen Dokumenten wird ein Telefonverzeichnis des Kommandos des Freikorps vor-

log., in welchem unter der Überschrift "Sonderdienst Klingental" als Leiter dieser besonderen Unterabteilung Georg Böhm angeführt ist. (Beilage ~~XX~~ XLIV).

Aus der gleichen Quelle stammt eine Anmerkung vom 22.9.1938 darüber, dass der Ortsleiter Hornung aus Klingental über Auftrag des deutschen Konsule Stechele bekanntgibt, dass in Eger noch 600 Mann Militär mit Tanks und Panzerwägen untergebracht seien und dass der erwähnte Konsul mit dem kommandierenden Offizier in Eger vereinbart habe, dass dieser nichts unternimmt, solange das ~~XX~~ SPK nicht marschiert. Diese Nachricht wurde der ~~Ex~~ Kreisleitung der AO (Auslandsorganisation der NSDAP) in Waldsassen sowie dem Abg. Böhm weitergeleitet. Daraus ist die direkte Zusammenarbeit Böhms mit dem SPK ersichtlich (Beilage XIV).

IV

Soweit es um die Person des Angeklagten Franz Werner, ehemSenator der SdP, geht, ist durch die Meldung des Stabswachtmeisters Rambousek, Leiter der Station der SNB Oldřichov-Bitrovice bei Tetschen, folgendes festgestellt:

Vor der Okkupation war Stabswachtmeister Rambousek bei der Grenzkontrollstation der Gendarmerie am Hauptbahnhof von Warnsdorf eingeteilt, wo er die Passkontrolle durchführte. Etwa im August 1928 vertraute ihm der Eisenbahnangestellte Blazek, Portier bei dem angeführten Bahnhof, an, dass, als er einmal von den vom Zug aus Kreibitz kommenden Reisenden die Fahrkarten einsammelte, unter diesen ein Mann war, der ihm nicht die Fahrkarte abgeben wollte. Blazek stellte diesen Mann, verlangte von ihm die Legitimation, die ihm dieser Mann mit den Worten: "Da hast du, tschechischer Hund! Du kennst mich noch nicht?" reichte. Der Pförtner Blazek stellte aus der Legitimation fest, dass es sich um den Senator der SdP, Franz Werner handle.

Am 21.9.1938 etwa um 10 Uhr kam von Zittau in Deutschland ein nicht fahrplanmäßiger Zug mit Ordnern, unter denen auch der Angeklagte Werner war. Dieser Zug kam zum Zwecke der Besetzung des Gebietes der CSR rund um Warnsdorf. In dieser Zeit versah den Pförtnerdienst am Bahnhof in Warnsdorf wiederum jener Blazek und wollte von den Reisenden die Fahrkarten abfordern. In diesem Augenblick sprang ein Mann auf ihn zu, indem er den gewesenen Senator der SdP, Werner, erkannte, zog etwas Blinkendes

aus der Tasche und schlug mit den Worten: "Da hast du, tschechischer Hund!" den Pförtner Blazek mit einem Schlagring auf den Kopf, wobei er ihn blutig im Gesicht verletzte. Bei diesem Auftritt wurde der Stabswachtmeister Rambousek von deutschen Eisenbahnern, unter denen sich auch zwei deutsche Zöllner befanden, umringt und entwaffnet. Hierauf wurde er noch mit anderen csl Eisenbahnangestellten und csl Finanzorganen in einen Raum abgeführt, ^{sonst} ~~den~~ die deutschen Eisenbahner als Lager benützten. Später wurde auch der blutende Pförtner Blazek gebracht. Noch am Nachmittag dieses Tages wurden alle diese csl Organe in einem Güterwagen nach Zittau in Deutschland weggeführt und dort eingekerkert. Rambousek selbst wurde nach Dresden gebracht später nach Magdeburg. Wohin der Pförtner Blazek kam, ist Rambousek nicht bekannt.

Bei ~~dem~~ ^{dieser} Aktion, die der Zeuge Rambousek anführt, handelte es sich um den Einfall des Freikorps nach Warnsdorf, evtl. auch Rumburg, welcher damals die vorübergehende Lostrennung dieses Teils der Republik und die Verhaftung einer grossen Anzahl von csl Staatsbürgern brachte.

In dem Bericht des gewesenen Abg. der SdP, Franz May, des Kommandanten der Gruppe II des Freikorps, ~~am~~ ^{den} er am 22.9.1938 dem Kommando des Freikorps überreichte, ist u.a. ausdrücklich angeführt, dass er befohlen hatte, 300 bis 400 tschechische Gefangene sofort ins Reich zu bringen, und dass tatsächlich in Rumburg, Warnsdorf und Böhmisches-Leipa Angehörige der csl Sicherheitsorgane entwaffnet und als Gefangene ins Reich gebracht wurden (Beilage XXXIII - XXXV).

Aus diesen Berichten ist ersichtlich, dass der Beschuldigte Werner direkte Befehle des Führers der II. Gruppe des Freikorps May bei dieser Aktion ausführte, bei welcher auch der erwähnte Stabsw. Rambousek und der verwundete Pförtner Blazek nach Deutschland verschleppt wurden.

Der Zeuge Rudolf Joukl führt an, dass er Franz Werner gesehen habe, wie er bei der Besetzung von Warnsdorf noch vor dem Münchner Vertrag mit einem Gewehr einen unbekanntem tschechischen Eisenbahner in den Kopf so getroffen habe, dass er die Besinnung verlor, und wie er csl Staatsangehörige bei der Besetzung von Warnsdorf verhaftete. [Der Zeuge Josef Necasek sagt, dass er wisse, dass der ihm seit 1919 bekannte Werner

vom Jahre 1919 bis zum September 1938 nach Zittau zu fahren pflegte, wo er irgendeine Kanzlei für Saun^{Lung} von unbequemen csl Staatsbürgern, soweit sie in Warnsdorf und Umgebung wohnten, führte.

Das Incident mit dem Pförtner Josef Blazek bestätigt auch der Zeuge Kassier Rudolf Pokorny, wohnhaft in Warnsdorf Nr.1966.

Als Ende August 1938 vom ~~z~~ der gewesenen Polizeidirektion in Mährisch-Ostrau etwa 80 Personen deutscher Nationalität aus Freiwaldau und Umgebung wegen Waffentransportes aus Deutschland in die CSR verhaftet wurden und in das Kreisgericht in Mährisch-Ostrau in Haft überführt wurden, kam ^{dorthin} mit den damaligen Abg. Franz May, Friedrich Köllner, Dr. Neuwirth, Richard Knorre und Rudolf Axmann auch der Senator Franz Werner zum Zwecke einer Intervention. Sie verlangten eine Unterredung mit den verhafteten Deutschen, weil ihnen angeblich bekannt sei, dass die Verhafteten misshandelt wurden. Obgleich diese Behauptung einer Grundlage entbehrte, forderte Franz Werner gemeinsam mit den anderen Abg. die im Deutschen Haus versammelten Deutschen auf, dass sie vor dem Kreisgericht in Mährisch-Ostrau für die Entlassung ihrer Volksgenossen demonstrierten, während die Abg. eine entsprechende Intervention vornähmen. Tatsächlich versammelten sich vor dem Kreisgericht in Mährisch-Ostrau etwa 200 Deutsche, welche lärnten und der Aufforderung der Polizeiwache zum Auseinandergehen nicht Folge leisteten. Als die oben angeführten Abg. gemeinsam mit dem Beschuldigten Werner zum Polizeidirektor Bača sich begaben, teilten sie ihm mit, er müsse sich darauf vorbereiten, seinen Dienstplatz zu verlassen und tatsächlich wurde dann der Polizeidirektor Emil Bača noch mit ^{einem} anderen Polizeimann für die Zeit von etwa 3 Wochen suspendiert. Dieses Incident war für die SdP ein Vorwand, die mit der csl Regierung geführten Verhandlungen abzubrechen.

V

In Bezug auf den Beschuldigten MUDr. Karl Feitenhansel ist zu sagen:

Er trat am 29.3.1919 in Teplitz-Schönau als praktischer Arzt in die Partei DNSAP ein. Im Jahre 1923 übersiedelte er als

praktischer Arzt nach Rumburg und wirkte dort bis in den Herbst 1938. Er wurde dort Mitglied der örtlichen Organisation der DNSAP und wurde im Jahre 1930 oder 1931 stellvertretender Ortsleiter der Partei in Rumburg. Diese Funktion hatte er bis zur Auflösung der Partei inne.

Im Jahre 1930 wurde Dr. Feitenhansel mit Hans Krebs bekannt. Als Krebs in Haft beim Kreisstrafgericht in Prag war, sandte ihm Dr. Feitenhansel ein Glückwunschtelegramm zum Geburtstag, das später in der Presse veröffentlicht wurde, damit die Öffentlichkeit sehe, dass Krebs auch als Käftling seine Freunde habe.

Als Hans Krebs nach Deutschland geflohen war, hielt Dr. Feitenhansel auf illegalem Wege eine ^{mit ihm} Briefliche Verbindung aufrecht, da ihm seine Adresse bekannt war. Er gibt zwar nur drei Briefe zu, die gewesene Parteigenossen der DNSAP im Gebiet von Rumburg betrafen. Aber die Beförderung der Briefe nach Deutschland besorgte seine Gattin, welche sie ~~dem~~ dem Polizeikommissar Künd übergab, von dem sie dann die ^{von} Briefe für Dr. Feitenhansel eingelangten Briefe entgegennahm.

Dieser angeführte Künd ist als Persönlichkeit bekannt, welche seinerzeit die Verbindung mit Geislers Vertrauensleuten in der CSR und zwar in der Umgebung von Rumburg für die Gestapo in Zittau vermittelte. Damals handelte es sich um einen militärischen Nachrichtendienst für die militärische Nachrichtenkanzlei in Dresden, welche der bekannte Offizier Helm führte. Im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit wurde seinerzeit in Rumburg und Umgebung eine ganze Reihe von Personen, unter ihnen auch Dr. Feitenhansel, verhaftet, der freilich später aus Mangel an Beweisen aus der Haft entlassen wurde.

Als im September 1938 die politische Situation in der CSR kritisch zu werden begann, begab sich Dr. Feitenhansel mit seiner Gattin nach Dresden, wo er gemeinsam noch mit einem anderen Arzt, einem gewissen Schöner, täglich ärztliche Ordinationen in den so Flüchtlingslagern auf dem Boden Sachsens vornahm. Diese Flüchtlinge wurden in verschiedene Orte Deutschlands gebracht, evtl. gingen sie in das SFK.

Der Beschuldigte leugnet, dass er selbst Mitglied des Freikorps gewesen sei und hat weder beim SFK noch einer anderen Kampfeinheit die Aufnahme angestrebt. Es ist aber bekannt,

dass in Lagern des SPK auch Ärzte angestellt waren, welche zu diesen Abteilungen Beziehungen hatten.

Der Beschuldigte leugnet, dass er sich an irgendwelcher Aktionen des Freikorps beteiligt hätte und behauptet, dass er in bürgerlicher Kleidung in das sogenannte Sudetenland zurückkehrte, als dieses von der deutschen Wehrmacht besetzt worden war.

Nach der Okkupation des Grenzgebietes wurde er automatisch in die NSDAP überführt und erhielt die sogenannte Befreiungs-Medaille, welche alle verlässlichen Mitglieder der gewesenen SDP für ihre Anteilnahme an dem Anschluss der Sudeten ans Reich erhalten haben.

Einmal Mitte Oktober 1938 begab sich Dr. Feitenhansel über telefonische Aufforderung nach Reichenberg, wo ihm im Hotel Imperial der ehemalige Abg. der SDP, Sebekovsky, ein Telegramm des Reichsärztesführers, Dr. Wagner aus München, vorlegte, der Dr. Feitenhansel mit der Leitung des Gesundheitswesens im Sudetengau betraute. Dr. Feitenhansel nahm das Angebot an und von dieser Zeit an war er Gaugesundheitsführer bei der Gauleitung der NSDAP in Reichenberg. Später wurde er zum Leiter der Ärztekammer in Aussig a. B. bestellt, wohin er wöchentlich einmal reiste.

Als auf Anregung Dr. Contis, des Reichsgesundheitsführers in Berlin, für den Sudetengau eine selbständige Gesundheitsabteilung geschaffen wurde, erhielt Feitenhansel den Titel eines leitenden Regierungsdirektors für Gesundheitswesen im Sudetengau, in welcher Funktion er bis zum Ende des Krieges verblieb.

Am 30.1.1939 wird Dr. Feitenhansel Mitglied des Reichstags und Ende Januar 1939 wurde von Himmler zum SS-Sturmbannführer ernannt und Ende 1944 zum SS-Obersturmbannführer befördert.

Mit Rücksicht auf diese hohen Funktionen sowohl in der Partei NSDAP als auch in der Organisation der SS ist offensichtlich, dass der Beschuldigte der Partei und der ganzen Hakenkreuzbewegung bedeutende Dienste geleistet haben muss, weil es unvorstellbar ist, dass ein unbekannter praktischer Arzt aus Rum-burg so hohe Funktionen erlangt und dass er nach einer einzigen Aussprache mit Dr. Wagner und Dr. Conti mit einem so hohen Amt, wie es die Leitung des Gesundheitswesens im ganzen Gau ist, betraut worden wäre.

Mit Konrad Henlein und Hans Krebs habe er angeblich nach der Besetzung des Sudetengaus nur Gespräche amtlichen Charakters gehabt, welche sein Fach oder politische Angelegenheiten betrafen. Mit K.H.Frank wurde er erst während der Okkupation bekannt, angeblich erst im Jahre 1945, wo er ihn zweimal in Prag aufsuchte, um von ihm die Entsendung einer grösseren Anzahl von tschechischen Ärzten in den Sudetengau anzufordern. Vor diesen Besuchen sandte er über Henlein einen Brief an K.H.Frank, in welchem er anführte, dass nach Feststellung der deutschen Ärztekammer in Prag 80 tschechische Ärzte durch die obige Dienststelle als geeignet für den Einsatz im Reich anerkannt worden seien. Aus dieser Zahl beanspruchte Dr. Feitenhansel 10 Ärzte für den Sudetengau. Erst beim zweiten Besuch bei K.H.Frank erreichte er, dass im Sudetengau 15 ~~tschechische~~ tschechische Ärzte eingesetzt und von Dr. Feitenhansel an verschiedenen Orten untergebracht worden seien.

Diese Bemühungen Dr. Feitenhansels um den Einsatz tschechischer Ärzte im Sudetengau sind umso verwerflicher als im sogenannten Protektorat ein bedeutender Mangel an tschechischen Ärzten bestand und ~~die~~ Deutsche an führende Stellen im Protektorat als Ärzte eingesetzt wurden, statt sie in den Sudeten zu verwenden.

Dr. Feitenhansel leugnet, dass ihm etwas über Konzentrationslager oder Straflager im Sudetengau bekannt war, was bei seinen Stellen, die er auf entscheidenden Posten des Gesundheitsdienstes innehatte, und zwar sowohl in der Partei als auch im Staat, aufs höchste unglauwbüdig ist, und dies umso mehr als unweit von Reichenberg in Reichenau sich ein Konzentrationslager befand (Beilage XL).

VI

Über den Beschuldigten Gustav Knöchel, gewesenen Abg. der SDP, wurde dies festgestellt:

Der Beschuldigte Knöchel gehörte zu dem Kreis Henlein'scher Politiker, die im sogenannten "Kameradschaftsbund" vereinigt waren. Knöchel war dessen Vorsitzender.

Etwa im November 1933 trat er auf Aufforderung von Rutha in die SHF und wurde Ortsleiter in Böhmisch-Leipa. Er tritt als Redner in öffentlichen Versammlungen auf, begründet Ortsgrup-

pen der Partei und im Jahre 1934 wird er Bezirksleiter, d r er bis 1935 blieb. Im Jahre 1935 wurde er als Abg.d.r SdP gewählt. Eine ganze Reihe seiner Versammlungen musste amtlich aufgelöst werden und am 1.Mai 1938 erklärte er auf einer Volksversammlung, dass das Problem mit den Tschechen gelöst werde ohne sie. Obgleich Gustav Knöchel wusste, dass die Hakenkreuzler tendenzen der SdP überhand gewinnen, bleibt er nicht nur in der Partei, sondern auch in der Kreisleitung, der er auch als Abg. angehörte.

Nach der Mobilisierung im Mai 1938 begab er sich angeblich in den Hintergrund, weil er sich einer gewissen Gefahr bewusst wurde, leugnet aber, dass er im September 1938 von seinem damaligen Wohnort Asch ins Reich gegangen wäre. Wenige Tage nach der Besetzung Reichensbergs durch die deutschen Wehrmacht wurde er von Henlein nach Reichsberg berufen, dass er als Architekt das Gebäude der Statthaltertschaft einrichte. In dieser Zeit wurde ihm auch die kommissarische Führung der ~~NSDAP~~ im Rumburger Kreis angeboten; im Frühjahr 1939 trat er diese Funktion an und blieb in ihr bis zum Jahre 1940, wo er von Fritz Bürger abgelöst wurde. Bis zum Jahre 1942 lebte er dann in Berlin als Angestellter einer Privatfirma und kehrte von dort in den Sudetengau als Geschäftsführer des Tischlerverbandes zurück, was er bis zur Revolution blieb (Beilage L). Nach Meldung der Bereichsdienststelle Stb in Königgrätz teilt der Oberpolizeirat Dr.Jirkal, der bis zum Jahre 1933 Polizeidirektor in Böhmisches-Leipa war, mit, dass der Beschuldigte Knöchel als ein radikaler Anhänger der SdP und als Mitläufer auf dem von K.H.Frank repräsentierten Flügel der SdP angesehen wurde.

VII

Der Beschuldigte phil.Dr.Gustav P e t e r s, gewesener Abg. der SdP und Bankdirektor wurde nach ~~xxx~~ Beendigung seiner Studien Hilfspädagoge an deutschen Schulen in Prag. Am 1. Oktober 1910 war er Sekretär der Gesellschaft ~~zur~~ Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen und im Jahre 1912 Sekretär der deutschen Sektion der Modernen Galerie geworden.

Nach dem Weltkrieg fuhr er mit Dr.Lodgman nach Bern in der Schweiz, wo sie gemeinsam ein Propagandabüro für die Vertretung der Sudetendeutschen zum Zwecke der Erreichung der Selbstverwaltung organisierten. Schon diese Verbindung des Dr.Peters mit Dr.Lodgman, dem fanatischsten Gegner der CSR, zeigt die Denkungsart und die Stellung Dr.Peters gegenüber der CSR seit ihrem Beginn. Nach der Unterfertigung der Friedensverträge, auf Grund deren die von den Deutschen bewohnten Gebiete von Böhmen und Mähren definitiv Bestandteil der csl Republik wurden, wurde die Tätigkeit der Kanzlei in Bern eingestellt und Dr.Peters kehrte nach Wien als Mitarbeiter Dr.Lodgmans zurück. Von Wien nach Prag übersiedelte er nach der Amnestie, durch welche Strafhandlungen, die Deutsche in den ersten Zeiten des Umsturzes 1918 bis 1919 begangen hatten, straffrei wurden.

Nach Rückkehr nach Prag übernahm der Beschuldigte Dr.Peters die Stelle eines Sekretärs der "Deutsch-Politischen Arbeitsstelle", in welcher alle deutschen Parteien mit Ausnahme der deutschen Sozialdemokraten zusammengeschlossen waren. Im Jahre 1926 verliess er diesen Posten und wurde Sekretär der "Arbeitsgemeinschaft der deutschen wirtschaftlichen Verbände", in der er bis 1938 wirkte.

1929 wurde er als Abg. für die Partei "Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft" gewählt.

Im Jahre 1933 wurde er in Saaz mit Konrad Henlein bekannt, der ihn ersuchte, bei den Regierungstellen in Sachen der Bewilligung des Turnfestes in Saaz zu intervenieren. Im Jahre 1935 wandte sich Henlein an ihn mit der Aufforderung, eine Kandidatur in das Abgeordnetenhaus für die SdP anzunehmen, deren Mitglied er wurde. Tatsächlich wurde er 1935 im Mai zum P Abg. dieser Partei gewählt.

Nach amtlicher Feststellung im Jahre 1936 war Dr.Peters Mitglied des sog."Kampfbundes" in Leipzig, dessen Aufgabe es war, die sog.Sudetendeutschen zu befreien, und in dieser Zeit stand er in Verdacht, dass er die Beziehung zwischen SdP und dem Aussenamt der NSDAP bzw.dem Vxx VdA vermittelte.

Teile seiner im Parlament vorgebrachten Reden in der 126. Sitzung vom 15.12.1937 und in der 146. Sitzung am 7.4.1938 wurden nach § 9 der Geschäftsordnung des Parlaments wegen

ihres antistaatlichen und aufrührerischen Inhalts aus dem Protokoll ausgeschieden.

Der Beschuldigte Dr. Peters war auch Mitglied der Delegation, welche unter Führung des beschuldigten Abg. der SdP, Ernst Kundt, mit dem damaligen Ministerpräsidenten Dr. Hodza verhandelte. In den kritischen Tagen des Sept. 1938 verliess er nicht das Gebiet der Republik und war nach einem beschlagnahmten Dokument ebenso wie die Abg. der SdP Kundt und Neuwirth in Verbindung mit Henlein. Denn am 23.9.1938 18.30 Uhr teilt der Kommandant der Gruppe II des Freikorps, Franz May, der obersten Führung des SFK mit, dass Neuwirth, Kundt und Peters mit der Regierung nicht verhandelt ~~haben~~ und dass sie auch keine Absicht haben, zu verhandeln, sondern nur zu intervenieren beabsichtigen, soweit es sich um widerrechtliche Verhaftungen von Funktionären der SdP handle.

Nach dem gleichen Dokument sei die neue csl Regierung bereit, jene Gebiete der Republik, welche zu 75 % von Deutschen bewohnt sind, abzutreten, ~~müsse~~ aber darauf bestehen, dass ihr Prestige nicht leide, und deshalb ~~müsse~~ sie fordern, dass die SdP die von ihr besetzten Gebiete aufgebe. Die neue Regierung habe ^{dies} angeblich einer Stelle der Sudetendeutschen, die sich noch in Prag befinden, mitteilen lassen, nach dem erwähnten Vorwerk hätte Konrad Henlein gefordert, dass Neuwirth, Kundt und Peters Prag verlassen und, sollten sie es nicht tun, sollen sie nicht mehr an die Öffentlichkeit treten, weder bei Interventionen noch sonstwo.

Im Dezember 1938 wurde Dr. Peters von Henlein als Wirtschaftsexperte in Berlin bestellt, wo eine Kommission für Verhandlungen mit der 2. csl Republik eingesetzt worden war. In dieser Kommission war er bis zum 15.3.1939 tätig und wurde schliesslich als Oberdirektor der Landesbank und Girozentrale in Reichenberg berufen. (Beilage II).

Nach Errichtung des Sudetengaus wurde Dr. Peters Mitglied der NSDAP, erhielt die sogenannte Befreiungsmedaille, welche für Verdienste für den Anschluss des Sudetengebietes an Deutschland verliehen wurde. [Eine Funktion in der Partei oder ihren Gliederungen hatte er angeblich nicht. Lediglich beim NSFK war er Obersturmführer. In der Zeit der SdP war er Mitglied des Führungsrates. [Dr. Peters wurde in einem Verzeichnis der Ehrengäste im Reichenberger Rathaus angeführt. Er soll Vertrauensmann des SD in Brünn gewesen sein.

VIII.

Der Beschuldigte Karl S t e l l w a g , gewesener Senator der SdP war Mitglied der SHF vom Jahre 1934 und im Mai 1935 wurde er für die SdP zum Senator gewählt. In dieser Funktion hat er auf einer ganzen Reihe von Versammlungen gesprochen und war als Parlamentsvertreter automatisch Mitglied der Kreisleitung in Böhmisches-Leipa. Auch in seiner parlamentarischen Tätigkeit sprach er auf einer Reihe von Versammlungen.

Nach seinem eigenen Eingeständnis war ihm bekannt, dass Franz Künzel das Landvolk der SdP neu organisiert und dass er dabei die Organisationsformen der reichsdeutschen Landwirtschaftsorganisation verwendete.

Während des Krieges war er als Rittmeister dem Kreiswehrkommando als Landwirtschaftsberater zugeteilt und zwar bis zum Januar 1945, wo er im Rang eines Majors entlassen wurde. (Beilage LIII).

IX.

Der Angeklagte Benno F i s c h e r wurde Mitglied der SdP am 2. Mai 1934 und übernahm die Funktion eines Geschäftsführers dieser Partei in Liskovec. Bei den Maiwahlen im Jahre 1935 wurde er zum Abg. der SdP gewählt. Die Funktion des Geschäftsführers übte er bis zum Jahre 1936 aus, wo er Ortsleiter in Pisek wurde und diese Funktion hatte er bis zum Jahre 1938.

Abg. der SdP war er bis zum Juni 1938, wo er sein Mandat mit der Begründung, dass er krank sei, niedergelegt hat (Beilage LIV).

X.

Soweit es sich um die Tätigkeit des Beschuldigten Ernst K u n d t , gewesener Abg. der SdP und Abg. des Reichstags handelt, wurde folgendes festgestellt.

Ernst Kundt hat das Rechtsstudium an der deutschen Universität in Prag beendet, studierte auch an der Universität in Marburg a.L. und ausserdem besuchte er auch das Institut für Grenz- und Auslandsdeutschtum.

Am Weltkrieg war er als Freiwilliger beteiligt, wurde gefangen und im Jahre 1920 kehrte er in die CSR zurück. Er war dann in der Jugendbewegung tätig, anfangs 1925 wurde er "Sekretär der Arbeitsgemeinschaft der deutschen wirtschaftlichen Verbände" und Hilfs-

sekretär des deutsch-politischen Arbeitsamtes, dessen Leitung er am 1. Mai 1926 übernahm. Ausserdem war er in einer Reihe von deutschen Organisationen tätig und hat in politischer Hinsicht immer die Einigung des deutschen Lagers angestrebt, woraus auch seine Mitgliedschaft im "Kameradschaftsbund" entstand, wo er bestrebt war, dass das Sudetendeutschum seine Verhältnisse in den eigenen Reihen sich ^{Selbst} ordne und damit die Voraussetzungen für den weiteren nationalen Kampf gegen die Tschechen schaffe. Als Mitglied des Vorstandes der deutschen Liga für den Völkerbund war Kundt Kenner des Minderheitenrechtes.

Sowie Konrad Henlein mit seinem Aufruf vor die Öffentlichkeit trat, stellte sich Kundt sofort zur Disposition, wurde Mitglied der Parteileitung, im Jahre 1935 Abg. SdP, wurde schliesslich von Konrad Henlein mit der Leitung des Parlamentsclubs der Partei betraut.

Kundt behauptet, dass seine ganze politische Tätigkeit auf einem Ausgleich mit dem tschechischen Volk ausgerichtet war und dass er diesem Ziel auch in der Zeit der sogenannten Zweiten Republik dienen wollte und dass er zu diesem Zwecke die Republik nicht mit Henlein und den anderen verlassen habe.

Dieser Verteidigung steht jedoch entgegen, dass Ernst Kundt die Verbindung mit Henlein auch nach dessen Abgang ins Reich unterhalten habe, wofür ein Beweis eine Originalmeldung ist, die unter den Schriften des Freikorps im sogenannten Henlein-Archiv gefunden worden ist (Beilage LVI).

Charakteristisch für die Tätigkeit Ernst Kundts in der Zweiten Republik ist ein Aktenvermerk des Pressereferenten der deutschen Gesandtschaft in Prag vom 11.10.1930 über eine Unterredung, welche dieser Referent am 4.10.1938 mit Ernst Kundt hatte. Bei dieser Unterredung trug ihm Kundt seine Auffassung über die Möglichkeiten einer Propaganda unter den Tschechen vor.

Nach diesem Vermerk (Beilage LVII) führte beiläufig Ernst Kundt folgendes an:

"Der Rücktritt des Präsidenten Dr. Benes und des Dr. Krofta, die Bildung der neuen csl Regierung, die Lösung des slowakischen Problems in der Form eines Dualismus, schufen für die deutsche Propaganda eine neue Situation. Es wird nötig sein, anzustreben, dass die breiten Schichten des tschechischen Volkes Vertrauen zu Deutschland gewinnen und ein Erfolg in diesem Sinne wird nicht nur dafür wichtig sein, dass der csl Reststaat über eine angebliche

Selbstständigkeit in die Machtsphäre des Deutschen Reiches eingebaut wird, sondern auch deshalb, weil die übrigen kleinen Nationen des Ostens und Südostens eine möglichst enge Verbindung mit Deutschland anstreben würden, weil sie sich dadurch in ihrer nationalen Existenz gesicherter fühlen würden. Wird mit dem tschechischen Volk nicht klug umgegangen, dann werden die kleinen Nationen in die Reihen der gegen Deutschland stehenden Kräfte getrieben und aus dem tschechischen Volk wird im Laufe der Jahre ein Mittelpunkt der Irredenta gegen das Reich wie es das tschechische Volk zu Österreicherzeiten und vor allem im Weltkrieg war.

Er empfiehlt deshalb, dass Hauptgrundsätze der Linie der Propaganda in den Vordergrund gestellt werden:

1. Dass das tschechische Volk durch die Führer der Linksparteien vor allem Dr. Benes, und die bisherige Bürokratie auf Abwege gebracht wurde und dass es um seine Existenz nicht fürchten müsse, wenn es schrittweise ~~xxxxxx~~ eine ehrliche und anständige Freundschaft zu Deutschland suchen werde.
2. Es müssen alle Beleidigungen des tschechischen Volkes vermieden werden und für alles, was bisher geschehen ist, sollen die bisherigen verantwortlichen Politiker, an der Spitze Dr. Benes, verantwortlich gemacht werden.
3. Es ist notwendig, ständig hervorzuheben die Verführung des tschechischen Volkes durch das Judentum, und bei einer entsprechenden Propaganda könnte ein Teil des tschechischen Volkes gegen das Judentum in volle Aktivität gebracht werden.
4. Man muss dafür agitieren, dass das tschechische Volk Gelegenheit hat, sich als Reststaat von der Parteiwirtschaft zu befreien, weil, sobald ~~es~~ das Parteiwesen beseitigt werde, es keine Tätigkeit der kommunistischen Partei geben werde.
5. General Syrový soll nicht angegriffen werden, weil er für das tschechische Volk das ist, was für die Deutschen Hindenburg war. Ebenso ist der Innenminister Cerný, der Außenminister Chvalkovský, die Generäle in der Regierung und der Führer des Sokol und Minister Dr. Bukoveký zu schonen. Die Regierung soll überhaupt nicht überflüssig angegriffen werden, sondern es sollen nur Fehler kritisiert werden, um deren Beseitigung vom deutschen Standpunkt ein Interesse besteht.
6. Die tschechische Bevölkerung, welche in von der Wehrmacht besetzten Gebieten lebt, und die zum Reiche kommt, ist zu beruhigen. Das

würde auch die im Inland wohnenden Tschechen beruhigen, bzw. stärken."

Der Beschuldigte Kundt gibt zu, dass er diese Information dem Pressereferenten der deutschen Gesandtschaft in Prag gegeben hat, und behauptet, dass er dies deshalb getan hätte, um bei der Besserung des Verhältnisses zwischen den beiden Völkern behilflich zu sein.

Bei Gelegenheit der Wahlen in den Reichstag wollte Hitler in Reichenberg und am Vorabend des 3.12.1938 hielt er dort eine grosse Wahlrede. Bei dieser Gelegenheit empfing er auch die beiden Rektoren der deutschen Hochschulen in Prag und diese erstatteten nach ihrer Rückkehr dem Beschuldigten Kundt Bericht, dass Hitler entschieden habe, die deutschen Hochschulen in Prag zu belassen (Beilage LVIII).

Unter der bei Kundt beschlagnahmten Korrespondenz wurde die Einladung des Vereins VDA vom 3.12.1938 (Beilage LIX) gefunden. Er kann nicht gut erklären, wie diese Einladung zu ihm gekommen sei. Er gibt aber zu, dass er vom Jahre 1925 an beteiligt an der Tätigkeit mit der Organisation "Deutsches Auslandsinstitut" war und mit ihm in Verbindung stand. Diese Organisation sammelte Material verschiedenster Art aus allen von Deutschen bewohnten Ländern und schuf aus diesem Material Sammlungen und Museen, wodurch allen Ämtern und auch der Heeresverwaltung ein wertvolles Material für weitere Forschungen gewährt wurde. Dieses Auslandsinstitut erteilt nach einer Zuschrift vom 24.12.1938 Ernst Kundt eine Plakette für Verdienste um das Deutschtum (Beilage LX).

Der Beschuldigte Kundt wurde nach seiner Schilderung von den auf dem Gebiet der sogenannten Zweiten Republik verbliebenen Abg. zum Volksgruppenführer gewählt, soweit Deutsche ^{nach} auf dem Gebiet der CSR nach München gesiedelt haben. Es ist deshalb selbstverständlich, dass er in alle Bereiche des öffentlichen Lebens dieser Volksgruppe und ihren einzelnen Teilen eingegriffen hat und ^{allseits} informiert wurde. So hat z.B. ihn auch "Die Deutsche Studentenschaft" als verantwortlichen Führer anerkannt, wie dies aus einer Zuschrift des Leiters dieser Organisation Dr. Rudolf Neckel nachgewiesen wird, der sich an Kundt mit der Bitte um Hilfe wendet und ihm ein Gesuch um finanzielle Unterstützung von Seiten reichsdeutscher Ämter bzw. Organisationen zur Kenntnis bringt. (Beilage LXI).

Aus dieser Beilage und aus der ganzen Tätigkeit der Deutschen wie auch des Beschuldigten Ernst Kundt auf dem Gebiete der Republik

nach München ist ein Widerspruch sichtbar, denn auf der einen Seite sind sie Staatsangehörige, Ernst Kundt sogar Abg., welcher den Abg.-Eid der Treue zur Republik abgelegt hat, und auf der anderen Seite wenden sich Organisationen und auch Kundt mit einer schlichten Selbstverständlichkeit an deutsche Ämter, als ob es sich um Ämter ihre eigenen Staates handeln würde.

Ein Beweis für dieses merkwürdige ^{Verhalten} ~~Verhalten~~ ist auch die Zuschrift der Abg. und Senatoren der NSDAP in der CSR vom 13.1.1939 (Beilage LXII), in welcher Kundt gebeten wird, sich von deutschen Stellen eine Weisung für die csl. Regierung zu erbitten, wie diese gegenüber den öffentlichen Angestellten deutscher Nationalität vorgehen solle, die nach München weiter in der CSR verblieben sind.

In dem zwischen Grossbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien in München am 29.9.1938 abgeschlossenen Abkommen wurde in Absatz 7 daran gedacht, dass die deutschen Volksangehörigen auf dem Gebiete der Zweiten Republik und die Tschechen im Sudetengau für ihren nationalen Staat optieren können. Damit sollte erreicht werden, die politischen Verhältnisse in der CSR völlig zu ordnen und zwar auch die nationalen Verhältnisse, damit es nicht mehr zu irgendeiner nationalen Diskriminierung kommen könne. Nach einem Schreiben des Erwin Böhm (Beilage LXIII) verbot Kundt den Deutschen in Prag und in den übrigen Gebieten der Republik, dass sie dieses Recht der Option in Anspruch nehmen. Damit hat er jenen Zustand verschuldet, welchen im Frühjahr 1939 Hitler als Vorwand für die Besetzung der Republik genommen hat. Kundt behauptet zwar, dass er dies auf eigene Faust getan habe, die Entwicklung aber und die Beweise, die bei Kundt beschlagnahmt wurden, zeigen eher das Gegenteil.

In dieser Richtung ist bezeichnend, das Memorandum, welches nach Angaben Kundts von der Kanzlei des Clubs der deutschen Abg. ausgearbeitet, später aber nicht abgeschickt worden ist. In diesem für Hitler bestimmten Memorandum ist ein detaillierter Bericht über die Stellung der Deutschen in der CSR in einem für uns ungünstigen Sinne erstattet. Wird der Inhalt dieses Memorandums vor allem mit Teil 5, der die Option und Ähnliches behandelt, ~~verglichen~~ und wird in Betracht gezogen, was in der oben angeführten Rede angeführt wurde, ^{auch} ~~mit~~ mit dem am 15.3.1939 herbeigeführten Zustand verglichen, ist der Verdacht begründet, dass Kundt davon Kenntnis hatte, was von deutscher Seite vorbereitet wird. Denn in dem Memorandum ist an mehreren Stellen betont, dass die Entscheidung über das Schicksal der Deutschen in der CSR in kürzester Zeit herbeigeführt

werden muss, wobei als nächste Termine einerseits Ende Februar 1939 andererseits der 27.3.1939, wo nach dem Abkommen die Optionsfrist endete, in Frage kämen. Kundt behauptet, dass diese Memorandum (Beilage LXIV) an Hitler nicht abgeschickt wurde sondern die in Memorandum aufgeworfenen Fragen in Gesprächen mit csl Regierungsfunktionären geregelt wurden.

Dass Ernst Kundt als Abg. des csl Parlaments ein Organ der Reichsregierung war, zeigt die Beilage LXV, in welcher Kontoauszüge der sog. Reichshilfe bei der Kreditanstalt der Deutschen in Prag enthalten sind. Diese Reichshilfe war eine rein deutsche Einrichtung und diente in der Zeit ~~er~~ der Ersten Republik zur Unteratützung arbeitsloser Reichsdeutscher. In der Zeit der Ersten Republik besorgten die gesamten mit der Reichshilfe zusammenhängenden Angelegenheiten einerseits die Deutschen Vertretungsbehörden andererseits die deutschen Hilfsvereine. Hier tritt also Kundt als Bevollmächtigter des Reiches auf und, ~~kurioserweise~~ beachten wir seine Verteidigung, haben wir hier einen sonst unmöglichen Zustand, dass ein und dieselbe Person als Abg. Staatsbürger eines Staates ist und auf der anderen Seite die Agenda eines Staatsbürgers eines anderen Staates vollzieht.

Zur Illustrierung der Einstellung Ernst Kundts lege ich seine Rede vom 17.2.1939 bei Wiedereröffnung der Tätigkeit des Vereins "Urania" bei. Diese Rede zeigt, dass auch nach München Kundt noch nicht völlig befriedigt war und eigentlich nichts anderes forderte als dass jene Deutschen, die auf dem Boden der Republik verblieben sind einen Staat im Staate bilden (Beilage LXVI).

Zur Erfüllung dieses Strebens wollte Kundt die Form eines eigenen Statuts über die Rechtsstellung der deutschen Volksgruppe in der CSR verwenden und machte die nötigen Vorbereitungsarbeiten dadurch, dass er sich von ~~den~~ einzelnen Fachleuten, wie er selbst zugibt, eine ganze Reihe von Entwürfen ausarbeiten liess, die zu finden gelungen ist (Beilage LXVII).

Der Vollständigkeit halber wird die Abschrift einer schriftlichen Zeugenaussage beim Bezirksgericht in Maribor vom 15.6.1946 mit Ing. Edmund Schönberger beigelegt, welcher Kundt Gräueltaten beschuldigt, die er in der Zeit seiner Amtstätigkeit in Polen begangen hat (Beilage LXVIII). Kundt leugnet die von diesem Zeugen ihm zur Last gelegten Handlungen.

In die Zeit, wo Kundt als Führer der deutschen Minderheit in der sogenannten Zweiten Republik tätig war, fallen auch schon Bestrebungen, deren Zeugen wir in der Zeit des sogenannten Protektorats waren. Damit sind Bestrebungen aus den tschechischen Reihen gemeint, welche eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den Deutschen und auch mit dem Reich zum Ziele hatten. Zum Beweis dafür wird als Beilage LXIX) einerseits die Zuschrift des Frontkämpferverbandes mit der Unterschrift des bekannten Zentralsekretärs Gottfried Getkovsky, welcher Kundt mitteilt, dass der Verband der Soldaten sich als tschechische Sektion gerne dem deutschen Frontkämpferbund anschliessen möchte, vorgelegt. Andererseits ist hier auch ein Brief des Emanuel Moravec vom 20.2.1939, in welchem der damalige Oberst i.G. Moravec Kundt versichert, dass in dem Augenblick, wo Deutschland unsere Grenzen garantiert und uns eine Freundschaft der gegenseitigen Rücksichtnahme und Achtung anbietet, und als die besten Freunde und Bundesgenossen haben werden.

Schliesslich ist hier auch noch ein Brief des Dr.jur. Cerny mit dem Antrag auf Statuten einer tschechisch-deutschen Gesellschaft, einer Art Vorgänger der späteren Verbandes für die Zusammenarbeit mit den Deutschen.

Soweit der Beschuldigte Ernst Kundt behauptet, dass er mit Krebs keinerlei Verbindung gehabt habe und dass sie vom Jahre 1933 an politische Gegner waren sowie dass er in der Zeit der Zweiten Republik keinen Sonderauftrag von Hitler hatte, muss man auf einen Brief der Helga Marianne Kundt vom 15.11.1938 hinweisen, in welchem diese Krebs für die Fürsorge um sie und ihre Kinder dankt und schreibt, dass gewiss Krebs bekannt sein würde, dass ihr Gatte, d.i. Ernst Kundt, für Prag einen Sonderauftrag habe, dessen Erfüllung etwa bis März dauern werde. (Beilage LXXII).

Dass Kundt in der Politik der SdP tatsächlich eine besondere Stellung hatte, beweist ein Schreiben, das er am 30.9.1941 persönlich an Heydrich geschrieben hat. In diesem wird angeführt, dass Heydrich wohl das Interesse Kundts an der endlichen Lösung der tschechischen Frage verstanden werde, denn an der Entwicklung vom Jahre 1938 und in der Zeit der Zweiten Republik bis März 1939 wäre er im bedeutenden Masse beteiligt gewesen. In diesem Brief gibt er der Hoffnung Ausdruck, dass es wohl Heydrich gelingen werde, die endliche Lösung der tschechischen Frage herbeizuführen.

XI.

Was den Johannes ~~xxxxx~~ Westen anlangt, gewesenen Abg. des Reichstags, so begann er sich um die Politik auf seinen Reisen in Italien zu interessieren und leugnet nicht, dass ihm die totalitären Regimes sympathisch waren, weil er angeblich in Italien die segensreichen Ergebnisse des faschistischen Regimes beobachten konnte.

Im Jahre 1933 wird er Mitglied der SHF und im Jahre 1934 übernimmt er die Ortsleitung dieser Partei in Böhmischesudweis und führte sie bis zum Jahre 1935.

Um den 10.10.1938 brachte er seine Familie nach Wien, weil er nach der Rede Hitlers erwartete, dass es zu Unruhen komme. Während seines Aufenthalts in Wien hörte er die Rundfunkrede Konrad Henleins, las auch dessen Aufruf, mit welchem jener zum Kampf gegen die CSR aufforderte, und als er erkannte, dass die csl Grenzen militärisch besetzt seien und dass er als politisch exponierte Persönlichkeit angehalten werden würde, stellte er in der Kanzlei des VDA in Wien den Standpunkt der Hauptleitung der SdP fest. Er begab sich auf Schloss Dondorf, wo die Leitung des SFK amtierte. Dort wurde er in Anwesenheit von K.H. Frank und Konrad Henlein u.a. empfangen und nach Linz zur Aushilfe ~~an~~ dem gewesenen Abg. Jobst, welcher dort den Linzer Abschnitt des SFK führte, zugeteilt.

Der Beschuldigte Westen gibt zu, dass ihm in der Unterredung Henlein sagte, dass es wahrscheinlich zu einer Lostrennung des Sudetengaus von der Tschechoslowakei komme. Es war ihm bekannt, dass er Jobst als höheren Kommandanten des SFK zugeteilt ist.

Es beteiligte sich daher Johannes Westen bewusst an Anschlägen gegen die Republik, wie sie Henlein und seine Genossen mit Hilfe des Freikorps begangen haben.

Nach der Lostrennung der Grenzgebiete war er damit nicht zufrieden, dass Böhmischesudweis nicht von der CSR abgetrennt wurde, obgleich er selbst einbekennt, dass er zu diesem Zweck sowohl bei Henlein in Reichenberg wie bei Dr. Klieber in Berlin war.

Als ihm am 20.10.1938 Gelegenheit geboten war, mit Hitler zu sprechen, befragte er ihn, was mit Sudweis geschehen werde, Hitler antwortete ihm darauf, dass er das Grossdeutsche Reich erleben werde und dieses grösser sein werde als bisher.

Später einigte sich Westen mit Abg. Ernst Kundt und arbeitete während der Zweiten Republik mit ihm zusammen. Den o.a. Ausspruch

Hitlers teilte er Ernst Kundt mit.

Der Beschuldigte Westen behauptet ebenso wie Ernst Kundt, das Ziel ihrer Politik in der Zweiten Republik war, ein Verhältnis zu finden, welches das ruhige Zusammenleben zwischen dem tschechischen und deutschen Volke nach München ermöglichen könnte. Diese Verteidigung von ihnen ist jedoch nicht wahr, was daraus zu ersehen ist, dass sie Geld für ihre Organisationstätigkeit aus dem Reich bekamen und dass Kundt wie Westen die Parole propagierten, die auf dem Gebiet der Zweiten Republik angesiedelten Deutschen mögen nicht für Deutschland optieren. Ihre Aufgabe war, die Position der Deutschen auf dem Boden der Zweiten Republik zu erhalten, damit Hitler im gegebenen Augenblick seinen Plan abschliessen könne und nach der Lostrennung der Slowakei Böhmen und Mähren besetzen könne. Es war dies eine konsequente Verfolgung jenes Planes, von welchem schon im Prozess mit K.H.Frank die Rede war, wo im sogenannten Grün-Plan als Grenzen des Reiches die Grenzen von Mähren und der Slowakei erklärte werden.

Johannes Westen widmet sich nach seiner Rückkehr aus dem Reich der Organisationstätigkeit in Budweis und / vor dem 15.März fühlt er wieder heraus, dass es zu irgendwelchen ernststen Veränderungen kommt. Etwa 10 Tage vor dem 15.März 1939 war ihm schon klar, aus der Presse- und Rundfunkpropaganda, dass sich die Besetzung der Republik vorbereite, denn bei dem ständigen Rufen nach Schutz der Deutschen in der CSR setzte er voraus, dass das Reich ihnen einen Schutz gewähren werde.

Bei seinem Verhör auf der Polizeidirektion in Budweis wurde er angeblich nach einem Telefongespräch befragt, welches er am 14.3.39 mit dem Gauleiter der NSDAP in Linz hatte. Dieses Gespräch sollte sich auf Vorbereitungen für den Vormarsch der Wehrmacht bezogen haben. Er erinnert sich nicht, ob er ein solches Gespräch geführt habe, er weisse angeblich bloss, dass ^{er} am Nachmittag dieses Tages im Cafe Zentral in Budweis von zwei Jünglingen aus Linz besucht worden ist, welche ihm zu überreden suchten, dass er in Budweis irgendwelche Demonstrationen hervorrufen solle, wobei sie darauf hinweisen, dass die Wehrmacht bereits am Vormarsch in die CSR sich befinde.

Am 15.3.1939 war es ihm angeblich bereits ganz klar, dass es zur Besetzung des Gebiets der Zweiten Republik kommen werde und deshalb verständigte er am selben Tage früh Dr.Jarolim, der sich der-

zeit in Haft in Budweis befindet, er möge als kommissarischer Leiter die Bezirksbehörde und ~~dem~~^{David} das Stadtamt übernehmen.

Diese Massnahmen machte er aus eigener Initiative, angeblich deshalb, damit es nicht zu Zwischenfällen ~~KXKXKX~~ und zur Vernichtung wichtigen Aktenmaterials und zu Sabotage komme.

Im Laufe des Vormittags am 15.3.1939 kam der Gauleiter der NSDAP Eigruber nach Budweis und betraute Johannes Westen mit der Führung des Kreissekretariats der NSDAP in Budweis. Auf eine Zusammenarbeit mit Reichsbehörden war er vorbereitet, denn schon vorher sprach er in einer Unterredung mit Dr. Jarolin, David u.a. darüber, dass es an der Zeit sei, rechtzeitig geeignete Personen auszusuchen, welche dem Chef der Zivilverwaltung beim Kommando der Wehrmacht zur Disposition ständen. Auch bereitete er den offiziellen Empfang der Wehrmacht in Budweis.

Kreisleiter in Budweis war Johannes Westen bis Juni 1941. Im April 1939 wird er Abg. des Reichstags.

Seine Tätigkeit im Freikorps gibt Johannes Westen zu, ebenso dass er als Mitglied des SPK den Eid geleistet habe und schon daraus musste es klar sein, dass es sich um eine Organisation handelte, die gegen die Einheit der CSR war.

Übrigens muss man auch auf das Protokoll mit Ignaz Schötze hinweisen, das am 27.9.1945 beim Amt der Nationalen Sicherheit in Budweis ausgefertigt wurde. Schötze wurde, als er die Anmeldung zum SPK unterschrieben hatte, nach Budweis geschickt, um sich beim Gruppenstab des SPK zu melden, wo ihm eine Beschäftigung in der Kanzlei zugewiesen wurde. Bei diesem Stab war nach der Zeugenschaft Schötzes in einer Führerfunktion u.a. auch Johannes Westen, welcher Erich Weigel und Walter Sobisek für einen sogenannten Sonderdienst zugeteilt waren. Westen gab ihnen Sonderaufträge, die darin bestanden, dass sie über die Grenze der CSR auf Erkundung fahren sollten. Am 1.10.1938 beteiligte sich nach der Aussage Schötzes Westen beim Vormarsch der deutschen Armee in die CSR und kehrte erst am 3.10.1938 zurück. (Z.1 24 aus der Beilage LXXIV).

Was die Tätigkeit im Freikorps anbelangt, entschuldigt sie Westen mit ^{a/}Parteidisziplin, obgleich er sich bewusst war, dass er gegen die Verfassung des Staates handle.

Als er die Leitung des Kreissekretariats der NSDAP im Jahre 1941 niederlegte, unterstützte er die Kräfteziele Deutschlands auf wirtschaftlichem Gebiet und zwar einerseits als Präsident der Han-

delskammer, andererseits als Präsidentstellvertreter des Industriellenverbandes und Vorsitzender der Fachgruppe "Verein deutscher Emailfachleute".

Dem Beschuldigten Westen wird auch zur Last gelegt, dass er bei der Abrisierung eines Jugendunternehmens sich bereichert habe. Er leugnet nicht, dass er im Rahmen dieser Aktion in sein Eigentum jüdische Anteile einzelner Fabriken genommen habe, erklärte aber die ganze Sache so, als ob es sich um die ~~Rück~~ Rettung jüdischen Vermögens handelte, dass er ~~ihnen~~ im gegebenen Augenblick den ursprünglichen Besitzern zurückgeben wollte. Dies ist mit Rücksicht auf seine nazistische Veranlegung und seiner Diszipliniertheit gegenüber der NSDAP nur schwer zu glauben. Insbesondere ist darauf zu verweisen, dass er in eigene Verwaltung die Fabrik für Emailgeschliff der Firma Ullmann in Budweis genommen hat.

Über die Ereignisse ~~im Jahre 1938~~ im Jahre 1938 übergab er der deutschen Propaganda verzerrte Berichte über die Plünderung des Deutschen Hauses in Budweis und über Ermordung von Deutschen vor dem Budweiser Rathaus, obzwar an diesen Nachrichten kein wahres Wort war.

Im Jahre 1939, am Tage der Okkupation, gab er in seiner Funktion als Kreisleiter einen Aufruf an die Budweiser Bevölkerung heraus, dessen Wortlaut in der Beilage LXXXV niedergelegt ist.

XII.

Der Beschuldigte Karl S c h ö s s e r , gewesener Senator der SdP, wurde im Jahre 1926 Mitglied des "Sudetendeutschen Landbundes", den die Abg. Josef Mayer und Georg Hanreich begründet hatten. Diese waren aus dem "Bund der Landwirte" ausgetreten, weil sie mit der gemäßigten Politik dieser Partei nicht einverstanden waren. Er wird Ortsvertrauensmann dieser Organisation in seinem Wohnort. Diese Funktion hatte er bis zum Jahre 1935 inne, wo er über Aufforderung Josef Mayers zur SdP übertrat. Er wird Ortsleiter der SdP in seinem Wohnort und im April 1935 wurde er auf eine Vorwahlsitzung der SdP in Eger eingeladen, wo ihm eine Kandidatur für die Wahl in den Senat angeboten wurde und tatsächlich wird er zum Senator der SdP gewählt.

Vom Jahre 1936 an übernimmt er auch die Stelle des Bezirksleiters der SdP in Luditz und behält diese Stellung bis 1938.

Der Beschuldigte Schösser behauptet, dass er bis zum Nürnberger

Parteitag der NSDAP im September 1938 nicht über die eigentliche Politik der SdP orientiert war und erst nach der Rede Hitlers auf diesem Parteitag wurde er sich bewusst, dass es um mehr gehe als bisher von der Partei verkündet wurde. Am Nürnberger Parteitag beteiligte er sich und gesteht ein, dass er sich der damaligen Situation bewusst war, wo auf der einen Seite die Regierung der CSR und auf der anderen Seite die SdP unterstützt von Hitler, standen. Auf dem Nürnberger Parteitag erfuhr er aus Andeutungen von ihm angeblich nicht mehr erinnerlichen Mitgliedern der SdP, dass eine gewisse Verbindung der SdP mit reichsdeutschen Funktionären bestehe. Er sah, dass man tatsächlich in der Politik des sogenannten Aufbruchkreises vorgegangen sei.

Auf die Frage, warum der Beschuldigte Schösser sein Senatsmandat nicht niedergelegt habe, als ihm nach dem Nürnberger Parteitag im Jahre 1938 bekannt wurde, welche Situation gegeben ist und dass die Politik der SdP ungesetzlich ist und daher die Handlungsweise der verantwortlichen Funktionäre der SdP mit dem Eid der Treue zur CSR, den er als Senator im Parlament auch abgelegt hatte, unvereinbar sei, kann der Beschuldigte nichts wesentliches anführen. Er redet sich erfolglos aus, dass er niemandem die Niederlegung seines Mandats mitteilen konnte, da die Funktionäre der SdP bereits in Deutschland waren. Angeblich sei ihm nicht eingefallen, dass er einfach die Niederlegung des Mandats dem Präsidium des Senats mitteilen könnte. In der Zeit jedoch, wo er wusste, dass die führenden Funktionäre der SdP verhaftet werden sollten, versteckte er sich, damit er der Verhaftung entgehe.

Nach Besetzung des csl Grenzgebiets wurde er als Kreisbauernführer eingesetzt und blieb auch provisorisch Ortsleiter der NSDAP, in welcher Funktion er bis zum Ende des Krieges verblieb. Angeblich war er Ehrenmitglied der SA (Beilage LXXIX).

XIII.

Der Beschuldigte Karl G a r l i k, ehemaliger Senator der SdP, war bis zum Jahre 1930 Mitglied der Deutschen Sozialdemokratischen Partei in der CSR und als Bergarbeiter durch 10 Jahre Betriebsvorsitzender auf dem Schacht "Einigkeit" in Ohnice. Als Pensionist konnte er angeblich die Beiträge der Partei nicht zahlen und deshalb trat er aus und war bis 1935 nirgends organisiert. Am 15.3.1935 trat er der SdP bei und im Mai wurde er im dritten Skratinium zum

Senator der SdP gewählt und dies angeblich deshalb, weil er unter den Bergarbeitern gut bekannt war und die Partei im Launer Gebiet unter den Parlamentariern auch einen Vertreter der Bergarbeiter haben wollte.

Gegenüber diesen Angaben Garliks steht aber die Aussage des Sekretärs des örtlichen Nationalausschusses in Ohnice, Franz Kejmar, der behauptet, dass Garlik ein eifriger Agitator der SdP war und auf Versammlungen die Errichtung der CSR kritisiert und überhaupt die Tschechen gehasst habe, was er überall zum Ausdruck brachte.

In den kritischen Tagen des Monats September 1938 war es ihm klar, dass die Politik der SdP nicht mehr den Gesetzen entspreche und dass ihre ganze Tätigkeit die Lostrennung der Grenzgebiete von der CSR beabsichtige und dass die Partei eigentlich ein Instrument Hitlers werde. Trotz dieser Erkenntnis verblieb er in der Partei, trat nicht aus und liess sich ohne Rücksicht auf sein Treuegelöbnis als Senator vom Strome mitreissen, der zur Angliederung des Grenzgebietes der CSR zum Reiche führte.

Nach dem Anschluss des Sudetengaus zum Reich bleibt er lediglich Mitglied der NSDAP und behauptet, dass er politisch gegen die Tschechen nicht voreingenommen war, weil er im Jahre 1940 dazu die Zustimmung gab, dass seine Tochter einen Tschechen heiratete. Er beruft sich auf die Zeugenschaft der Bergarbeiter Tiel, Novacek und Blazek, dass ihn die Tschechen gerne hatten und ^{das er} niemals mit tschechischen Arbeitern oder Ukrainern schlecht umgegangen sei.

Der Zeuge Wenzel Potucek, wohnhaft in Bilin, gab an, dass er im Januar 1943 als Dreher in den Werkstätten des Bergwerks "Rudiy" angetreten sei und zu dieser Zeit war dort der Beschuldigte Garlik Aufsichtskontrolleur, Dieser Zeuge führt an, dass Garlik in vielen Fällen insbesondere die dort beschäftigten russischen Gefangenen gequält habe, dass er sie ohne Grund geschlagen und, als angeblich aus dem Gefangenenlager zwei Gefangene entflohen waren, mit noch anderen deutschen Führenden auf dem angeführten Schacht empfohlen habe, diese zwei wiedereingefangenen Gefangenen zu erschieseen, was auch tatsächlich geschehen sei. Der Beschuldigte Garlik habe auch den Hilfsarbeiter Hermann Reinisch aus Bilin, Strasse des 5.Mai, Nr.29, sicherstellen lassen, weil er ihn der Spionage verdächtigte. Reinisch wurde nach einigen Tagen der Haft wegen Mangel an Beweisen entlassen. Der Beschuldigte hat allerdings die Glaubwürdigkeit der Aussage des Wenzel Potucek geleugnet.

XIV.

Der Beschuldigte Gustav Hacker, Landwirt und gewesener Abg. der SdP, widmete sich bis 1938 der politischen Arbeit in der Partei "Bund der Landwirte", dessen letzter Vorsitzender er war. Als nach dem Anschluss Österreichs die Anhänger dieser Partei zu der SdP überzutreten begannen, liess sich auch die verantwortliche Leitung der Partei zum Übertritt verleiten und kehrte zu der Politik zurück, welche die osl. Republik negierte. Die Folge davon war der Beschluss der Zentralleitung der Partei, dass sie in die Reihen der SdP überführt werde.

Charakteristisch ist, dass Gustav Hacker schon zum Abg. für die Partei des Bundes der Landwirte im Karlebaader Wahlkreis gewählt werden sollte, dass er aber, da er nicht im 1. Skrutinium gewählt worden ist, es ablehnte, das Mandat im 2. Skrutinium anzunehmen. Das hinderte ihn aber nicht, dass er ohne Wahl das Abg.-Mandat der SdP aus der Hand Konrad Henleins übernahm, nachdem es dadurch freigeworden war, dass sich Hackers naher Mitarbeiter, der gewesene Minister Dr. Spina, sich des Mandats begab.

Der Beschuldigte Gustav Hacker bemüht sich mit dem Hinweis auf seine frühere politische Tätigkeit, seine spätere politische Richtung zu rechtfertigen.

Tatsächlich aber muss man auf die politische Einstellung nicht nur aller Parlamentsvertreter sondern auch der Funktionäre und Mitglieder der SdP als ~~nur~~ auf eine hinterhältige Tätigkeit schauen, denn die einzige Wahrheit ist die Tatsache, dass niemand in jenen Zeiten beiseite bleiben wollte und alle ihre Vereinigung mit dem Reich erwarteten und bei dem totalitären Regime in Deutschland ihr Heil in der totalitären Partei Konrad Henleins suchten.

An dieser Tatsache ändert nichts ein späterer gemässigter Standpunkt einzelner Beschuldigter, z.B. Gustav Hackers, weil dieser Standpunkt lediglich Folge der Enttäuschung war, die sich bei ihnen einstellte, als sie das deutsche Regime näher kennenlernten.

Wo sich der Beschuldigte Hacker im Laufe des Sept. 1938 aufhielt, ist nicht ganz klar geworden. Er selbst behauptet, dass er vom 10. bis 20. 9. 38 in Dresden zu Besuch bei seiner schwer erkrankten Verwandten war, worauf er in die Republik zurückkehrte. Diese Behauptung kann man weder bestätigen noch entkräften.

Warum er nicht einmal im Sept. 1938, als er die Situation erkannte und als ihm als ~~gewesenem~~ erfahrenen Politiker klar wurde, dass es

um eine Revolution gene, und dass jene Autonomie, um welche sich die SdP bemühte, von der osl Regierung gewährt wird, und er sehen musste dass die SdP sichtlich mit dem Reich zusammen arbeite an dem Anschluss von Teilen der CSR an Deutschland (handelte), führt der Beschuldigte Gustav Hacker an, dass er sich in einer ratlosen Situation befand und er der Ansicht gewesen sei, dass, wenn er in so kritischen Zeiten aus der SdP austräte, ein Verräter des deutschen Volkes geworden wäre, als der er vor seinem Eintritt in die SdP angesehen wurde.

Der Beschuldigte Hacker leugnet zwar, dass es ihm bekannt gewesen sei, dass Ing. Franz Künzel Verbindung mit deutschen Kreisen im Reich habe und habe sich angeblich nicht klar gemacht, dass Ing. Künzel schon in der Republik die Landwirtschaft in der SdP nach reichsdeutschem Muster organisiere. Diese seine Verteidigung klingt aber nicht glaubwürdig und es ist eher anzunehmen, dass Hacker die Besetzung der Republik durch Hitler erwartete und sich deshalb in diesem ihm am nächsten liegenden Bereich den Bestrebungen des Ing. Künzel nicht in den Weg stellte.

Im Jahre 1942 bis 44 arbeitete Hacker für die Güter des deutschen Reichs in der Ukraine als Ratgeber der sogenannten "Bewirtschaftungsgesellschaft Ukraine", wodurch er nicht nur die nazistische Bewegung unterstützte, sondern auch die militärischen Bemühungen Deutschlands, welches zum grossen Teil auf die Zufuhr landwirtschaftlicher Produkte aus den besetzten Gebieten Russlands angewiesen war.

Im Jahre 1945 wurde Hacker zum Leiter des "Einheitsverbandes tschechischer Landwirte" im sog. Protektorat berufen (Beilage LXXIII).

XV.

Soweit es um den Beschuldigten Dr. jur. Alfred Rosche geht, war dieser zuerst von 1926 bis 28 Abg. der "Deutschen Nationalpartei". Als er das Mandat niederlegte, gründete er im selben Jahre eine eigene Gruppe unter dem Namen "Dr. Rosche-Gruppe" und wurde 1929 wieder Abg. auf einer Gemeinschaftsliste "Arbeit- und Wirtschaftsgemeinschaft". Er blieb es bis zum Jahre 1935. Im April 1935 wurde er Mitglied der SdP und bei den Maiwahlen Abg. dieser Partei und blieb es bis zur Auflösung der SdP.

Bei den Dezemberwahlen 1938 in Deutschland wurde er zum Abg. des Reichstages gewählt.



00099

00097

Nach der Lostrennung des Sudetengaus wurde er als Mitglied der SdP in die NSDAP übergeführt und wurde in der Organisation SA zuerst zum Sturmabführer und im Jahre 1942 zum SA-Standartenführer ernannt.

Dr. Rosche war als Mitglied der Hauptleitung der SdP mit wichtigen Verhandlungen mit der Prager Regierung betraut und im Jahre 1938 war er auch Mitglied der Delegation, welche Beziehungen zu der Mission des Lord Runciman aufrecht hielt.

Dr. Rosche leugnet, dass er in der Zeit vor München, also nach dem 15.9.1938, nach Deutschland sich begeben habe, damit er sich an der Tätigkeit der SdP dort beteilige.

Allein ~~in~~ⁱⁿ dem Telefonverzeichnis, das sich in den Schriften befindet und die Telefonnummern für die Verbindung mit den einzelnen Funktionären und Kommandanten des Freikorps enthält, ist auch Dr. Rosche angeführt mit seinem Amtssitz in Dresden. Neben diesem Nachweis über die Mitarbeit Rosches am SPK muss man auch auf einen Artikel hinweisen, der in der Zeitung "Der Tagesbote" am 2.8.1944 zum 60. Geburtstag Roschos erschienen ist und den Schriften des a.o. Volksgerichts in Reichenberg Tk XVI 1234/46 beigelegt ist. In ihm wird ausdrücklich angeführt, dass Dr. Rosche im Sudetendeutschen Freikorps Kommandant des Nachrichtendienstes war und weiter, dass er Verbindungsmann Konrad Henleins ~~als~~^{als} Chefs der Zivilverwaltung, Mitglied der internationalen Kommission für Wiedergutmachung von Schäden zwischen dem Deutschen Reich und Tschechoslowakei bzw. dem späteren Protektorat Böhmen-Mähren gewesen ist.

Als Sonderbevollmächtigter des Amtes "Stillhaltekommissar" für die Organisation^{an} des sudetendeutschen Gebietes in Berlin und in Prag sorgte er für die Überleitung des Vermögens der deutschen Organisationen, deren Sitz im Gebiet lag, das nach München an Deutschland abgetreten wurde.

Im März 1939 wurde Dr. Rosche vom Reichsminister Funk zum kommissarischen Leiter des Verbandes der deutschen Sparkassen bestellt und im Okt. zum Präsidenten dieses Verbandes ernannt.

In dieser seiner Stellung erzwang Dr. Rosche unter Auanutzung der gedrückten Stellung der Vertreter des tschechischen Verbandes der Sparkassen von diesem Verband die Überweisung eines Betrages von 3.400 000 Kronen an den Verband der deutschen Sparkassen, obgleich nach der Aufstellung des tschechischen Verbandes dem deutschen Verband lediglich ein Betrag von 1.800 000 zukam. So wurde der tsche-

chische Verband um 1600 000 Kronen geschädigt. Diese Handlung bestätigt als Zeuge Jaroslav Rejthar, Direktor des Verbandes der Sparkassen in Prag III, Ujezd 15.

Als Mitglied des Reichstages beteiligte sich Dr. Rosche an den Sitzungen bis zum Jahre 1942, wo er erkrankte. Dr. Rosche neigte in seiner politische Tätigkeit immer jener Gruppe zu, welche er in deutschen bürgerlichen Block als die stärkste ansah. Zuerst war es die Partei des Dr. Lodgman, die Deutsche Nationalpartei, und als Henlein an Macht gewinnt, tritt er mit seiner ganzen Gruppe in diese Partei. Charakteristisch ist seine Kundgebung, in der er zu den Abg. über seinen Bruch mit der Deutschen Nationalpartei spricht, den er in der "Reichenberger Zeitung" vom 11.7.1928 veröffentlicht. (Beilage LXXVI).

XVI.

Soweit es um den Beschuldigten Emil E n h u b e r geht, war dieser zuerst Sekretär der Deutschen Christlich-Sozialen Partei und später Sekretär des Landesgewerbeverbandes. Wegen seiner Popularität im Kreise der deutschen Gewerbetreibenden wandte sich im Herbst 1934 der ebenfalls in Teplitz-Schönau wohnende Dr. Zippelius an ihn und verdolmetschte ihm die Aufforderung Konrad Henleins, dass er Mitglied der SHF werde. Dieses Angebot nahm Enhuber an und wurde in der Hauptleitung der SdP in Eger beschäftigt. Bei den Parlamentswahlen im Jahre 1935 wurde er zum Senator der SdP gewählt und wird Mitglied der Kreisleitung der SdP.

Nach seinem eigenen Bekenntnis beteiligte er sich an dem Parteitag der SdP in Karlsbad im April 1938, wo Henlein die bekannten Karlsbader Punkte verkündete. Nach seiner Aussage erklärte Konrad Henlein bei dieser Gelegenheit, dass eine Einigung mit Hodza nicht möglich sei und deshalb müsse die SdP als ganzes zur NSDAP beitreten. Dem Beschuldigten Enhuber ist bekannt, dass^{es} nach der Rede Hitlers am Parteitag der NSDAP in Nürnberg im September 1938 in Nordböhmen und auch im deutschen Grenzgebiet in Mähren und in Schlesien zu Demonstrationen gekommen ist. Er gibt die Beteiligung bei solchen Demonstrationen zu und behauptet sure aus unglaubwürdig, welches Ziel diese Demonstrationen verfolgten, was bei seiner politischen Tätigkeit gewiss nicht vorausgesetzt werden kann.

Im übrigen leugnet Enhuber nicht, dass ihm aus der ganzen Politik der SdP im Herbst 1938 bekannt war, dass es sich um den Anschluss

Nicht gewusst zu haben,

des csl Grenzgebiets an das Deutsche Reich handle. Er stellt nicht in Abrede, dass er als Senator ein Geßoniis abgelegt habe, dass er die Gesetze der CSR befolgen werde.

Es ist daher der Beschuldigte Enhuber ebenso wie die anderen Abg. und Senatoren der SdP für die Politik der Partei SdP verantwortlich die offensichtlich zur Lostrennung der von den Deutschen bewohnten Gebiete von der CSR und zu deren Anschluss an Deutschland geführt hat.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die SdP durch ihr Programm und mit ihren Zielen vom 21. Mai 1938 d.i. von der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik zum Volletrecker des Willens der deutschen NSDAP und ihrer führenden Funktionäre im Reich geworden ist, dass sie sich mit deren Programm identifizierte und in ihrer Führung auf München hinarbeitete und später nach ihrer Vereinigung mit der NSDAP auch zu der Okkupation der ganzen Tschechoslowakei am 15.3.1939 beitrug.

Zu den ersten Forderungen und Bestrebungen der NSDAP und deren oberster Führung gehörte die Einverleibung von mit Deutschen besiedelten Gebieten zum Deutschen Reich. Die Verwirklichung dieser Territorialziele war nicht möglich...

Die Organisationen VDA und später "Volksdeutsche Mittelstelle" und das Sudetendeutsche Freikorps sind nichts anderes als Organisationen welche die Lostrennung der von den Deutschen besiedelten Gebiete von der CSR herbeizuführen bzw. vorzubereiten ~~wollten~~ hatten. Dieser Zweck und diese Aufgabe solcher Organisationen waren den Beschuldigten als führenden Persönlichkeiten der SdP, die mit ^{jenen} ~~ihnen~~ in Beziehung traten, gut bekannt.

Es ist nicht gut vorauszusetzen, dass Personen, welche militärisch, wirtschaftlich oder gesundheitlich in den Sammelagern in Deutschland in der Nähe der Grenzen die geflüchteten Deutschen aus der CSR organisierten, nicht gewusst hätten, wozu es geschehe und welchen Zielen diese Flüchtlingslager dienten.

Im Mai 1938 war sichtlich den Abg. und Senatoren der SdP soweit die Situation klar, dass sie wissen mussten, dass jede ihrer Kundgebungen oder jede die Politik der SdP unterstützende Aktion gegen die CSR gerichtet ist und dass sie mit ihnen den Nazismus propagieren und unterstützen und dies unter erschwerenden Umständen mit Rücksicht auf die damalige internationale Lage.

Es ist also die Anklage in jeder Richtung voll begründet.



An das

a u s s e r o r d n t l i c h e V o l k s g e r i c h t

in Prag.

Der öffentliche Ankläger beim ausserordentlichen
Vloksgerecht in Prag beantragt die Einleitung des Strafverfahrens
gegen

1. Hans Krebs,

geboren am 26. April 1888 in Iglau, deutschen Staats-
angehörigen, verheiratet, gewesenen Regierungspräsidenten
in Aussig a. d. Elbe, deutscher Nationalität,

2. Ing. Franz Schreiber,

geboren am 11. Januar 1897 in Bezdrúžice, deutschen Staats-
angehörigen, verheiratet, gewesenen Abgeordneten der SdP
und gewesenen Vorstand des Bodenamtes in Brünn, deutscher
Nationalität,

3. Georg Böhm,

geboren am 26. Oktober 1896 in Eger, deutschen Staatsangehö-
rigen, verheiratet, gewesenen Abgeordneten der SdP und
Kreisleiter der NSDAP in Pilsen, deutscher Nationalität,

4. Franz Werner,

geboren am 22. April 1881 in Kummer, deutschen Staatsan-
gehörigen, verheiratet, gewesenen Senator der SdP, deut-
scher Nationalität,

5. MUDr. Karl Feitenhansel,
geboren am 30. Juli 1890 in Rozvadov, deutschen Staats-
angehörigen, verheiratet, ehem. Abgeordneten der SdP und des
Reichstages, zuletzt Leiter des Gauamtes für Gesundheitswesen
in Reichenberg, deutscher Nationalität;
6. Gustav Knöchel,
geboren am 17. September 1898 in Böhme Leipa, deutschen
Staatsangehörigen, ehem. Abgeordneten der SdP, deutscher Natio-
nalität, zuletzt wohnhaft in Rumburg;
7. PhDr. Gustav Petersl,
geboren am 20. April 1885 in Praha, deutschen Staats-
angehörigen, verheiratet, ehem. Abgeordneten der SdP und Direktor
einer Bank in Reichenberg, deutsche Nationalität;
8. Karl Stellwag,
geboren am 22. April 1873 in Stockfelderhof, deutschen
Staatsangehörigen, verheiratet, ehem. Senator der SdP, deutscher
Nationalität;
9. Benno Fischer,
geboren am 20. März 1902 in Chodov, deutschen Staats-
angehörigen, verheiratet, ehem. Abgeordneten der SdP, zuletzt
wohnhaft in Kotau;
10. Ernst Kunt,
geboren am 15. April 1897 in Böhme. Leipa, deutschen
Staatsangehörigen, ehem. Abgeordneten der SdP und des Reichsta-
ges, zuletzt wohnhaft in Karlsbad, deutscher Nationalität;

11. Hans Westen,
geboren am 24. Juni 1901 in St. Michal in Oesterreich,
deutschen Staatsangehörigen und ehem. Abgeordneten des Reichstages,
verheiratet, deutscher Nationalität;
12. Karl Schösser, geboren am 4. Feber 1887 in Praha,
deutschen Staatsangehörigen, ehem. Senator der SdP, verheiratet,
deutscher Nationalität;
13. Karl Garlik, geboren am 14. Mai 1886 in Nemecky,
deutschen Staatsangehörigkeit und ehem. Senator des SdP, verheiratet,
deutscher Nationalität;
14. Gustav Hacker, geboren am 20. September 1900 in Hlubany,
deutschen Staatsangehörigen, ehem. Abgeordneten der SdP,
verheiratet, deutscher Nationalität;
15. JUDr. Alfred Rösche, geboren am 2. August 1884 in Schluckenau,
deutschen Staatsangehörigen, ehem. Abgeordneten der SdP und des Reichstages,
verheiratet, deutscher Nationalität;
16. Emil Enhuber
geboren am 3. Feber 1887 in Pilsen, deutschen Staatsangehörigen,
ehem. Senator der SdP, zuletzt wohnhaft in Teplutz-Schönau,
verheiratet, deutscher Nationalität;

alle derzeit in der Haft beim ausserordentlichem Volksgericht in Prag,

dass sie

auf dem Gebiete der Republik und ausserhalb desselben seit dem 21. Mai 1938, also in der Zeit der erhöhten Bedrohung der Republik

I./ alle einerseits als Abgeordnete, bzw. Senatoren der SdP oder später als Abgeordnete des Reichstages

1. die nazistische Bewegung dadurch propagierten und unterstützten, dass sie öffentlich, in der Presse, durch den Rundfunk und auf öffentlichen Kundgebungen, die feindliche Regierung auf dem Gebiete der Republik guthiessen und verteidigten und die ungesetzlichen Taten der Besatzungsbehörden und der ihnen nachgeordneten Organe guthiessen, wobei sie dies in der Absicht taten, die moralische, nationale und staatliche Gesinnung des tschechoslowakischen Volkes zu untergraben und im Hinblick darauf, dass sie in ihrer Tätigkeit eine längere Zeit fortführen und dass diese Tätigkeit in einer für den Staat gefährlichen Zeit und in Orten, die vom fremden Staate besonders bedroht waren, vor sich ging, sie diese Tat unter besonders erschwerenden Umständen begingen.

2. dass sie Amtswalter, bzw. Leiter der NSDAP, SdP bzw. anderer Organisationen ähnlichen Charakters, wie jene d/4 im § 3/2 des Retributionsgesetzes genannten, waren und zwar: >>>

Hans K r e b s , Gauleiter e.h. der NSDAP auf dem Gebiete der Tschechoslowakischen Republik,

Ing. Franz S c h r e i b e r, Mitglied der Kreisleitung der SdP.

Georg B ö h m, Mitglied der Kreisleitung der SdP und Kreisleiter der NSDAP in Luditz und in Kaden.

Franz W e r n e r, Mitglied der Kreisleitung der SdP.

MUDr. Karl P e i t e n h a n s e l, Mitglied der Kreisleitung der SdP und Gaugesundheitsführer der NSDAP in Reichenberg.

Gustav K n ö c h e l, Mitglied der Kreisleitung der SdP und kommissarischer Amtswalter der NSDAP in Rumburg.

[PhDr. Gustav P e t e r s, Mitglied der Kreisleitung der SdP und als späterer Obersturmbannführer des NSFK (Nationalsozialisches Fliegerkorps.),]

Karl S t e l l w a g, Mitglied der Kreisleitung der SdP und NSDAP.

Benno F i s c h e r, Schriftführer und Ortsleiter der SdP.

Ernst K u n d t, Mitglied der Kreisleitung der SdP und später auch der NSDAP.

Hans W e s t e n, Kreisleiter der NSDAP in Budweis.

Karl S c h ö s s e r, Bezirksleiter der SdP in Ludititz und Ortsleiter der NSDAP.

Karl G a r l i k, Ortsleiter der SdP in Ohnice und Mitglied der Kreisleitung der SdP.

Gustav H a c k e r, Mitglied der Kreisleitung der SdP und später Leiter des Verbandes für Landwirtschaft und Forstwirtschaft.

JUDr. Alfred R o s c h e, Mitglied der Kreisleitung der SdP,

Emil E n h u b e r, Mitglied der Kreisleitung der SdP.

II./ Hans Krebs, MUDr. Karl Feitenhanssel, Karl Schösser, JUDr. Alfred Rosche.
Mitglieder SS oder SA also von Organisationen ähnlichen Charakters, wie die im § 2. des Retributionsgesetzes angeführten waren und zwar

Hans Krebs, SS Sturmabführer und später SS-Brigadeführer.

MUDr. Karl Feitenhanssel, SS-Obersturmbannführer.

Karl Schösser, Ehrenmitglied der SA.

JUDr. Alfred Rosche, SA-Sturmabführer und später SA-Standartenführer.

III./ Hans Krebs, Ing. Franz Schreiber, Georg Böhm, Franz Werner, MUDr. Karl Feitenhanssel, [PhDr. Gustav Peters,] Ernst Kunt, Hans Westen und JUDr. Alfred Rosche,
[ein Verbrechen von Anschlägen um die Republik nach § 1 des Gesetzes Zhl. 50/23 Sal. dadurch begingen, dass sie mit Gewalt die Verfassung der Republik zu ändern versuchten und später tatsächlich änderten, insbesondere soweit es sich um ihre Selbstständigkeit, Einheit oder demokratisch-republikanische Staatsform handelte und dass sie einem fremden Staats-Gebiet der Republik anzugliedern versuchten und später auch tatsächlich angliederten und von ihm einen Teil dadurch abtrennten, dass sie gemeinsam mit

Konrad Henlein, K.H.Frank und den anderen Amtswaltern und Mitgliedern der BdP tätig an der Vorbereitung von München und bzw. auch das 15. März 1939 beteiligt waren, wobei sie diese ihre Taten unter besonders erschwerenden Umständen dadurch begingen, weil sie ihre Tätigkeit eine längere Zeit hindurch fortsetzten, ihre Tätigkeit in einer für den Staat gefährlichen Zeit und in vom fremden Staats besonders gefährdeten Orten vor sich ging.]

IV./ Ing Franz S c h r e i b e r und Ernst K u n d t ein Verbrechen des Militärverrates nach § 6/2 des Gesetzes Zhl. 50/23 Sml. dadurch begingen, dass Ing. Franz S c h r e i b e r verriet und Ernst K u n d t auskundschaftete und einer fremden Macht direkt und indirekt Tatsachen, Massnahmen und Gegenständen verriet, die für die Verteidigung der Republik geheimbleiben sollen und sich zu diesem Zwecke verbanden, in direkte Verbindung traten mit einer fremden Macht und mit fremden Faktoren, insbesondere mit militärischen und finanziellen, wobei sie diese ihre Taten unter besonders erschwerenden Umständen begingen dadurch, dass sie in ihrer Tätigkeit durch eine längere Zeit fortfuhren, ihre Tätigkeit in einer für den Staat gefährlichen Zeit und in von einem fremden Staat besonders bedrohten Orten vor sich ging.

v./ Hans K r e b s und JUDr. Alfred R o s c h e allein, bzw. im Zusammenwirken mit Anderen in Diensten und im Interesse Deutschlands und einer der Republik feindlichen Bewegung;

1. Hans Krebs verursachte ^{mit} deren Durchführung, ^{durch} in Ausführung einer Verwaltungsentscheidung verursachte, dass den tschechoslowakischen Staatsbürgern Dr. Jaroslav und Blanka Rosenbach in Reichenberg ganz oder zum Teil ihr Vermögen entzogen wurde,

2. JUDr. Alfred Rosche durch eine Verwaltungsentscheidung und deren Durchführung verursachte, dass dem "Český svaz spořitelén", also einer juristischen Person, ihr Vermögen in einem Betrag von 1,600.000 K entzogen wurde;

VI./ Karl G a r l i k

im Jahre 1943 in Diensten und im Interesse des Feindes, indem er die durch die Okupation hervorgerufene Notlage ausnützte, den Hermann Reinisch wegen Verdacht der Spionage, also wegen einer erdachten Tätigkeit anzeigte, welche Anzeige den Verlust seiner Freiheit für die Zeit von einigen Tagen zur Folge hatte;

VII./ Emil E n h u b e r ,

sich ein Verbrechen der Vorbereitung von Anschlägen um die Republik nach § 2 des Gesetzes Zhl. 50/23 Sml. dadurch zuschulden kommen liess, dass er sich im September 1938 in Nordböhmen als Senator der SdP an Demonstrationen gegen die Tschechoslowakei beteiligte, sich dadurch mit den anderen Amtswaltern der SdP und mit reichsdeutschen Faktoren zu Anschlägen um die Republik, das ist zur gewaltsamen Aenderung der Verfassung der Republik und der gewaltsamen Einverleibung vom Gebiet der Republik einem fram-

den Staate und zur Abtrennung eines Teiles von ihr verbindete,

{ wodurch sie begingen

I./ Alle zu I. 1/ und 2./ das Verbrechen gegen den Staat nach § 1, 2 des Retributionsgesetzes Zhl. 22/36 Sml.

II./ Hans Krebs, MUDr. Karl Feitenhansel, Karl Schösser und JUDr. Alfred Rosche ad II./ das Verbrechen gegen den Staat nach § 2 des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Sml.

III./ Hans Krebs, Ing Franz Schreiber, Georg Böhm, Franz Werner, MUDr. Karl Feitenhansel, PhDr. Gustav Peters, Ernst Kundt, Hans Westen, JUDr. Alfred Rosche, das Verbrechen gegen den Staat nach § 1. des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Sml. unter Berücksichtigung des Verbrechens der Anschläge auf die Republik nach § 1. des Gesetzes Zhl. 50/23 Sml. .

IV./ Krebs, Ing Franz Schreiber und Ernst Kundt, das Verbrechen gegen den Staat nach § 1. des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Sml. unter Berücksichtigung auf das Verbrechen des Militärverrates nach § 6/2 des Gesetzes Zhl. 50/23 salg.

V./ Hans Krebs und JUDr. Alfred Rosche das Verbrechen gegen das Eigentum nach § 9 des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Sml.

VI./ Karl Garlik, das Verbrechen der Angeberei nach § 11 des Retributionsgesetzes Zhl. 46/22 Sml.

VII./ Emil Enhuber, das Verbrechen gegen den Staat nach § 1. des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Sml. unter Berücksichtigung des Verbrechens von Vorbereitung von Anschlägen um die Republik nach § 2. des Gesetzes Zhl. 50/23 Sml.

K und sind sie hierfür zu bestrafen

I./ Hans K r e b s, Ing. Franz S c h r e i b e r, Georg B ö h m, Franz W e r n e r, MUDr. Karl F e i t e n h a n s e l, PhDr. G u s t a v P e t e r s, Ernst K a n d t, Hans W e s t e n und JUDr. Alfred R o s c h e nach § 1. letzter Strafsatz des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Smlg. unter Berücksichtigung des § 34. des Strafgesetzes;

II./ Emil E n h u b e r nach § 1. Strafsatz des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Smlg. unter Berücksichtigung des § 34. des Strafgesetzes.

III./ Gustav K n ö c h e l, Karl S t e l l w a g, Benno F i s c h e r, Karl S c h ö s s e r, Karl G a r l i k und Gustav H a c k e r nach § 3/III Strafsatz des Gesetzes Zhl. 22/46 Sml. unter Berücksichtigung des § 34. des Strafgesetzes.

Die Hauptverhandlung wurde nach § 51, 56 der ST.P.O. und § 21. des Retributionsgesetzes Zhl. 22/46 Sml. vor dem ausserordentlichen Volksgericht in Prag durchgeführt.

Zu ihr werden zu laden

1./ als Zeugen:

Hans N e u w i r t h, dzt. in Strafhaft beim ausserordentlichen Volksgericht in Prag,

Dr. Adalbert M a s t n ě in Prag XIX, V bubenešských vilách No. 9,

Kriminalrat Dr. Adalbert K a r e l, Vorstand der Polizeibehörde in Trautenau,

Oberinspektor Wenzel Ž o f k a von der Polizeibehörde in Reichenberg,

Oberkommissar Ludwig R u t h , äzt. beim Innenministerium,
Kriminalzentrale,

Stabswachtmeister R a m b o u s e k von der Sicherheits-
wache in Oldřichov-Mistrovice, Bezirk Tetschen,

Rudolf P o k o r n ý in Warnsdorf No. 1966,

Franz K e j m a r , Sekretär des MNV in Ohnice,

Hermann R e i n i s c h , Bilin, Strasse des 5. Mai, No.
29,

Wenzel P o t á ě k in Bilin,

Jaroslav R e j t h a r , Direktor des "Svaz českých epo-
řitelů" in Praha III, Újezd No. 15.

II./ als Sachverständiger der Kriminal-Oberkommissar Dr. Ra-
domír B e n e š vom Innenministerium in Praha.

Der Inhalt der Schriften werde konstatiert und über alle
Angeklagten werde die ordentliche Untersuchungshaft aus Gründen
des § 175/2, 180 Str. P.O. verhängt.

Prag, am 27. November 1946.

Der öffentliche Ankläger

beim ausserordentlichen Volksgericht in Praha.

Za správnost překladu:

Severny

1898-1905 - 1906-1911-1918
 6. 5. 1918
 21. 5. 1918
 1. 2. 1919

43 p. 10 (6)

24. 1. 1919
 12. 2. 1919

1. 1. 1919
 2. 1. 1919
 3. 1. 1919

30/8 2. 5. 1919

23. 1. 1919
 24. 1. 1919

25. 1. 1919
 26. 1. 1919

27. 1. 1919
 28. 1. 1919

29. 1. 1919
 30. 1. 1919

22. 2. 38.
 11. 2. 39.
 16. 2. 39.
 23. 2. 39.
 24. 2. 39.
 25. 2. 39.
 26. 2. 39.
 27. 2. 39.
 28. 2. 39.
 29. 2. 39.
 30. 2. 39.

1. 3. 39.
 2. 3. 39.
 3. 3. 39.
 4. 3. 39.
 5. 3. 39.
 6. 3. 39.
 7. 3. 39.
 8. 3. 39.
 9. 3. 39.
 10. 3. 39.

11. 3. 39.
 12. 3. 39.
 13. 3. 39.
 14. 3. 39.
 15. 3. 39.
 16. 3. 39.
 17. 3. 39.
 18. 3. 39.
 19. 3. 39.
 20. 3. 39.

Institut für Zeitgeschichte

Archiv

Namensregister

(für die Übersetzung d. Anklageschrift)



Aigruber S.92,93
 Axmann S.77
 Dr. Bachmann S.37
 Baca S.77
 Barnay-Horowitz S.54
 Bazowsky S.62
 Dr. Behrens S.43
 Dr. Benes, Ed. S.25,30,32,52,85,86
 Berger S.35
 Bibra S.56,57,58
 Birke S.43,45,72
 Bismarck S.4
 Blazek S.75,76,77,96
 Blomberg S.29,41
 Böhm, Erwin S.88
 Böhm, Georg S.66,72,73,74,75
 Böhme, Niklas S.32
 Brand S.11,14,54
 Brandtner S.31,34,65,67,72
 Brugmann S.30
 Brückner S.12
 Budäus S.63
 Bukovsky S.86
 Bürger S.17,18,34,53,59,64,65,71,81
 Burschofsky S.1
 Dr. Cerny S.86,90
 Cetkovsky S.90
 Chamberlain S.30
 Chamier S./57/,58,59,/85/,/87/
 Christi S.30
 Chvalkovsky S.86
 Ciller S.2
 Conti S.79

David S.93
 Deutscher Gesandter Prag S.23,26,30,52,56,57,58
 Donnhäuser S.9,13,55,63

 Enhuber S.100,101
 Dr.Eppinger S.61,62

 Fahrner S.6
 Fallenberg-Pachelli S.59
 Feder S.12
 Dr.Feitenhansel S.77,78,79,80
 Fischer S.84
 Frank,K.H. S.4,7,22,23,24,26,31,33,39,40,42,43,65,69,70,73,74,
 80,81,91,92
 Franke S.5
 Frauenfeld S.2,39
 Dr.Frick S.11,36,39,/43/,44,60
 Frisch S.57
 Fritzsche S.68
 Funk S.99
 v.Fürer S.3

 Garlik S.95
 Goebbels S.11,/49/,50,/71/
 Göring S.39

 Habicht S.39
 Hacker S.97,98
 Hanreich S.94
 Dr.Haushofer S.68
 Heider S.13,59
 Heidrich S./43/,90
 Helm S.78
 Helmut S.35
 Henlein S.4,10,14,15,16,17,18,22,23,24,25,26,27,28,29,30,31,32,
 33,34,38,39,40,42,48,51,53,55,58,59,65,66,68,69,70,73,
 74,80,81,82,83,85,91,97,99,100
 Hensel S.62
 Dr.Hergl S.51
 Herrold S.18

Hess S.39
 Dr.Hillebrand S.68
 Himmler S.39,/43/,66,79
 Hindenburg S.86
 Hitler S.6,7,8,9,11,12,15,17,22,24,28,32,33,34,35,36,37,39,40,41,
 42,43,45,48,57,64,65,74,87,88,89,90,91,92,95,98,100
 Hodza S.25,/52/,83,100
 Hoffmann S.32
 Höller S./52/,54
 Hornung S.75
 Hurrle S.54

 Dr.Jarolim S.92,93
 Jesser S.6
 Dr.Jirkal S.81
 Illing S.64,82
 Jobst S.91
 Jodl S.32,33
 Joukl S.76
 Ing.Jung S.2,4,5,6,13,15,16,39,42

 Ing.Kallina S.15
 Dr.Kahr S.8
 Karg S.15
 Kasper S.14,15,58
 Kastner S.54,55
 Kejmar S.96
 Klement S.62
 Dr.Klieber S.73,91
 Knirsch S.2,3,4,6,9,13
 Knöchel S.80,81
 Knorre S.77
 Köhling S.33,34
 Dr.Köllner S.24,29,31,34,65,67,72,73,77
 Koren S.62
 Krebs S.2,4,7,8,11,12,13,14,16,17,28,29,35,36,37,38,39,40,41,42,43,
 44,45,46,47,48,49,50,51,52,53,54,55,56,57,58,59,60,61,62,
 63,64,68,70,78,90
 Kricknaum A.60
 Kroffa S.85
 Kudielka S.64

Künd S.78
 Kundt S.24,31,73,83,84,86,87,88,89,90,91,92
 Kundt, Helga S.90
 Künzel S.26,73,84,98
 Lammel, S.24,72
 Lehmann 60-62
 Lierau S.46-54,59-62
 Lodgman S.3,4,5,82,100
 Lorenz S.45
 Lutze S.37

 Mastniy S.39
 May S.34,45,65,72,76,77,83
 Mayer S.94
 Mayr-Harting S.13,/52/,
 Dr.Metzner S.13,63,64
 Moravec S.90

 Necasek S.76
 Dr,Neckel(?) S.87
 Dr.Neuwirth S.28,29,30,37,38,39,40,41,42,77,83
 Novacek, S.96
 Oberlik S.52

 Pacher S.3
 Paliege S,13
 Patscheider S.61
 Patzel S.6,35
 Perthen S.64
 Petermichel S.13
 Dr.Peters S.81,82,83
 Pfrogner S.24,34,40,/44/,65,70,74
 Pokorny S.77
 Potucek S.96
 Dr.Preissler S.S.47,52

 Queck S.46,52,53

 Rambousek S.75,76
 Reinisch S.96
 Reithar S.100

 Ribbentrop S.24,/25/,/26/

Dr.Riehl S.2
Dr.Rosche S.98,99,100
Rosenberg S.11,21,38
Rothermer S.57
Rückel S.20
Runciman S.31,73,99
Rutha S.51,54,80
Sandner S.24,72
San Nicolo S.13,14
Schaschek S.64
Schiechele S.64
Schierach S.63
Schlageter S.11
Ing.Schönberger S.89
Dr.Schöner S.78
Schönerer S.2
Schösser S.94,95
Schötze S.93
Schreiber S.66,68,70,71,72
Schubert S.10,64
Schwab S.13,
Dr.Sebekovsky S.24,73,79
Seicz(=Seitz) S.4
Selinko(Selisko?) S.55
Simm S.6
Skolaude S.46
Sobicek S.93
Dr.Spann S.48,51
Dr.Spina S.13,/52/,97
Stein S.1
Steinacher S.4
Stellwag S.84
Stephens S.30
Stotze S.45
Stürkgh S.3
Dr.Suchy S.46
Svehla S.5
Syrový S.86

Tilger S.96
Titelbach S.54,55
Todt S.70
Toussaint S.32

Ullmann S.94

Veidel S.46
Viererbl S.38,39,53

Dr.Wagner S.79
Weigl S.93
Weiss S.20
Wenzel S.6
Werner S.66,75,76,77
Wesse S.9
Westen S.65,91,92,93
Wolf K.H. S.2
Wollner S.72

Zedtwitz S.34
Zippelius S.100
Zogelmann S.63

Sachregister

(für die Übersetzung d. Anklageschrift)



- Abtretungsangebot der CSR S.83
 Aktion Bruggmann S.30
 Aktion Runciman S.31,73,99
 Anklage: allgemeine S.1-35
 " Böhm S.72-75
 " Enhuber S.100-101
 " Dr.Feitenhansel S.77-80
 " Fischer S.84
 " Garlik S.95-97
 " Hacker S.97-98
 " Knöchel S.80-81
 " Krebs S.35-68
 " Kundt S.84-90
 " Dr.Peters S.81-83
 " Dr.Rosche S.98-100
 " Schösser S.94-95
 " Schreiber S.68-72
 " Stellwag S.84
 " Werner S.75-77
 " Westen S.91-94
 Anschläge gegen die CSR S.34,61,72,91
 Anschluss Österreichs S.3,/22/,24,72,97
 Anschluss des Sudetengaus S.1,4,/7/,31,34,72,73,79,93,98,100,101
 Anschluss von Budweis ans Reich S.91
 Arbeiter- und Gesellenvereine S.1
 Arbeitseinsatz od. Flüchtlinge S.40,43,44,/70/
 Arbeitsgemeinsch.d.dt.Wirtschaftsverbände S.82,84
 Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft S.82,98
 Archiv Henlein S.40,74,/75/,85
 Archiv Krebs S.45,/62/,/63/
 Arisierung S.94
 Ärzte aus dem Protektorat S.80
 Ascher Zipfel(s.a.Besetzung) S.40,66,71

- Aufbruchkreis S.47,53,58,95
Aufruf Henleins zum 1.10.1933 S.14,16,38,68,85
Aufbruch(s.Revolte)
Ausgleichsversuche (s.Verhandlungen mit Regierung)
Auslanddeutsches Institut Stuttgart S.60,62,/84/,87
Auslandsorganisation der NSDAP S.47,62,75,82
Ausspeisung sd. Kinder S.52
"Aussiger Tagblatt" S.8
Autonomie (s.Selbstverwaltung)
Bedrohung der CSR (erhöhte) S.1,32,39,40,/72/,101
Befreiungsmedaille S.79,83
Befriedung durch Heydrich (Kundt) S.90
Begräbnis Hoffmann-Böhme S.32
Besetzung des Ascher Zipfels S.40,66,71,79
Besetzung csl Gebiets (s.a.Lostrennung) S./1/,31,34,40,42,51,66,/71/,
72,74,76,80,/82/,88,91,92,
96,98
Besetzung des Sudetenlandes durch Tschechen S.3,82
Besetzung von Warnsdorf-Rumburg S.75,76
Bund der Deutschen S.62
Bund der Landwirte S.6,24,68,72,94,97
Büro Bürger S.17,18,39,53,59,/66/
Christlich Soziale Partei S.6,24,72,100
"Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus" S.14
Demonstrationen (Unruhen) S./3/,5,/19/,32,33,73,74,77,91,92,100
Deutsch-Böhmen S.3,4,5
Deutsche Arbeiterpartei S.2,35
Deutsche Arbeiterpresse S.35
Deutsche Gesandtschaft in Prag S.16,17,23,25,29,31,32,35,52,56,
57,58,85,87
Deutsche Gesandtschaft in Wien S.59
Deutsche Nationalpartei S.15,27,47,/54/,98,100
"Deutsche Volksstimme" S.35
"Deutsche Volkswacht" S.35
"Deutsche Wacht", Passau S.20
Deutscher Gruss in der CSR S.73
Deutscher Konsul in Reichenberg S.46-55,59,60-62
Deutscher Militärattaché S.56-59,85,87
Deutscher Volksrat für Österreich S.3
"Deutsches Volksblatt" S.35

Deutsch-Nationaler Arbeiterbund S.1
Deutsch-Politische Arbeitsstelle S.82,85
"Die Sudetendeutschen nicht unterdrückt?" S.62
"Die Zeit" S.23,38
DNSAP S.2,3,4,5,6,7,9,10,11,13,14,15,16,17,20,27,28,/29/,30,35,
41,47,54,55,59,60,63,64,77,78
"Dokumente der Zeitgeschichte" S.64
Dondorf (Schloss bei Bayreuth) S.34,65,70,71,74,91
Eingliederung in die CSR S.3,5,/22/,/33/,/97/
Eingreifen(Druck) des Reiches bei SdP /38/,48,/53/,58,59
Erschiessung tschechischer Geiseln S.40
Fall Rutha S.51,54
Flüchtlinge aus der CSR S.43,44,45,46,60,65,69,70,74,78,79,101
Friedensverträge S.4,5,8,10,19,82
FS(Freiwilliger Schutzdienst) S.10,31,66,67,68
Frontkämpferbund S.55,90
Führungsrat der SdP S.83
Gauleiterernennung im Sudetengau S.42
Gauverwaltung der CSR S.30
"Gefangene in der CSR" S.57
Gegenregierungen 1918 S.3,4,11
Gelöbnis im Parlament S./69/,88,89,95,96,101
Gemeindewahlen 1919 S.4
Gleichberechtigung S.27
Grossdeutschland S.2,7,8,12,15,19,21,26,/28/,/32/,/37/,43,91
"Grün-Plan" S.32,92
"Heim ins Reich"-Parole S.4,/16/,33
Hitler-Jugend S.63
Hitler-Karikaturen S.54
"Ihr Staat" S./23/,54,69,88
Internationaler Militärgerichtshof S.17,24
Illegalität S.2,15,16,28,29,41,43,46,47,69,72,78
Irredenta S.19,20,23,37,85
Judentum S.86,/93/
Kameradschaftsbund S.14,29,30,47,48,51,53,54,/58/,80,85
"Kampfbund",Leipzig S.82
"Kampf in Böhmen" S.7,56
Karlsbader Tagung S./24/,26,27,28,30,73,100
Karpathen-Russland S.11

Kolonisierung S.21
Kommunisten S.49,/50/,86
Konzentrationslager in der CSR S.80
Kriegerischer Konflikt Reich-CSR S.29,41,/45/,73
Krise in der SdP S.47,48,53,/54/,/58/,59
Kultur- und Schicksalsgemeinschaft S.6,7,/27/,28/
Kundgebung Henleins zum österr.Anschluss S.22
Kulturpolit.Amt der SdP S.52,54
Lostrennung osl Gebiete S.34,39,71,91,92,96,99,101
Mährisch-Trübauver Verband S.1
Mährisch-Ostrauer Intervention S.77
März,15.,1939 (s.Okkupation) S.88/90/,92,93,101
Mai,21.,1938 S.1,32,73,81,101
"Mein Kampf" S.11
Memorandum Kundts bezügl.Protectorat S.88,89
/Militär/-Spionage S.46,50,60,71,72,/78/,96
Mobilisierung S.1,32,81
Münchener Abkommen S.36,39,40,43,53,55,66,71,76,87,88,89,92,98,
99,100,101
"Münchener Kahr-Freitag" S.8
Nachfolge der NSDAP S.15,16,17,/26/,30,/42/,58
"Neue Zeit" S.8
NSDAP S./6/,8,12,15,20,21,28,/29/,33,37,42,43,46,47,48,50,53,59,
60,62,64,65,72,79,81,83,92,93,94,95,98,100,101
"NS-Monatshafte" S.38
NS-Jugendbund S.9,13,63,64
NS-Studentenbund S.9,13,/87/
NS-Lebensauffassung(Weltanschauung) S./22/,26,27,28
Okkupation S.12,75,79,80,94,101
Option im Protectorat S.88,89,92
Ordensburgen S.72
OT /Ordnungstruppe/ S.9,10,63
"Paneuropa oder Mitteleuropa" S.12
Parlamentwahlen 1935 S.22,69,70,72,81,82,84,85,94,96,98,100
Parteiauflösung S.13,14,15,17,27,30,36,41,47
Parteitage der DNSAP S.3,5,6,9,10,11,12,14,17
Parteitage der NSDAP S.33,43,48,64,69,73,95,100
Parteitage, gemeinsame S.7
Perlsburger Kurs S.46

Prager Hochschulen S.55,87,
Programm der DNSAP S.6,7,/8/,9,10,11
Programm der NSDAP S.6,7,/8/,20,21,37,101
Propaganda in USA, England, Schweiz, CSR S.9,11,18,19,22,30,39,
56,57,58,62,/71/,82,85,
86,94
Propagandaministerium S.48,49,50,71
Protectorat S.85,87,/88/,89,90,92,93,99
Provisor,Nationalversammlung der Dt. in Österreich S.3
Prozesse in Dresden S.51
Rede Henleins im "Blauen Stern" S.17,23
Rede " in Böhmisches-Leipa S.17,29
" " " Karlsbad S.26,27,28
" " " Wien S.15,47
Reichsmittel S.17,18,29,41,47,/49/,/50/,/54/,59/,87,89
Reichsorganisation der nationalen Arbeiter S.2
Reichsfinanzminister S.44
Reichsführer SS S.43,65,/66/
Reichsinnenministerium S.37,43,44,70
Reichskriegsministerium S.45
Retributionsdekret S.1,32,42
Revolte (Aufstand,Revolution,Widerstand) S.1,3,15,66,72,83,98
"Rote Fahne" S.50,57
"Rundschau" S.31
SA S.9,37,63,64,67,95,99
Saal-(Versammlungs)-Schutz S,9,63,64,
SD (Sicherheitsdienst) S.83
sd.Kontrollstelle Dresden S.59,60
sd.kulturpolitischer Rat S.52,54
sd.Theater- und Filmfragen S.48,49,50,54
SdP S.1,4,15,16,17,20,22,24,25,26,28,29,30,31,32,33,34,37,39,41,
44,45,46,47,48,49,50,51,52,53,55,58,65,67,68,69,71,72,73,
75,80,81,82,83,84,85,91,94,95,96,97,98,99,100,101
Secret Service S.30
Selbstbestimmungsrecht S.3,4,8,10,20,21,22,/33/
Selbstverwaltung(Autonomie) S.2,5,6,10,11,12,23,27,29,33,37,52,
53,64,82,98
SFK(Sudetendeutsches Freikorps) S.33,34,35,40,44,45,46,65,66,70,
71,72,74,75,76,78,79,83,85,91,
93,99,101
SHB(Sudetendeutscher Heimatbund) S.20,37,38,39,40,44,45,60,62

SHF (Sudetendeutsche Heimatfront)	S.14,15,17,29,30,41,47,68,80, 84,91,100
Sonderauftrag für Kundt	S.90
Sonderdienst SFK Klingental	S.74,75
Sonderdienst SFK Westen	S.93
Sozialdemokraten	S.4,13,20,41,82,95
Sprachenrecht	S.5
Staatliche Selbständigkeit (Sicherheit)	S.1,21,27,/28/,72,85,86
Staatsrechtliche Erklärungen	S.5,10,11
SS	S.37,42,43,44,45,63,64,65,67,79
"Sudetendeutscher Schicksalskampf"	S.15
Sudetendeutschland marschiert	S.63
Terror	S.9,34,40,/46/,47
Trautenuer Programm	S.2
Tschechoslowak.Generalstab	S.29,41,90
Tschechoslowak.Sparkassenverband	S.99,100
Turnfest Breslau	S.32,67
Turnfest Saaz	S.82
Turnverband	S.10,31,48,/51/,67
Uraniarede Kundts	S.89
VDA (s.Volksbund f.d.Deutschtum im Ausland)	
Verband der Kriegsverletzten	S.54,55,/69/
Verband ehem.Soldaten	S.54
Verband für Zusammenarbeit mit Dt.	S.90
Verhaftungen	S.22,28,36,41,47,53,61,77,78,83,95
Verhandlungen Henlein-Krebs	S.14,15
Verhandlungen d.SdP mit Regierung	S.17,18,25,28,/30/,31,32,42, 77,83,85,92,99
Verluste der Tschechen durch SFK	S.35
Verschleppung v.Tschechen durch SFK	S.35,66,76
4.März 1919	S.4,5,15
Volksbund f.d.Deutschtum im Ausland	S.16,18,19,20,28,29,37,38,53 68,82,87,91,101
Volksdeutsche Mittelstelle	S.16,18,20,24,25,42,44,46,101
Volksgruppe der Minderheit	S.26,27,28,38,87,89
Volksorganisation	S.6,15
Volkschutzgesetze(Statut)	S.23,30,89
Volksport	S.9,10,13,29,35,36,41,49,63,64

Völkerbundliga S.85
"Völkischer Beobachter" S.65
Waffenbeute des SPK S.46,66
Waffen dies- und jenseits der Grenzen S.34,/45/,/67/,/69/,71,75
Wehrmacht S.33,34,66,68,/71/,74,79,86,/87/,92,93
Wiedergutmachung /des Unrechts/ S.27,99
Zerschlagung der CSR S.4,/16/,34,32,/33/,37,40,/101/
Zusammenkunft Hitler-Henlein S.24,28,32,42

Institut für Zeitgeschichte - Archiv